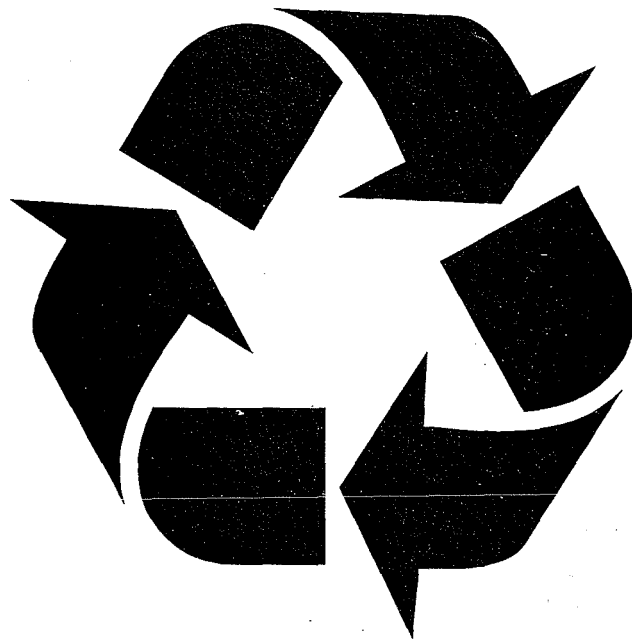


**Handlungsorientierter Unterricht
als fächerübergreifende
Projektarbeit**

"Schule als Staat"



**Ein Großprojekt am Gymnasium
Neckartenzlingen**

Herausgeber: Oberschulamt Stuttgart

Impressum

Herausgeber Oberschulamt Stuttgart
Breitscheidstraße 42
70176 Stuttgart
☎ (07 11) 66 70 - 241

**Projektleitung und
Projektbeschreibung**

- StR'in Margit Walz
 - OStR Wolfgang Weber
- Anschrift:**
Gymnasium Neckartenzlingen
Auwiesen 4
72654 Neckartenzlingen
☎ (0 71 27) 9 32 97-0
Fax (0 71 27) 9 32 97-80

Layout

- Dominik Bringezu
- Matthias Gabriel
- Matthias Gröninger
Gymnasium Neckartenzlingen

Logo

- StD Rudi Maisenbacher
Gymnasium Neckartenzlingen

**Das Oberschulamt bedankt sich bei den Autoren und allen am Projekt beteiligten
Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrerinnen und Lehrern.**

Druck

Hausdruckerei des Oberschulamts Stuttgart

Auflage: 400 Exemplare

Inhaltsverzeichnis

Bildungsziele und Unterrichtspraxis - ein Vergleich-----	S. 1
1. Was ist „Schule als Staat,,?-----	S. 3
2. Das Zustandekommen des Projektes-----	S. 5
3. Die drei Bereiche eines Staates: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft-----	S. 7
3.1. Politik-----	S. 7
3.2. Wirtschaft-----	S. 11
3.3. Gesellschaft-----	S. 22
4. Die Durchführung des Projektes-----	S. 24
5. Nachlese-----	S. 27

6. Zeit- und Organisationsschemen----- S. 31

Anlagen:

1. **Verfassung**
2. **Nationalhymne**
3. **Wie gründe ich eine Partei?**
4. **Wahlen**
 - a) **Wahlkampf**
 - b) **Zeitlicher Ablauf**
 - c) **Einteilung der WahlhelferInnen**
5. **Stimmzettel**
6. **Wahlprognosen**
7. **Wahlergebnis**
8. **Das Parlament**
 - a) **Geschäftsordnung des Parlamentes**
 - b) **Sitzordnung**
 - c) **Zusammenstellung der Aufgaben von Parlament, Regierung, Präsident und Gericht**
9. **Das Geld**
10. **Bescheinigung für Geldauszahlung**
11. **Abrechnungsformular Wechselstube**
12. **Bestell-Listen an das zentrale Warenlager**
13. **Importlisten**
14. **Betriebsgründungsformular**
15. **Steuererklärung**
16. **Ausweis Wirtschaftskontrolldienst**
17. **Visa**
18. **Informationsschreiben an die Gäste von Auwiesia**
19. **Medien in Auwiesia**
20. **Auwiesia im Spiegel der Presse**
21. **Kritische Nachlese**

Dear Sir,

I am writing to you regarding the matter of the...

I have been informed that you are interested in...

The details of the project are as follows...

I would be pleased to discuss this further...

Yours faithfully,

[Signature]

[Name]

[Address]

[City]

[Country]

[Phone Number]

[Email Address]

[Website]

[Social Media]

[Additional Information]

[Closing Remarks]

[Final Signatures]

Bildungsziele und Unterrichtspraxis - ein Vergleich

Das Schulgesetz des Landes Baden-Württemberg bestimmt in § 1 den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule:

*"Der Auftrag der Schule bestimmt sich...insbesondere daraus, daß jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung hat und daß er zur Wahrung von Verantwortung, Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft sowie in der ihn umgebenden Gemeinschaft vorbereitet werden muß."*¹

Integration in Staat und Gesellschaft, zentrale Intention des Erziehungs- und Bildungsauftrages der Landesregierung, heißt demnach auch Kennenlernen der Rechte und Pflichten des Staatsbürgers. Dies wird explizit formuliert im Bildungsauftrag des Faches Gemeinschaftskunde. Hier heißt es:

*"Das Fach...hat die Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern ...Einsichten in politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Zusammenhänge zu vermitteln...und sie zu selbständig denkenden, rational urteilenden und verantwortlich handelnden Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern zu erziehen, die die Regeln der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstehen und anerkennen."*²

Wie sehen diese Zielvorstellungen im Lichte unseres Unterrichtsalltages aus?

Schule ist nach wie vor der Ort einer traditionellen Wissensvermittlung. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt in der Verabreichung abprüfbareren Wissens an unsere SchülerInnen.

Respekt vor diesen Zielen, Respekt vor den ihnen zugrunde liegenden Auffassungen von Staat, Gesellschaft und Individuum der Autoren des Bildungsplanes. Respekt also vor den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern. Und Respekt vor dem ihnen gegebenen Idealismus. Denn von Idealismus muss man reden, betrachten wir den Schulalltag, in dem, in 9 langen Gymnasialjahren, diese Ziele erreicht werden sollen. Werden diese denn, Hand auf's Herz, wirklich erreicht? Idealismus versus Realität?

Als Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich den Unterrichtsalltag erfahren, wissen wir, dass Schule nach wie vor Ort einer traditionellen Wissensvermittlung ist, deren Schwerpunkt in der Verabreichung abprüfbareren Wissens an unsere SchülerInnen liegt. Spätestens mit dem Eintritt in das Kurssystem, an dessen Beginn die Bekanntgabe der "Sternchenthemen" an die Schüler durch die Kurslehrer steht, beginnt der Wettlauf des Stoffberges gegen die Zeit. Das ist schade deshalb, weil Schule und Unterricht wohl noch selten in ihrer Geschichte eine Fülle von didaktisch-methodischen Möglichkeiten zur Verfügung stand wie zur Zeit. Die Zauberworte heißen "fächerübergreifender Unterricht" und "Handlungsorientierung". Beide haben "nicht nur in der allgemeinen Pädagogik, sondern auch in der Didaktik politischer Bildung Hochkonjunktur."³

¹ Schulgesetz für Baden-Württemberg, §1

² Bildungsplan Gymnasium S. 21

³ Gotthard Breit, Siegfried Schiele (Hrsg), Handlungsorientierung im Politikunterricht, Landeszentrale für politische Bildung, S. VII

Leider ist – aus hier nicht weiter auszuführenden Gründen – der handlungsorientierte Unterricht in der gymnasialen Oberstufe eher die Ausnahme als die Regel. Um so häufiger treffen wir in der Unter- und Mittelstufe auf die Realisierung unterschiedlicher Formen dieser didaktischen Konzeptionen. Im Rahmen der Diskussion um die Schulentwicklung und die "Innere Schulreform" bilden handlungsorientierte Konzepte in zahlreichen Kollegien eine Diskussionsgrundlage. Aus dieser heraus entstehen im Augenblick viele, kaum mehr überschaubare, Projekte. Insbesondere unsere jungen Kolleginnen und Kollegen aus dem Réferendariat führen uns vor Augen, wie sich der Charakter der Einzelstunden auf diesem Hintergrund verändert. Daraus entwickelt sich zunehmend ein Markt von Ideen und Materialien, auf dem handlungsorientierte Einheiten in Form von mehrstündigen Planspielen oder Trainingsprojekten entwickelt und vorgestellt werden.⁴

Es geht uns an dieser Stelle nicht um eine Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen eines handlungsorientierten Unterrichts, wie sie derzeit zwischen verschiedenen Vertretern der Erziehungswissenschaft geführt wird. Wir wollen hier lediglich ein Projekt vorstellen, das am Gymnasium Neckartenzlingen im Schuljahr 1997/98 entwickelt und durchgeführt wurde. Erst während der konkreten Durchführung des Projektes und bei der rückblickenden Bestandsaufnahme wurde deutlich, dass "Schule als Staat" nahezu als Paradebeispiel für Fächerverbindung und Handlungsorientierung gelten kann. Bei Geburt der Ideen, den ersten planungstechnischen Schritten bis hin zur Genesis der theoretischen Gesamtentwürfe haben jedoch theoretische handlungsorientierte Verfahren kaum eine Rolle gespielt. Interessanterweise konnte jedoch nach dem Abschluss des Projektes – das nach einer Vorbereitungszeit von einem Jahr sein Ende fand – beobachtet werden, dass in den verschiedenen Fachschaften und Gremien des Kollegiums das Interesse, aber auch die Bereitschaft zur konkreten pädagogischen Arbeit an und mit Formen des handlungsorientierten Unterrichts zunahm. Ausgangspunkt dieser durchaus erfreulichen Tatsache war weniger die Rezeption überzeugender theoretisch-didaktischer Entwürfe als vielmehr der noch überzeugendere Erfolg unseres Projektes "Schule als Staat".

Vielleicht macht diese Beschreibung ja auch weiteren Lehrerinnen und Lehrern oder gar ganzen Kollegien Lust auf ein ähnlich handlungsorientiertes Projekt oder auf eine weitere Auflage von "Schule als Staat". Dem/der aufmerksamen Leser/in dürfte bei der Lektüre allerdings nicht entgehen: Mit der Zeit wurde das Projekt mehr als eine Projekt, es wurde zu einem faszinierenden Moloch, der uns zu verschlingen drohte, als wir ihm zu nahe kamen. Und schließlich wurde der Moloch zur Sucht, der wir – und viele andere – uns nicht mehr entziehen konnten. Eines sagen wir allen InteressentInnen und potentiellen NachahmerInnen schon jetzt: Wenn Sie sich auf ein Projekt dieser Größenordnung einlassen, sollten Sie wissen, was auf Sie zukommt. Wir wussten es nicht. Wir waren aber froh, als "Schule als Staat" ein Ende fand. Und doch war es auch so, als ob wir ein Stück Selbst unwiederbringlich verloren hätten.

Neckartenzlingen, im Juli 1999

Margit Walz
Wolfgang Weber

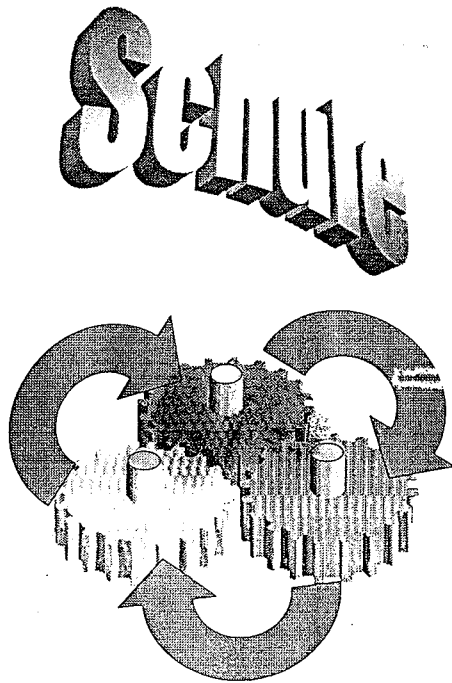
⁴ vgl. Heinz Klippert, Planspiele, Spielvorlagen zum sozialen, politischen und methodischen Lernen in Gruppen, Weinheim und Basel 1996
ders., Kommunikationstraining, Übungsbausteine für den Unterricht, Weinheim und Basel 1995
ders., Teamentwicklung im Klassenzimmer, Weinheim und Basel 1998

1. Was ist „Schule als Staat“?

„Schule als Staat“ - das etwas andere Projekt!!! Dies war ein Großunternehmen, das, in einer kleinen Gruppe von SchülerInnen geboren, im Verlauf eines kompletten Schuljahrs zunehmend mehr SchülerInnen und Lehrer in seinen Bann zog, bis am Ende die gesamte Schulgemeinde von diesem Großprojekt elektrisiert war und förmlich von ihm aufgesogen wurde. Es waren schließlich Schüler aus den Nachbarschulen, die Elternschaft, Honoratioren der umliegenden Gemeinden, Vertreter der Politik aus Land und Bund, auch das Oberschulamt, nicht zuletzt und immer wieder die Presse (vgl. A20) die in erheblichem Maße für Charme, Witz und Wirklichkeitsnähe dieses Unternehmens beitrugen. Schule wurde so wirklich ein Stück Staat. Umgekehrt wurde Schule von offiziellen Vertretern des Staates auf ganz ungewohnter Ebene als Schule wahrgenommen und gewürdigt.

Dieses Projekt wurde geplant, entwickelt und durchgeführt im Schuljahr 1997/1998 am Gymnasium Neckartenzlingen.

→ „Das Logo“



.als Staat.

Schule als Staat ist ein lebendiger Organismus, in dem zahlreiche Personen, Gruppen, Interessen, Ideen und Projekte ineinandergreifen, sich gegenseitig antreiben, fortbewegen, weiterentwickeln und konstruktiv verändern. Oder, mechanischer gesehen, ein Konstrukt, in dem vor allem die drei am Schulleben zentral beteiligten Gruppen Schüler, Eltern, Lehrer das übliche Rollenbild total ablegen und zu einer völlig andersartigen Mechanik und Dynamik des Miteinanders in dem großen Geflecht Schule finden. Damit wird jedoch zugleich der Rahmen üblicher Projekte, etwa der traditionellen Projektstage, bei weitem gesprengt. Wer sich auf dieses Projekt einlässt braucht Mut, Energie, Phantasie, ein günstiges pädagogisches Umfeld und vor allem einen langen Atem. Der Gewinn jedoch, den alle am Schulleben Beteiligten daraus ziehen, ist so enorm, dass wir gerne versuchen, Sie, liebe Leserinnen und Leser, von diesem Projekt zu überzeugen. Vielleicht bekommen Sie Lust, an Ihrer Schule einen Mechanismus in Gang zu setzen, der den Geist Ihres Schulhauses nachhaltig bewegen wird.

Projekt "Schule als Staat"

"Schule als Staat" ist der Versuch, in einem viertägigen Großprojekt die gesamte Schule mit LehrerInnen und SchülerInnen wie einen Staat zu organisieren.

Diese Republik hatte alles, was ein demokratisches Gemeinwesen ausmacht. Im Bereich der **Politik**:

- ein **Staatsvolk**: die gesamte Schülerschaft sowie alle Lehrerinnen und Lehrer
- eine eigene **Hymne** und **Staatsflagge**
- eine demokratische **Verfassung** mit der Garantie von Menschen- und Bürgerrechten, darunter auch die Gleichberechtigung aller StaatsbürgerInnen (Schüler- und Lehrerschaft)
- frei gegründete politische **Parteien**
- ein von den Staatsbürgern in direkter Wahl gewählter **Staatspräsident**
- ein ebenfalls frei gewähltes 25-köpfiges **Parlament**
- eine vom Parlament gewählte **Regierungschefin** sowie vom Parlament bestätigte **Fachminister**
- **Beamte** (Zoll, Staatsbank, Wirtschaftskontrolldienst, Zentrales Warenlager).

Im Bereich der **Wirtschaft**:

- eine eigene **Währung**, die von der **Zentralbank** des Staates kontrolliert wurde
- viele **Betriebe**, die eigenständig wirtschafteten und Arbeitsplätze zur Verfügung stellten.

Im Bereich der **Gesellschaft**:

- drei vom Parlament gewählte **Richter**
- **Kulturbetriebe** (Kunst, Theater, Sport...)
- **Zeitungen**, die die Bürger und Besucher über wichtige Ereignisse informierten.

2. Das Zustandekommen des Projektes

Das Projekt "Schule als Staat" ist am Gymnasium Neckartenzlingen unabdingbar verknüpft mit SchülerInnenaktivität: Ohne die Motivation und Begeisterung einer kleinen Gruppe, welche dann allerdings im Verlaufe der Vorbereitungen und des Projektes selbst auf größere Kreise der Schülerschaft übersprang (wie noch zu zeigen sein wird), wäre "Schule als Staat" überhaupt nicht zustande gekommen.

Die erste Idee dazu wurde von einer Schülerin, die in der SMV aktiv war, formuliert. Sie hatte davon schon auf einer Tagung der SMV gehört und fand den Gedanken, die Schule für einige Tage wie einen Staat zu organisieren - mit allem was dazugehört - sehr interessant. Aber um Ideen vorzutragen und diese in einem größeren Rahmen zu diskutieren bedarf es einer entsprechenden Bühne. Diese Bühne war gegeben: Am 25. Januar 1997, einem Samstag, wurde in der Schule ein sogenanntes Werkstattseminar mit dem Titel **"Schule mit Zukunft!"** veranstaltet, an dem 10 LehrerInnen, 10 SchülerInnen und 10 Eltern teilnahmen. Geleitet wurde dieses Seminar von zwei Referenten der Landeszentrale für politische Bildung, Herr Gottfried Böttger (Referat Zukunft und Entwicklung) und Herr Dr. Markus Hug (Referat Ökologie). Es stand unter folgender Fragestellung:

"In einer Zeit mannigfacher gesellschaftlicher Umbrüche und neuer Herausforderungen an die Schule wollen wir in dieser Werkstatt über die Schule nachdenken. Wir suchen nach Ideen, Vorschlägen und Projekten, die zwar den Schulalltag im Blick haben, aber darüber hinaus weisen. Gemeinsam sollen die beteiligten Gruppen herausfinden, wie sie das zukünftige Leben in dieser Schule einschätzen, und welche Gestaltungsvorschläge sie für wünschbar und realisierbar halten." (aus dem Einladungsschreiben zum Seminar)

Ergebnis dieses Seminars waren verschiedene Vorschläge (in der Reihenfolge ihrer Gewichtung):

- die Schule für einige Tage wie einen Staat organisieren
- einen Tag den Unterricht an der Schule ganz ohne Material gestalten
- die regelmäßige Einberufung einer Schülervollversammlung
- die Einrichtung eines "Runden Tisches" für Schüler-, Lehrer- und Elternschaft
- einen Anti-Stress-Kurs für SchülerInnen und LehrerInnen anbieten
- sowie einen Kurs in Gesprächsführung für KlassensprecherInnen.

Wie allgemein üblich bei Zukunftswerkstätten sollten sich die Anwesenden verpflichten, bei der Realisierung einer dieser Ideen mitzuwirken, indem sie Überzeugungsarbeit leisten und Mitagierende finden.

So nahmen sich drei Beteiligte aus der Schülerschaft und eine Lehrerin vor, diesen Gedanken zunächst einmal genauer zu diskutieren und weiter zu verfolgen.

Wegen der zu erwartenden großen Arbeitsbelastung, die ein solches Projekt mit sich bringen würde, blieb jedoch eine gewisse Skepsis vorhanden.

Als am Schuljahresende am Robert Bosch-Gymnasium in Wendlingen "Schule als Staat" durchgeführt wurde, erhielten 4 SchülerInnen und eine Lehrerin von der Schulleitung Unterrichtsbefreiung am Vormittag, um sich genauer über die praktische Umsetzung vor Ort informieren zu können. Alle fünf waren von dem, was sie dort sahen, so begeistert, dass sie beschlossen, am Beginn des folgenden Schuljahres alles zu unternehmen, um das Projekt auch an unserer Schule durchzuführen.

So trafen sich im September 1997, nachdem per Aushang und Mundpropaganda weitere Mitarbeitswillige gesucht worden waren, schließlich zwölf Personen aus der Schüler- und drei aus der Lehrerschaft, um "Schule als Staat" vorzubereiten.

Die "Vorbereitungsgruppe" war gegründet. Wieviele Stunden an Nachmittagen, Abenden, ja sogar am Wochenende diese Gruppe gemeinsam verbringen, wieviele Fragen auf sie zukommen und wieviel Papier sie beschreiben würde, war (glücklicherweise) damals noch nicht abzusehen.

3. Die drei Bereiche eines Staates: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

3.1 Politik

→ Die Verfassung

Grundlage eines jeden Staates der Moderne ist eine Verfassung. So war denn konsequenterweise die Erarbeitung der Verfassung die erste inhaltliche Arbeit der Vorbereitungsgruppe. Wir hatten eine Vorlage aus Wendlingen, die aber überarbeitet werden sollte. Hierbei ergaben sich wichtige Diskussionen um **Fragen** wie:

- Was sollen die **Grundrechte** sein?
- Soll es ein **Recht auf Arbeit** geben? Wie wäre ein solches zu verwirklichen?
- Wie können **Jüngere** sinnvoll integriert werden?
- **Parlamentarisches oder präsidiales System**?
- Notwendigkeit einer **5%-Klausel**?
- Welche **Ministerien** werden benötigt für eine sinnvolle Regierungsarbeit?
- Wie soll die **Rechtssprechung** organisiert werden und brauchen wir Strafgesetze?
- Welche Funktion hat die **Vorbereitungsgruppe** während des Projektes?

Wie diese Fragen gelöst wurden, ist der als Anlage beigegebenen Verfassung zu entnehmen. (Anlage 1)

Darüber hinaus ergaben sich im Laufe des Diskussionsprozesses noch weitere **Probleme**:

- Die Verfassung muss so formuliert sein, dass sie auch für **Jüngere** einigermaßen verständlich ist. Deshalb wurden in die einzelnen Artikel oft Erklärungen eingearbeitet. (absolute Mehrheit, relative Mehrheit). Die in der Verfassung erwähnten Personen sollten in der **männlichen** und in der **weiblichen Form** erscheinen. Oftmals war dies sprachlich nicht besonders schön. Deswegen gaben wir die Vorlage der Frauenvertreterin zur Überarbeitung.
- Wie erhält die Verfassung eine **Legitimation**? (Volksabstimmung? Parlamentsabstimmung?)

Eine Volksabstimmung schien zu aufwendig zu sein, eine Abstimmung durch das Parlament zu spät (Es wurde erst am 12.5.1998 gewählt). So wurde auf beides verzichtet und die Verfassung recht undemokratisch nur in den Klassen bekanntgegeben und dort auch ausgehängt. Viele Klassenlehrerinnen erklärten sich auch bereit, den Klassen bei Verständnisschwierigkeiten zu helfen.

Im Nachhinein gesehen wäre es sicherlich positiv gewesen, durch eine Volksabstimmung einen breiten Diskussionsprozess in der Schule über die Verfassung in Gang zu setzen und damit Verständnis für politische Zusammenhänge zu fördern. Allerdings musste in der Vorbereitungsphase auch immer ein Kompromiss gesucht werden zwischen der Notwendigkeit eines geregelten Unterrichtes und dem Bedürfnis nach weitreichender Information über das Projekt. Eine Alternative wäre möglicherweise noch bedenkenswert: Die Erarbeitung der Verfassung könnte auch als Projekt in den Gemeinschaftskunde-Unterricht der Klassen 11 integriert werden. Diese Klassen hätten dann die Aufgabe, ihre Verfassungsentwürfe der Schülerschaft vorzustellen und eventuell auch einem Plebiszit zuzuführen. Damit könnte sicherlich eine breitere Basis geschaffen werden.

→ Gründung von Parteien

Nach Abschluss der "Verfassungsdiskussion" konnte zur praktischen politischen Arbeit übergegangen werden. Dies war zunächst der Gründungsauf Ruf für Parteien, der Anfang Februar erfolgte. Dabei konnte nun die ganze Schulöffentlichkeit einbezogen werden: Es gab Plakatwände mit der Aufforderung, Parteien zu gründen, in allen Klassen wurde ein Umlauf gemacht zu der Frage: "Wie gründe ich eine Partei?" (Anlage 3), die neuen Parteien durften mit Aushängen auf sich aufmerksam machen und Mitglieder suchen, in den Pausen fanden Parteisitzungen mit Diskussionen über das Parteiprogramm statt. So entstand ein reges politisches Leben im Schulhaus.

Spätestens am 27. Februar musste jede Partei ihr Parteiprogramm und ein Statut (Darstellung des Aufbaues der Partei) bei der Vorbereitungsgruppe abgegeben haben, um als Partei zugelassen zu werden.

Danach fand bis zum 27. April die Personaldiskussion innerhalb der Parteien statt, d.h. es mussten die KandidatInnen für das Parlament und die Präsidentschaft gefunden werden.

Sechs verschiedene Parteien mit zum Teil sehr unterschiedlichen politischen Zielsetzungen waren gegründet worden:

- NGAF: Neue Grüne Arbeiter Fraktion
- PFM: Partei Femininer Macht
- Green-Peace
- FSP: Freie Schüler Partei
- IRA: Initiative Rotes Auwiesia
- PULS: Partei Unabhängiger liberaler Schüler

Green-Peace und die FSP schlossen sich, um ihre Erfolgsaussichten bei der Wahl zu erhöhen, zu einer Partei bzw. zu einem Wahlbündnis zusammen. (Was es nun genau war, wurde nie so recht klar.)

→ Wahlkampf und Wahlen

Am 12.5.1998 sollten dann die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Freien Schulrepublik Auwiesia (diesen Namen hatte der Staat nach einem Ideenwettbewerb erhalten) stattfinden. Eine Woche vorher wurde der Wahlkampf eröffnet, der zunächst noch recht schleppend anließ, gegen Ende dieser Woche jedoch an Schärfe zunahm. Plakate mit Parteiemblemen, Wahlparolen ("Ein junges Gesicht für einen jungen Staat!"), Porträts der SpitzenkandidatInnen hingen im Schulhaus, Bonbons wurden als Wahlgeschenke verteilt, Aufregung gab es um heruntergerissene Wahlwerbung - ganz wie im "richtigen" politischen Leben.

Zur Vorbereitung der Wahl war großes organisatorisches Geschick notwendig: Der Unterricht sollte an diesem Tag nicht allzusehr tangiert werden und dennoch sollte eine hohe Wahlbeteiligung erreicht werden, um bei möglichst vielen Interesse für den neuen Staat zu wecken. So fiel der Entschluss, die Wahl klassenweise in Begleitung des jeweils unterrichtenden Fachlehrers durchzuführen (ohne Wahlpflicht!). Drei Wahllokale wurden eingerichtet und die Klassen wurden im Halbstundentakt nach vorher genau festgelegter Planung dorthin zur Wahl geführt. (Anlage 4a)

WahlhelferInnen waren eingeteilt (Anlage 4b), Urnen waren gebastelt und der Wahlzettel (Anlage 5) war 800mal kopiert worden.

Ein Informatiklehrer hatte sich mit seiner Lerngruppe bereit erklärt, fächerübergreifendes Lernen zu praktizieren und nach Zufallsbefragungen vor dem Wahllokal erste Wahlprognosen zu erstellen und öffentlich bekanntzugeben. (Anlage 6)

→ Wahlergebnis und Regierungsbildung

Ausgezählt war recht schnell, so dass noch am selben Nachmittag das Wahlergebnis bekanntgegeben werden konnte:

Roman Müller (7.Klasse) von Green-Peace/Freie Schüler Partei war mit überwältigender Zustimmung (47%) zum Staatspräsidenten gewählt worden. Alle Parteien hatten mehr als 5% der Stimmen erreicht und zogen damit in das Parlament ein. (GP/FSP 10 Sitze, PULS 7 Sitze, IRA 3 Sitze, NGAF 3 Sitze und PFM 2 Sitze, vgl auch Anlage 7).

Bei der konstituierenden Sitzung (ca 1 Woche nach der Wahl) erklärte ein Gemeinschaftskunde-Lehrer allen Parlamentariern Aufgaben und Arbeitsweise eines Parlamentes, eine Sitzordnung wurde festgelegt und die schwierigen Koalitionsverhandlungen konnten beginnen, denn jede Partei wollte gerne an der Regierung beteiligt sein. Schließlich gab es eine Koalition aus 3 Parteien (GP/FSP, NGAF und PFM) und die Regierungsmitglieder konnten verfassungsgemäß gewählt werden, ebenso eine Parlamentspräsidentin und deren Stellvertreterin sowie eine Schriftführerin.

→Parlamentsarbeit und ihre Schwierigkeiten

Parlamentssitzungen fanden zunächst alle zwei Wochen zweistündig an einem Nachmittag statt und verliefen anfangs sehr chaotisch. Durch die Hilfe eines Lehrers, der die Parlamentssitzungen kontinuierlich begleitete, auf die Einhaltung von Regeln pochte (vgl. auch die Geschäftsordnung des Parlamentes Anlage 8a, den Sitzplan des Parlamentes Anlage 8b, und Anlage 8c) und die Parlamentspräsidentin in ihren Bemühungen um einen geregelten Ablauf unterstützte, konnte allmählich eine Verbesserung erreicht werden, bis das Parlament schließlich während der eigentlichen Durchführung des Projektes eine beispielhaft große Disziplin und hohe Diskussionskultur aufwies. Die Abgeordneten und die Regierungsmitglieder waren sich zunehmend der Bedeutung ihrer Arbeit bewusst geworden und zeigten dies auch öffentlich zum Beispiel durch ihre Kleidung (Anzug und Kostüm).

Im Parlament wurden von den verschiedenen Parteien schriftlich Gesetzesvorschläge eingebracht und nach zum Teil intensiven Diskussionen zu folgenden Punkten Beschlüsse gefasst:

- Zustimmung zur bereits ausgearbeiteten Verfassung (Anlage 1)
- Zustimmung zum vom Finanzminister vorgelegten Haushaltsplan
- Höhe der Unternehmenssteuern
- Gehälter des Staatspräsidenten und der Regierungsmitglieder, Beamtengehälter
- Umtausch- und Visumgebühren
- Ehrenbürgerschaft

Insgesamt muss gesagt werden, dass während der Durchführung des Projektes der politische Bereich und damit auch das Parlament im Vergleich zur Wirtschaft leider nur eine untergeordnete Rolle spielte. Zwar waren die Parlamentssitzungen öffentlich, doch im Wesentlichen interessierten sich nur die ausländischen erwachsenen Besucher für dessen Arbeit. Beschlossene Gesetze wurden öffentlich an einer Tafel ausgehängt, doch dies genügte nicht, um das Parlament ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Hier wären sicherlich noch Überlegungen notwendig, wie diese Situation verbessert werden könnte.

→Regierungsarbeit

In den Wochen vor der Durchführung des Projektes hatte der **Außenminister** besonders viel zu tun, denn er hatte die Öffentlichkeitsarbeit übernommen. Den Organisatoren war klar geworden, dass der Staat wirtschaftlich nur dann überleben könnte, wenn viele ausländische Besucher Devisen durch Visumkauf und Geldumtausch bringen würden. So mussten nun Einladungsschreiben an die Bürgermeister der umliegenden Ortschaften und an Schulen in der Region verfasst werden, Pressevertreter erhielten eine Kurzdarstellung des Projektes und wurden um Berichterstattung gebeten, Bundestags- und Landtagsabgeordnete aller Parteien wurden eingeladen, in den Läden des Einzugsgebietes der Schule wurden Plakate aufgehängt.

Und auch in den Amtsblättern wurde das Projekt als Veranstaltung angekündigt. Auch die entsprechenden Stellen des Oberschulamtes erhielten natürlich eine Einladung.

Während des Projektes waren der Außenminister und die **Regierungschefin/Innenministerin** gemeinsam für den Empfang der hohen Staatsgäste und für die Durchführung von Interviews verantwortlich. (In einer anderen Konstellation hätte dies auch der Staatspräsident übernehmen können, aber als 7.-Klässler war er von einer solchen Aufgabe überfordert.) Außerdem hatte sie die Oberaufsicht über die Grenzbeamten und rechnete mit dem Finanzminister die Visumeinnahmen ab.

Auch der **Arbeitsminister** hatte in der Vorbereitungsphase eine wichtige Aufgabe: er musste unter ungeheurem Arbeitsaufwand alle Betriebe, die verfügbaren Arbeitsplätze und die jeweils zugewiesenen Arbeitskräfte im Computer erfassen, um bei möglichen Konkursen oder Entlassungen schnell reagieren zu können und freie Arbeitsplätze anbieten zu können. Er übernahm so während des Projektes zusammen mit seinen Mitarbeitern die Aufgaben eines Arbeitsamtes.

Der **Finanzminister** war zuständig für die Finanzen des Staates, musste sich einen Überblick verschaffen über Einnahmen und Ausgaben und dem Parlament Vorschläge zur Besteuerung und Subventionierung der Unternehmen unterbreiten. Ihm und seinen Mitarbeitern oblag die gesamte Steuerverwaltung sowie die Genehmigung und die Aus- und Rückzahlung der Kredite.

Dem **Wirtschaftsminister** war der Wirtschaftskontrolldienst unterstellt. Seine Aufgabe war es, in regelmäßigen Abständen die Betriebe auf Sauberkeit und die ordnungsgemäße Lagerung der Lebensmittel zu kontrollieren. Sie hatten die Kompetenz, Geldbußen zu verhängen oder bei gravierenden Verstößen sogar die Schließung eines Betriebes anzuordnen. Sie verschafften sich einen Überblick über die Einnahmen der Betriebe und legten so die Grundlage für deren Besteuerung oder auch Subventionierung. Hier war also eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium notwendig.

Die wesentliche Aufgabe der **Umweltministerin** war die Oberaufsicht über die Müllabfuhr und die Kontrolle der Mülltrennung.

Die **Sport- und Kulturministerin** erhielt einen besonderen Topf für Subventionen und unterstützte durch ihre persönliche Anwesenheit bei kulturellen und sportlichen Veranstaltungen diesen Bereich der Freien Schulrepublik Auswiesia.

3.2 Wirtschaft

Motor unseres Staates war die Wirtschaft bzw. das Wirtschaften. Die Grundüberlegungen dazu waren folgende:

- In Betrieben arbeiten Schülerinnen/Schüler und Lehrer. Sie stellen Produkte her und leisten Dienste, die sie auf dem Markt anbieten.
- Mit den Gewinnen bezahlen die Betriebe ihre Mitarbeiter und finanzieren die anfallenden Unkosten.
- Außerdem entrichten die Betriebe, je nach ihrem Erfolg am Markt, Steuern. Es ist Sache des Staates bzw. des Parlamentes, mit diesen Steuern zu wirtschaften.

Projekt 'Schule als Staat'

Um dies zu realisieren bedurfte es, nach langen Planungsüberlegungen der Vorbereitungsgruppe, für unseren Staat der Gründung folgender Institutionen:

- Betriebe
- Wirtschaftsministerium
- Arbeitsamt
- Gewerbeaufsichtsamt
- Zentralbank
- Buchführung - Steueramt
- Wirtschaftskontrolldienst
- Warenlager
- Eigenwährung

Um diesen recht komplizierten Mechanismus, welcher der Vorbereitungsgruppe langwierige Planungsprobleme bescherte, nachvollziehbarer zu machen, sei er hier beschrieben nicht von der theoretischen, d.h. der planungstechnischen Seite der Vorbereitungsgruppe, sondern gleich konkret von der praktischen Seite seines Wirkens.

Hier verlassen wir also in der Projekt-Beschreibung die Chronologie der Planung und gehen gleich über zur Praxis. In der Tätigkeit der einzelnen Institutionen und der Verzahnung ihrer Aufgaben wird dem am Projekt Interessierten sehr viel schneller klar, worum es im Einzelnen geht. Es werden hier also zunächst die einzelnen Organe und deren Funktionen beschrieben. Anschließend gehen wir dann auf die Chronologie ihrer Gründung während der Projektvorbereitung ein.

→ Das Geld

Eine Idee, die sich erst während der Realisierungsphase des Projektes als der eigentliche "Kick" bewährte, war: Unser Staat sollte eine eigene Währung erhalten. Während der 4 Tage, an denen unser Staat real lebte, wurde innerhalb des Staates nur mit unserer Währung (vgl. Anlage 9), der "Kopecke" (benannt nach unserem Schulleiter Helmut Kopecki) gearbeitet. Die D-Mark galt als Fremdwährung. Sie musste vor Betreten des Staates in Kopecken umgetauscht werden.

→ Finanzierung des Projektes - Der finanzielle Vorlauf

Zirka 9 Monate vor Beginn des Projektes wurden pro Schüler/Lehrer DM 20.- eingesammelt und auf ein Konto längerfristig angelegt - so konnte zumindest noch ein Zinssatz mitgenommen werden. Die Überlegung war: Mit DM 20.- sollten die Schüler/innen die 4 Tage im Sommer über die Runden kommen, d.h. sich mit Lebensmitteln, Getränken, sonstigen Konsumausgaben etc. versorgen. Pro Tag waren das DM 5.-, das schien gegenüber den Eltern vertretbar und war es auch. Mit diesem Geld wurde das gesamte Projekt finanziert, Mehrkosten gab es keine, durfte es keine geben.

→ Die Eigenwährung

Auf diese Weise kam ein Gesamtbetrag von ca. DM 17 000.- zusammen. Für dieses Geld wurde nun unsere eigene Währung, die Kopecken, im Verhältnis 1 DM = 10 Kopecken bereitgestellt, zunächst also 170 000 Kopecken. Die Kopecken wurden gestückelt in Scheine zu 5, 10, 20, 50 und 100 Einheiten, jeweils auf andersfarbigem Papier. Es blieb der Phantasie der Vorbereitungsgruppe überlassen, die Scheine grafisch zu gestalten. Allerdings stellte es sich als enorme Arbeit heraus, das Geld zu drucken (Fotokopien) und vor allem zu schneiden. Hier waren 2 Schülerinnen fast 2 Wochen zugange.

Um eine wenn auch geringe Fälschungssicherheit zu gewähren, wurden die fotokopierten Geldscheine mit einem von der Form her recht komplizierten Stempel versehen. Dieser konnte (mit ein wenig Spucke) schnell verwischt werden und so die "Echtheit" garantieren. Die später tatsächlich aufgetauchten Fälschungen (via PC-Scanner) konnten so und an der abweichenden Farbschattierung erkannt werden. Sicher gibt es jedoch noch effizientere Methoden der Fälschungsvorbeugung.

Wichtig!!! Die Planungsgruppe ging zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass am Ende das Projekt im Rahmen früherer Projektstage einen Gewinn bringen würde. Dieser Gewinn stellt sich zunächst dar in der Währung Kopecken. Aus rein praktischen und verfahrenstechnischen Gründen sprach sich die Gruppe dafür aus, dass am Ende verbleibende Überschüsse in Kopecken, seien sie in der Hand von Betrieben, deren Mitarbeitern oder Besuchern des Staates, nicht in D-Mark zurücktauschbar sein werden. Auch über diesen Modus wurden alle am Projekt Beteiligten früh und schriftlich informiert.

→ Austeilung des Geldes - Die Bezahlung der Mitarbeiter

3 Tage vor Beginn der "heißen Phase" gab die Zentralbank den einzelnen Betriebsleitern "unser Geld" aus. Etwa eine Woche davor mussten die Betriebsleiter auf einem vorgefertigten Formular der Zentralbank angeben, wieviele Mitarbeiter (namentlich) der einzelne Betrieb beschäftigt. Aufgrund dieser Daten stellten dann die Mitarbeiter der Zentralbank am Tag der Geldausgabe jedem Betrieb bereits vorgezählt das entsprechende Kapital in Kopecken gegen Unterschrift zur Verfügung. (vgl. Anlage 10).

Die Vorbereitungsgruppe wählte folgenden Ausgabemodus:

pro Mitarbeiter erhält der Betriebsleiter an Lohn	70 Kopecken
pro Betrieb als Betriebsgründungskredit	80 Kopecken
<hr/>	
	150 Kopecken als Kredit
	= 15 DM

Die pro Schüler verbleibenden DM 5 bzw. 50 Kopecken (20 DM pro Bürger waren eingesammelt worden) waren Gelder, die der Staat für seine Ausgaben (Beamtengehälter, Sozialausgaben etc.) zunächst zurückhielt.

Beispiel:

Ein Betrieb hat insgesamt 6 Mitarbeiter. Dieser Betrieb erhielt als Starthilfe:

6 X 70 Kopecken	=	420 Kopecken (Löhne)
1 X 80 Kopecken	=	80 Kopecken (Betriebsgründungskredit)

Summe	500 Kopecken
-------	--------------

Von der Vorbereitungsgruppe war geplant, dieses Startkapital den Betrieben als Kredite zu gewähren. Das heißt, dass diese Gelder nach dem Erwirtschaften von Gewinnen an die Zentralbank bzw. über diese an den Staat zurückgezahlt werden sollten. Aus ihren Gewinnen sollten die Betriebe also (wie im richtigen Leben) die Löhne ihrer Mitarbeiter sowie die staatlich gewährten Betriebsgründungsgelder finanzieren bzw. die dafür gegebenen Kredite rückerstatten. In welcher Form (wann?, in welcher Höhe/Rate? Überhaupt?) sollte erst entschieden werden, wenn sich der Erfolg der Betriebe am Markt abzeichnet. Dies zu entscheiden sollte Aufgabe des Parlamentes sein.

Die Arbeitsgruppe war sich darüber im Klaren, dass es durchaus Betriebe geben kann, welche den Rückzahlungsmodus nicht erfüllen können. Wie in diesem Falle verfahren werden sollte, konnte in der Planungsphase nicht geklärt werden. Diese Aufgabe wurde dann dem Parlament bzw. dem Wirtschaftsministerium zugewiesen, welche den Einzelfall zu prüfen und dann eine Entscheidung herbeizuführen hätten. (In der Praxis hat sich dann gezeigt, dass noch in den letzten Stunden des real existierenden Staates Betriebsleiter überglücklich an die Zentralbank herantraten mit dem Wunsch, die Startgelder jetzt endlich zurückzuzahlen. Dies war für sie eine Frage der Ehre bzw. des betrieblichen kollektiven Ehrgeizes geworden).

→ Herz des Wirtschaftens: Das Warenlager

Alle Güter, die in unserem Staat verarbeitet wurden, nehmen wir als Beispiel die Herstellung einer Pizza, mussten zunächst als "Rohstoffe" von außen bei umliegenden Märkten gegen DM eingekauft werden. Dafür standen die 17 000 DM zur Verfügung. Erledigt wurde der Einkauf von den Mitarbeiterinnen des zentralen Warenlagers. Das waren ca. 12 SchülerInnen der Klassenstufe 12/13, die im Besitz eines Führerscheines waren und PKWs bereitstellen konnten.

→ Order-Aufträge der Betriebe

Am Nachmittag vor Beginn des Projektes sowie an den Nachmittagen im laufenden Projekt mussten von den Betriebsleitern vorgedruckte Bestelllisten abgegeben werden, auf denen alles aufgeführt war, was die Betriebe am ersten Produktionstag benötigten (Anlage 12). Bestellt werden durfte jeweils nur für den Folgetag. Dies sollte gewährleisten, dass die Betriebe auf die Marktentwicklung reagieren und nicht unnötig Waren ordern, auf denen sie dann u.U. sitzen bleiben. Im Falle unseres Pizzabetriebes waren dies also z.B. 5 Dosen geschälte Tomaten, 3 kg Mehl, 1 kg Käse, Pfeffer, Salz, etc.

Im Warenlager wurden diese Listen abgegeben und gesammelt. Die bestellten Rohstoffe wurden nun nach Gruppen geordnet (z.B. Gemüse/Milch-Käse-Sahne/Fleisch....) und auf Sammel-Einkaufslisten umgeschrieben. Mit diesen machten sich dann die Mitarbeiter des Warenlagers in Gruppen auf den Weg, um bei den umliegenden Märkten die geordneten Produkte einzukaufen. Es hat sich als hilfreich erwiesen, vor Beginn des Projektes die hauptsächlich von Einkauf betroffenen Aldi, Lidl, etc. Märkte über das Projekt bzw. den vermehrten Einkauf zu informieren.

Anschließend wurden auf Grund der Bestelllisten der Betriebe "Körbe" zusammengestellt, (rechtzeitig leere größere Kartons horten!) in denen der einzelne Betrieb dann seine komplette Bestellung abholen konnte. Dies ist insgesamt ein sehr zeitaufwendiges Unterfangen. Da an den Folgetagen die Abgabe der Bestelllisten auf 15.00 Uhr terminiert war, verließen die letzten Mitarbeiterinnen das Warenlager häufig nicht vor 21 - 22.00 Uhr, bis der Warenkorb des letzten Betriebes für den Folgetag zusammengestellt war.

An jedem Warenkorb befand sich das Bestellformular sowie die Rechnung über die eingekauften Waren in DM und Kopecken.

Am ersten Tag erschienen dann Mitarbeiter der einzelnen Betriebe und holten ihre Bestellungen beim Warenlager ab. Dieses befand sich im Lehrerzimmer, welches das Kollegium freundlicherweise der Schülerschaft zur Verfügung stellte. Es ist wichtig, einen möglichst großen und gut zugänglichen Raum für das Warenlager zu haben, denn hier spielte sich zu Beginn der einzelnen Tage ein enormer Verkehr ab. Die Betriebe waren nummeriert, die Waren wurden ausgegeben in 3 Schichten (Betrieb Nr. 1 - 30, 31 - 60, 61 - 90). Die Vertreter der Betriebe erhielten nach Aufruf ihren Warenkorb, den sie gegen sofortige Bezahlung in Kopecken in Empfang nehmen und ihrem Betrieb zur Verarbeitung bringen konnten.

→ Ausnahmeregelungen

Für Waren, die nur sehr schwer für die Mitarbeiterinnen des Warenlagers "draußen" zu erwerben waren, z.B. Rohstoffe zur Schmuckherstellung, Materialien aus Papier, Stoffe etc. galt folgende Regelung: Die Betriebsleiter dieser Betriebe listeten in einer ebenfalls vorgedruckten "Import-Liste" (Anlage 13) die benötigten Produkte mit dem Preis auf. Diese Liste musste dem Wirtschaftsminister zur Prüfung vorgelegt werden. Wurde sie genehmigt, durften die Betriebsleiter bzw. deren Beauftragte selbständig diese Materialien einkaufen.

Projekt
Schritte
des
Staates

Gegen Vorlage der Quittungen bekamen sie anschließend die Kosten in DM zurückbezahlt. Gleichzeitig mussten sie nun ihre Rohstoffe in Kopecken bezahlen.

Da im Warenlager ständig mit zwei Währungen operiert werden musste (Kopecken bei den "üblichen" Bestellungen, D-Mark bei den Ausnahmeregelungen, s.o.), wurden zwei Kassen bereitgestellt, um die Zahlungsein- und Ausgänge sofort bedienen zu können.

→ Nachbestellungen

Nachdem nun die Betriebe ihre Rohstoffe erhalten hatten, begann in den einzelnen Standorten ein munteres Produzieren. Häufig hat sich in dieser Phase herausgestellt, dass dies oder das fehlt oder zu wenig bestellt/eingekauft wurde. Hier hatten die Betriebe die Möglichkeit, bis gegen 11.30 Uhr Nachbestellungen im Warenlager einzureichen. Kuriere versuchten dann, diese Posten rasch zu erledigen. Vor allem am 3. und 4. Tag, als die Betriebe auf Hochtouren arbeiteten und z.T. enorme Umsätze machen konnten, musste der Kurierdienst verstärkt antreten. Diese Nachbestellungen waren vom Vorbereitungsteam nicht geplant gewesen, auch hier musste man spontan auf entstandene Engpässe reagieren.

→ Schwierige Waren

Unser Projekt "lebte" im Sommer. Einige Betriebe boten deshalb Speiseeis an. Hier hat sich schnell gezeigt, dass die Kapazitäten des Warenlagers zur Kühllhaltung der Eismengen bis zum nächsten Arbeitstag nicht ausreichend waren. Insgesamt ist hier zu berücksichtigen, dass rasch verderbliche Waren (insbesondere Eiweiß- und Milchprodukte) kühl oder gefroren über Nacht im Warenlager verbleiben mussten. Bei uns wurde im Hinblick auf die großen Speiseeismengen deshalb entschieden, dass für die eisverarbeitenden Betriebe die Ausnahmeregelung erteilt wurde (s.o.).

Betriebe, die Lebensmittel verarbeiteten, wurden bereits im Vorfeld explizit darauf hingewiesen, dass sie selbst für entsprechende Kühlmittel zu sorgen hatten. Hier zeigte sich erneut die Hilfsbereitschaft und das Engagement vor allem der Eltern, die auch bereit waren, den Betrieben ihrer Kinder mit (Klein) Kühlschränken und ähnlichen Kühlgeräten zu helfen.

→ Die Betriebe

Sie be- und verarbeiteten nun ihre Rohstoffe. Vorgesehen war, dass die Mitarbeiter in 2 Schichten arbeiteten. Insgesamt sollten die Bürger pro Tag 5 Zeitstunden im Staat anwesend sein. Davon galten 3 Stunden der Arbeit im Betrieb, in den übrigen 2 Stunden sollten sie sich als Bürger in ihrem Staat frei bewegen, die Angebote der übrigen kennenlernen, an Aktivitäten teilnehmen, kulturelle Veranstaltungen aufsuchen etc.

Auch hier zeigte sich die Attraktivität und Akzeptanz des Projektes: Der weitaus größte Teil der Schülerschaft blieb wesentlich länger "im Staat" als formal dafür von der Planungsgruppe veranschlagt.

→ Die Müllabfuhr - Ein "Sonderbetrieb"

Eine heikle Angelegenheit war die Problematik der Müllbeseitigung nach jedem Arbeitstag im Staat. Die Vorbereitungsgruppe wollte dies aus nachvollziehbaren Gründen nicht den einzelnen Betrieben überlassen und entschied sich für eine zentral operierende Müllabfuhr. Klar war, dass es sehr schwer sein würde, hierfür eine entsprechend große Zahl (2 Schichten) von Mitarbeitern zu finden. Hier kam uns das Glück in Form eines phantasievollen und zupackenden Kollegen zu Hilfe. Er funktionierte die Müllabfuhr kurzerhand um in ein "Wertstoffsammelteam", ließ diesem von den zu entsorgenden Betrieben eine zweimalige Entsorgungsabgabe (je nach Finanzlage) entrichten und motivierte damit die Mitarbeiter zu einem verstärkten Sammeln und Entsorgen. Selbstverständlich wurden hierfür vom Hausmeister die entsprechenden Materialien und Geräte bereitgestellt.

→ Zusammenstellung der Betriebe vor Beginn der heißen Phase

Hier gehen wir in der Beschreibung kurz zurück in die Planungsphase. Nach dem Eingang der einzelnen Betriebsgründungsvorschläge (Anlage 14) durch die späteren Betriebsleiter sah sich die Planungsgruppe vor der Aufgabe, den einzelnen Betrieben die Mitarbeiter zuzuordnen. Ursprünglich war geplant, dies wie im "richtigen Leben" den Betriebsleitern über interne Ausschreibungen, Bewerbungen, Vorstellungsgesprächen etc. selbst zu überlassen. Sehr schnell hat sich gezeigt, dass dieser Weg aus verschiedenen Gründen nicht gangbar war (Unterstufe, Zeitfaktor, Überprüfbarkeit, Planbarkeit...). Die Vorbereitungsgruppe wählte dann das von Projekttagen bekannte "klassische" Verfahren: Die SchülerInnen wurden aufgefordert, bis zu einem Stichtag 3 Betriebe ihrer Wahl in der Reihenfolge ihrer Wertschätzung bei der Vorbereitungsgruppe abzugeben. Gleichzeitig wurden die Betriebsleiter aufgefordert, die Anzahl der benötigten Mitarbeiter vorzulegen.

→ Zuordnung der SchülerInnen in die Betriebe

Wer sich mit der Organisation von Projekttagen beschäftigt hat, kennt das mühevollen Verfahren, SchülerInnen den Projekten so zuzuordnen, dass alle Seiten mit dem Ergebnis leben können. Nicht anders war das in unserem Falle. Es kostete die Arbeitsgruppe 3 volle Nachmittage, aus der Bedarfsplanung der Betriebsleiter und den Wunschzetteln der späteren Mitarbeiter die endgültige Betriebszuteilung zusammenzustellen. Vielleicht wäre hier ein computergestütztes Verfahren hilfreich - wir sind den üblichen Weg über die "Handauszählung" gegangen.

Nach der öffentlichen Bekanntgabe der Betriebszuteilung über einen großen Aushang wurden Änderungswünsche der Betriebsleiter und der Beschäftigten nur noch in ganz dringenden und begründeten Fällen zugelassen. Die Betriebe wurden zusätzlich nummeriert, die Mitarbeiter in Listen mehrfach festgehalten, um im Ernstfalle sofort zu wissen, wo im Hause welcher Schüler aus welcher Klasse in welchem Betrieb bei welchem Betriebsleiter beschäftigt ist.

Zurück in die Lebensphase von "Schule als Staat".

→ Die Bezahlung der Mitarbeiter

Am ersten Tag mussten die Betriebsleiter ihren Mitarbeitern den ersten Tageslohn ausbezahlen (70 Kopecken). Hier zeigte sich nun in der Praxis, dass sowohl die Mitarbeiter als auch die Betriebsleiter sehr flexibel auf nicht vorgeplante Situationen reagierten. Die Anlaufphase des ersten Tages war insofern schwierig, als erst von allen Beteiligten gelernt werden musste, mit dieser Situation umzugehen.

Hier musste sich nun auch zeigen, welche Betriebe am Markt überleben konnten, für welche Betriebe weniger Nachfrage und somit Existenzgefährdung bestand. Die Vorbereitungsgruppe war sich darüber im Klaren, dass dies ein entscheidender Knackpunkt des Projektgeschehens sein würde. Entsprechende Vorbereitungen waren mit dem Wirtschaftsministerium sowie dem Sozialministerium eingeleitet worden.

Tatsächlich waren die Umsätze am ersten Tag zunächst schleppend, so dass einige Betriebe in Schwierigkeiten gekommen wären, hätten sie alle anstehenden Löhne vollständig ausbezahlt. So war zu beobachten, dass etliche Mitarbeiter zunächst auf die komplette Lohnauszahlung verzichteten, um dem Betrieb Kapital zum Wareneinkauf für den Folgetag zu belassen. Bereits am frühen Nachmittag war von den Mitarbeitern des Wirtschaftskontrolldienstes, diese waren dem Wirtschaftsministerium eingegliedert, zu erfahren, dass bis auf eine Ausnahme alle Betriebe über die erste Runde gekommen sind. (Bei der Ausnahme handelte es sich übrigens um die Spielbank, der die Glückssträhne eines Bürgers beim Roulette nach 2 Stunden den finanziellen Garaus machte - sie war nicht mehr zahlungsfähig.)

→ Der Geld-Wert

Schnell war allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern klar, dass es sich bei unserer Währung keinesfalls um Spielgeld handelte, konnte man sich für die Kopecken doch ganz konkret z.B. eine Zeitung, eine Massage, einen Blumenstrauß, einen Kinobesuch oder Rote Würste mit Pommes und Cola erwerben.

Entsprechend früh tauchten dann die ersten gefälschten Kopeckenscheine auf.

Dies war der einzige wichtige Anlass, unsere Richter/Innen auf den Plan zu rufen. Da wir das Glück hatten, den "Fälscher" - übrigens kein Schüler des Gymnasiums - zu ertappen (gefälscht wurde via Scanner/PC) und dieser sofort reumütig gestand, konnten negative wirtschaftliche Folgen vermieden werden.

→ Außenkapital - Die Besucher des Projektes

An dieser Stelle war der Vorbereitungsgruppe im Planungsprozess klar, dass das Projekt nur funktionieren kann, wenn dieser innere Wirtschafts- bzw. Geldkreislauf unterbrochen und zusätzlich Geld (in Form von DM) von außen, sprich über Besucher unseres Staates, einfließt. Würde dies nicht der Fall sein, dann würden

die 170 000 Kopecken innerhalb des Staates bei erfolgreichen Betrieben landen, weniger erfolgreiche Betriebe wären in kürzester Zeit zahlungsunfähig. Die Gesamtgeldmenge, die nach Ausgabe an die Betriebsleiter (s.o.) zunächst völlig ausgewogen war, würde sich im Laufe des Projektes intern nur nach den Regeln der Marktwirtschaft verteilen. Das "Aus" für weniger erfolgreiche Betriebe wäre damit bereits nach kürzester Zeit vorprogrammiert gewesen. Also war es eine zentrale Aufgabe vor allem des Außenministeriums, bereits im Vorfeld entsprechend Werbung für den Besuch von "Schule als Staat" zu betreiben.

→ Die Besucher

Um die erwarteten Besucher entsprechend in den Wirtschaftsablauf unseres Staates einzubinden, wurden an den (4) Ein- und Ausgängen zunächst Zoll- und Wechselstuben eingerichtet.

→ Die Zollstellen

Zollbeamte - Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums - stellten sicher, dass weder Schüler noch Eltern Schmuggelware, d.h. z.B. zu Hause vorbereitete Fertigwaren wie Kuchen etc. mitbrachten. Für Ausnahmen (vgl. z.B. Betriebe, die ihre Rohstoffe selbst einkaufen konnten), mussten den Zollbeamten Einfuhrgenehmigungen vorgelegt werden, die beim Wirtschaftsministerium zu beantragen waren. (vgl. Anlage 13) (Es versteht sich von selbst, dass dabei in heiterer und freundlicher Art verfahren wurde, aber bereits hier wurde den Besuchern der "Ernst" unseres Projektes bewusst.)

"Ausländer", also alle nicht am Schulleben direkt Beteiligte, erhielten ein Visum, das je nach Dauer (1,2,...4 Tage) gegen einen Betrag von 2 bzw. 4 DM ausgestellt wurde. (Anlage 17)

→ Die Wechselstuben

Unmittelbar hinter den Zollstationen befanden sich Wechselstuben. Hier hatten die Besucher die Möglichkeit, da sie mit D-Mark in unserem Staat ja nichts anfangen konnten, D-Mark in Kopecken umzutauschen zum Kurs 1 : 10. Dies wurde von Beamten des Wirtschaftsministeriums durchgeführt, die auf vorbereiteten Tauschlisten akribisch festhielten, welche Beträge im Einzelnen umgetauscht wurden. (Anlage 11)

Getauscht wurde nach folgendem Modus:

10 % der umzutauschenden Kopecken-Summe flossen als Wechselgebühren in die Staatskasse. Bsp.: Ein Vater möchte DM 10.- in Kopecken wechseln. Er erhält dafür 100 Kopecken. 10% dieser Summe = 10 Kopecken werden als Wechselgebühren von den Wechselbeamten als Staatseinnahmen festgehalten, der Vater erhält also 90 Kopecken ausbezahlt.

Es versteht sich von selbst, dass das Wirtschaftsministerium sorgfältig auf die richtige Auswahl der Wechselbeamten achtete. Diese mussten dann jeweils nach ihrer Schicht auf Heller und Pfennig anhand bereitgestellter Wechsellisten (Anlage 11) mit der Zentralbank abrechnen.

→ Bereitstellung zusätzlicher Kopecken

Das Planungsteam orientierte sich in der Vorbereitungsphase an ähnlichen Veranstaltungen im Rahmen von Projekttagen. Die erwartete Gewinnspanne lag deshalb zwischen 5 000.- und 8 000.- DM. Deshalb wurden zunächst noch vor der Realisierungsphase ca. 70 000 Kopecken als Umtauschreserven bereitgestellt. Es sollte sich bereits am 2. Tag zeigen, dass dieser Betrag bei weitem nicht ausreichte. Auch hier musste dann eine Einsatztruppe in intensiver Arbeit zusätzliches Geld drucken und bereitstellen.

→ Die Zentralbank

Sie bestand aus 10 Schüler/innen und 2 Lehrern, die bewusst vom Vorbereitungsteam im Hinblick auf die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe angesprochen wurden. Die Zentralbank war für alle Tätigkeiten des Geldwesens zuständig. Ihre erste Aufgabe war es, das Geld "unter die Leute" d.h. an die Betriebsleiter zu bringen (s.o.). Während der eigentlichen Phase war es dann ihre Aufgabe, alle eingehenden Rechnungen bzw. Visa-Ausgabe- und Wechselstuben-Einnahme Listen mit den verantwortlichen Beamten abzurechnen, allabendlich eine exakte Tagesbilanz zu erstellen (etwa Ausgabebeträge für die Einkäufe des Warenlagers, Einnahmen). Am Ende des Projektes wurde schließlich eine endgültige Schlussabrechnung vorgelegt, in der sämtliche Ein- und Ausgaben des Staates, beginnend mit den DM 20.- pro Bürger, bilanziert wurde.

→ Das Wirtschaftsministerium

Neben den oben erwähnten informellen und repräsentativen Aufgaben des Wirtschaftsministers oblag seinem Ministerium vor allem die Bereitstellung der Zollbeamten und des Wirtschaftskontolldienstes. Ebenso war es verantwortlich für die Genehmigung von Importlisten (s.o.).

Über die Beamten des Wirtschaftskontrolldienstes, die sich ständig über die Entwicklung der Betriebe informierten und dem Minister über die Gewinn- und Verlustlage, d.h. auch über das Steueraufkommen des Staates berichteten, liefen hier die zentralen Daten zur Finanzlage des Staates zusammen.

→ Die Steuerpolitik

Langes Nachdenken und Tüfteln bescherte der Vorbereitungsgruppe die Frage nach dem Steueraufkommen des Staates bzw. der einzelnen Betriebe. Mehrere Modelle wurden entwickelt und wieder verworfen (z.B. feste Prozentzahlen des

betrieblichen Umsatzes als Steuern...). Das Problem war hier die Praxis der Nachprüfbarkeit, aber auch die Ungewissheit, inwiefern die einzelnen Betriebe überhaupt steuerfähig sein werden oder nicht. Bewährt hat sich am Ende im Prinzip folgendes Verfahren:

Die 80 Kopecken Betriebszuschuss, die zu Beginn an die Betriebe ausgezahlt wurden, wurden verstanden als Kredite, die am Ende des ersten Tages wieder zurückgezahlt werden sollten. Für die folgenden Tage sollte dann über den Wirtschaftskontrolldienst ermittelt werden, welche Betriebe "laufen", welche weniger. Dann war es die Aufgabe des Parlamentes, in den Sitzungen darüber zu befinden, wie nun steuerlich zu verfahren ist. (Steuererklärung Anlage 15) In der Praxis hat es sich gezeigt, dass die einzelnen Betrieb nicht versucht haben, Gewinne nicht zu versteuern. Noch am letzten Tag kamen Betriebsleiter ganz glücklich zur Staatsbank, um ihren Startzuschuss von 80 Kopecken "endlich" zurückzuzahlen.

→ Das Parlament

Zusätzlich zu seiner legislativen Arbeit machte es sich unser Parlament zur Aufgabe, während der eigentlichen Projektphase ständig den Stand von "Schule als Staat" zu diskutieren. Täglich waren zwei öffentliche Parlamentssitzungen anberaumt. Diese waren häufig Anlaufpunkt von VIP's vor allem aus der Politik, die vom Parlament begrüßt wurden und dem umgekehrt von den Damen und Herren Politiker Grußadressen von Parteien und Verbänden übermittelt wurden.

Aber auch unvorhergesehene Entwicklungen und Probleme waren Gegenstand der Parlamentsdebatten. So wurde ständig die Entwicklung der Kreditrückzahlung bzw. der Steuerfähigkeit der Betriebe debattiert. Wie ist auf die Geldfälschung zu reagieren? Was tun mit Arbeitslosen und möglichen Drückebergern? Unvermittelt (weil nicht vorhergeplant) stellte sich die Frage: Was tun mit der Schulleitung, den Damen auf dem Sekretariat, den Hausmeistern? Wie soll deren Bezahlung erfolgen? (Die Lösung: Dieser Personenkreis wurde nach dem im Parlament vereinbarten Sozialhilfesatz ohne Antrag alimentiert!).

→ Die Arbeitslosen

Wie eingangs erwähnt, musste nur die Spielbank ihre Tore schließen. Deren Mitarbeiter konnten rasch in andere Betriebe vermittelt werden. Interessant und amüsant war, dass einzelne Mitarbeiter von sich aus vorzogen, ihren Betrieben zu kündigen und als Arbeitslose im Staat zu verweilen. Die wenigsten bemühten sich um Sozialhilfe, die vom Parlament auf 40 Kopecken pro Tag festgesetzt worden war (gegenüber dem Mindestlohn von 70 Kopecken). Es gab jedoch ganz witzige "Bettelgruppen", die z.B. mit musikalischen Darbietungen, mit akrobatischen Einlagen oder nur einem Pappschild vor sich (z.T. sehr erfolgreich) ihr Überleben organisierten.

3.3 Gesellschaft

→ Aufgaben und Arbeit der Richterschaft

Nach Artikel 9 der Verfassung wurden vom Parlament 3 Richterinnen gewählt, deren Aufgabe es war, nach Anzeigen aus der Bevölkerung aktiv zu werden und nach eigenem Ermessen im Einklang mit der Verfassung Recht zu sprechen. Der wichtigste Fall, über den sie zu entscheiden hatten, war Geldfälscherei. Hier wurde der Angeklagte (ein Ausländer) zu mehrstündigem Arbeitseinsatz zugunsten des Staates verurteilt, was dieser nicht nur widerspruchslos, sondern sogar mit großer Begeisterung ausführte.

→ Kulturbetriebe

Zu einem lebendigen Staat gehört auch eine vielfältige Kultur. Deshalb hatte das Parlament entschieden, kulturelle Angebote zu subventionieren, indem auf Antrag des Betriebes vom Staat ein Teil der Lohnkosten für die Mitarbeiter übernommen wurden. So entstanden zahlreiche kulturelle und sportliche Angebote: Theatergruppen, Chöre, Jongleure, Straßenkünstlergruppen und eine subventionierte Fußballnationalmannschaft.

→ Zeitungen

Eigenständige Unternehmer gründeten 3 Zeitungen (vgl. Anlage 19) mit unterschiedlicher Zielsetzung und Ausrichtung: Eine wandte sich mit Rätseln und Geschichten eher an die Jüngeren, die zweite war im Stile eines Boulevardblattes aufgemacht und die dritte bot ausführliche und sachliche Informationen über die politischen Ereignisse und die wirtschaftlichen Entwicklungen im Staat. Hergestellt wurden sie an PC's, die größtenteils von den beteiligten Schülern mitgebracht und fachkundig angeschlossen worden waren.

Die fertigen Zeitungen wurden am Lehrerkopierer kopiert; die Kosten dafür mussten aus den Erlösen an das Schulsekretariat bezahlt werden. Alle drei Zeitungen wurden im "Straßenverkauf" angeboten und fanden reißenden Absatz, so dass sie sich ohne Subventionen selbst tragen konnten.

→ Hymne und Staatsflagge

Vor Beginn des Projektes war von Schülern eine Hymne komponiert und getextet worden, die beim Staatsakt zur Eröffnung von einer Schülerband dargeboten wurde. Text und Melodie waren eingängig, so dass die anwesenden Bürgerinnen und Bürger schnell mitsingen konnten. Die Idee war, über Rituale Identifikation des Volkes mit dem Staat herzustellen (Anlage 2; Melodie nach: "Hier kommt Alex" von den Toten Hosen). Dazu diente auch die von Schülern entworfene und hergestellte Staatsflagge, die groß über dem Haupteingang flatterte.

4. Die Durchführung des Projektes

→ Der erste Tag: Beginn des Großprojektes

Nach dem Aufbau- und Vorbereitungstag wurde es ernst. Der erste Tag von "Schule als Staat" begann morgens mit einem Staatsakt. Die ganze Schulgemeinde bzw. alle Bürgerinnen und Bürger des Staates "Auwiesia" versammelten sich vor dem Schulgebäude. In einer kurzen Feierstunde wurden die Mitglieder der Regierung von der Parlamentspräsidentin vereidigt, die selbstkomponierte Staatshymne wurde von der Schulband gespielt, gleichzeitig wurde die Staatsflagge gehisst, sie wehte dann die ganze Zeit über dem Hauptportal unserer Schule. Der Schulleiter übergab symbolisch den Schulschlüssel an den Staatspräsidenten, der dankte in einer kurzen Ansprache dem "Ex-Chef" und wünschte der Regierung, dem MitarbeiterInnen und allen BürgerInnen gutes Gelingen im Staate Auwiesia. Und dann ging's los.

Das war zugleich das Ende der Aufgabe der Vorbereitungsgruppe. Ihr war klar, dass mit dem Staatsakt das Ende ihrer Arbeit gekommen war. Die konkrete Umsetzung des Projektes unterlag nicht mehr ihrem planenden und lenkenden Eingreifen. Es musste sich nun zeigen, ob das Projekt soweit vorbereitet war, dass es sich selbst tragen würde. Trotzdem wurde noch ein letztes Organ installiert, das den Überblick über die Gesamtentwicklung gewährleisten sollte.

→ Der zentrale Überblicksstab

Dieser befand sich in einem zentralen Raum in unmittelbarer Nähe zum Parlament und dem Warenlager. In ihm wurden sämtliche Pläne (z.B. Raumpläne, Zeitpläne, Besucher-Termine der VIP's, Presse-Anmeldungen etc.) Listen (Schülerlisten/ Betriebslisten...) übersichtlich ausgelegt. Von hier aus wurde jedoch nicht mehr gesteuert, der Stab hatte nur die Aufgabe, den Überblick (wer - wann - was - wo?) zu behalten.

→ Die Steuerung des Staates in der Aktivphase

Während der eigentlichen Lebensphase von Schule als Staat trat nun etwas ein, was die Planungsgruppe so nicht vorgesehen hatte und vorhersehen konnte. Unmittelbar nach Beginn entwickelte sich ein vielschichtiges Neben- und Miteinander von formeller Steuerung (Staatsorgane) und informeller Steuerung (Betriebe/Eltern/Besucher). Auf nun auftauchende Probleme (Stromausfall /gestörte Geräte / fehlendes Geschirr / Schnittwunden / abhandengekommene Materialien/.... usw.) wurden auf den verschiedensten Ebenen Lösungen gesucht und gefunden.

Zahlreiche Einzelorganismen steuerten auf wundersame Weise den Gesamtorganismus. Die Teile wurden zum Ganzen, das Ganze zu einer sichtbaren Summe seiner Teile.

→ Die Rolle der Eltern

Hier muss betont werden, dass ohne die (so nicht geahnte) kreative und unterstützende Rolle der Eltern dieses Projekt niemals so erfolgreich hätte funktionieren können. Selbstverständlich wurde die Elternschaft in der Vorphase ständig über die Entwicklung schriftlich (Elternbriefe, Schulrundschriften) informiert. Dass aber dann am Vorbereitungstag ganze Familien mit PKW anrückten, aufbauten, dekorierten, deckten, war unglaublich. Während der Existenz von Auwiesia traten zahlreiche Eltern nicht nur als konsumierende, genießende und interessierte Gäste auf, viele legten immer wieder mit Hand an an die Betriebe ihrer Sprösslinge und gaben Tips und tatkräftige Unterstützung. Auch am Ende, beim meist so mühseligen Abbau einer solchen Veranstaltung, halfen viele Eltern mit.

→ Die Rolle der Schulleitung und der Lehrer

Obwohl schon in der Vorbereitungsphase allen Beteiligten klar geworden war, dass die Durchführung dieses Projektes ein Wagnis sein würde, hatte die Schulleitung die Vorbereitungsgruppe gewähren lassen, ja hat ihre Ideen unterstützt und ihre Arbeit gewürdigt. Während der eigentlichen Projektstage, die ja am Schuljahresende stattfanden, waren die Schulleitung und die beiden Stundenplanmacher die einzigen aus dem Kollegium, die keinen "Job" in einem Betrieb antreten mussten. Allerdings wurden ihre normalen "Amtsgeschäfte" dennoch vom Geschehen im Schulhaus sehr weitgehend tangiert und oft geradezu unmöglich gemacht. Bürgermeister, Abgeordnete, Pressevertreter und die Herren vom Oberschulamt wollten nach Gesprächen mit unserem Außenminister häufig auch noch unseren regulären Chef sprechen.

Alle anderen KollegInnen waren als UnternehmerInnen oder ArbeitnehmerInnen tätig. Die Vorbereitungsgruppe hatte versucht, alle KollegInnen, die nicht selbst einen Betrieb gründeten (das waren die wenigsten!) so in die Betriebe einzuteilen, dass vor allem in denen der Unter- und Mittelstufe, insbesondere in den Koch- und Backbetrieben, eine Kollegin bzw. ein Kollege vertreten waren. Auch hier gab es keine Schwierigkeiten. Und es war erfreulich, dass spätestens nach Mitte des zweiten Tages auch die Skeptiker ihre Begeisterung für das Projekt nicht mehr zurückhalten wollten.

→ Der letzte Tag von Schule als Staat

Der Planungsgruppe war klar, dass der letzte Tag und vor allem die letzten Stunden Probleme hinsichtlich des Endes von "Schule als Staat" mit sich bringen würden. Die dann tatsächlich aufgetretenen Schwierigkeiten wurden jedoch so nicht vorausgesehen, sollten bei einer Wiederholung jedoch unbedingt intensiv durchdacht werden. Was war geschehen?

Geplant war, den letzten Tag wiederum mit einem Festakt zu beschließen. Die Minister sollten enteidigt, die Staatsflagge eingeholt, die Hymne gespielt, gedankt und schließlich der Schulschlüssel vom Präsidenten wieder dem Schulleiter

ausgehändigt werden. Damit wäre das Unternehmen "Schule als Staat" zu einem Ende gebracht. Tatsächlich hat das auch prima so geklappt.

Klar war auch, dass damit dann selbstverständlich auch die Währung Kopecken ihren Wert verloren und wieder die D-Mark ausschließliche Währung werden sollte.

Als sich jedoch abzeichnete, dass das Geld in vier bis fünf Stunden wertlos sein würde, entbrannte im Staat, der an diesem Tag von einer unglaublichen Besuchermasse gestürmt wurde (Samstag), eine zunächst kaum wahrnehmbare, dann immer stärker werdende Aktivität, die schließlich zu Panikkäufen und -verkäufen ausartete. Die einzelnen Betriebe schwammen zu diesem Zeitpunkt förmlich in Kopecken, und es dämmerte allen Kopeckeninhabern, dass sie mit dem Geld in Kürze nichts mehr anfangen konnten. Besucher stürmten die (einzige Bier- und Sektausgabe), im Warenlager versuchten Väter, Getränkekisten zum üblichen Kopeckenpreis zu erstehen, alle Betriebe, die noch irgend etwas zu verkaufen hatten wurden dies los, selbst die Dekorationen wurden verscherbelt. Die Reaktion war betriebs- und volkswirtschaftlich einerseits klassisch, andererseits chaotisch. Die Preise begannen bei denjenigen Betrieben zu steigen, die noch im Besitz von handelbaren Produkten waren. Betriebe, die selbst ausverkauft waren, verteilten die vorhandenen Kopecken an die Mitarbeiter, die wiederum versuchten, das demnächst wertlos werdende Geld gegen Waren loszuwerden. Natürlich reagierten die Besucher ähnlich. Der bevorzugte Anlaufpunkt war der Bier- und Grillgarten, dessen Inhaber schließlich dazu übergang, Bier-, Saft und Würste der Einfachheit halber zu verschenken. So beschloss der zentrale Planungsstab in Abstimmung mit dem Parlament, die Abschlussfeier um eine Stunde vorzuverlegen (was insofern nicht einfach war, die dafür notwendigen Beteiligten in diesem brodelnden aber durchwegs heiteren Tohuwabohu auf dem Staatsgelände ausfindig zu machen).

→ Der letzte Staatsakt

Die gesamte Schulgemeinde nahm schließlich mit großer Anteilnahme am abschließenden Staatsakt teil. Dieser war nichts anderes als eine Umkehrung des konstituierenden Staatsaktes, also: Bilanz durch den Präsidenten, Enteidigung der Minister, Übergabe des Schulschlüssels an den Schulleiter, Einholung der Staatsflagge bei Abspielen der Nationalhymne, offizielle Bekanntgabe des Endes von "Schule als Staat" verbunden mit der Einladung aller Anwesenden zu einem gemütlichen Zusammensitzen im vorbereiteten Schulgarten. Im Anschluss trafen sich vor allem Eltern und Besucher im "Bier- und Sektgarten", um nun in Ruhe - und wieder gegen D-Mark, in Ruhe die vergangenen Stunden revue passieren zu lassen.

→ Das große Aufräumen

Es begann und endete am darauffolgenden Montag, den die Schulleitung zu diesem Zweck zum unterrichtsfreien Tag machte (Der Samstag, letzter Tag von Auwiesia, war ja für alle Beteiligten ein „Dienstag“, gewesen.). Mit Hilfe der Eltern, der Lehrerschaft und vor allem eben der Schüler war am Mittag das Schulhaus wieder in einen Zustand zurückversetzt worden, den die Hausmeister akzeptierten und der Lehrern und Schülern vor Augen führte, dass am Ende der jetzt bevorstehenden Ferien wieder Schulalltag auf das Gymnasium Neckartenzlingen wartete.

5. Nachlese

Lassen Sie uns das Resumee dieses Projektes auf den Ebenen Schülerschaft, Lehrerschaft, Schulleitung, Eltern und Schulgemeinde ziehen.

→Die Schülerschaft

Eine wesentliche Erfahrung, die ansonsten im Schulalltag nur in Ausnahmen gemacht werden kann, war die der selbstverantwortlichen Tätigkeit und der Eigeninitiative, die erlebbaren und sichtbaren Erfolg, aber u.U. auch Misserfolg bringen konnte. (Gelingen oder Misslingen der Arbeit in den Betrieben/des eigenen Betriebes). Dazu trugen natürlich ganz wesentlich Notwendigkeit und Fähigkeit zur Teamarbeit und sozialer Interaktion bei. Nur in der Gruppe konnte ein Betrieb erfolgreich gemanagt werden. Dies setzt wiederum Kommunikations- und Konfliktfähigkeit voraus, häufig auch die Bereitschaft und das Vermögen, Kompromisse zu schließen. Viele Betriebe waren gezwungen, rasch auf neue Situationen einzugehen, trotz u.U. fehlender Materialien Gewinn zu erwirtschaften. Hier waren Flexibilität und die Fähigkeit, rasche Problemlösungsstrategien zu finden, gefragt.

Die oben angeführten Erfahrungen klingen wie aus einem Handbuch der Theorie einer handlungsorientierten Pädagogik. Schön war, dass diese skizzierten Aspekte von jedem Teilnehmer, egal ob 5.- Klässler oder 13er, ganz persönlich erfahren wurde. Darüber hinaus wurden diese Erfahrungen gemacht im Rahmen von Zusammenhängen, die große Ähnlichkeiten mit der realen Welt aufweisen. Wann schon treten unsere Schüler in einen lebendigen und anfassbaren Kontakt mit Wirtschaft, Politik oder Staat? Bei einem Besuch im Landtag hören sie z.B. Reden von Politikern, hier haben sie selbst geredet. Im Gemeinschaftskundeunterricht lernen sie, was man unter "Schweinezyklus" versteht. Hier haben sie ihn konkret erfahren.

Deutlich gesagt werden muss jedoch, dass nicht alle Beteiligten in gleichem Maße bei diesem Projekt gelernt und erfahren haben. Nach eigenem Bekunden haben die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe ihre mühevollen und langandauernde Arbeit als überaus positiv und gewinnbringend erlebt. Auch viele Mitglieder der Regierung und des Parlamentes fühlten sich durch ihre Aufgaben herausgefordert und lernten vor allem im politischen und persönlichen Bereich (Selbstvertrauen, Redefähigkeit, Durchsetzungsvermögen, Kommunikations- und Kompromissfähigkeit, Verhandlungsstrategie...) viel dazu. Die selbständigen Unternehmer lernten zu planen, zu koordinieren, wirtschaftlich zu denken und zu agieren, wobei der Umgang mit knappen Ressourcen, Mitarbeitern und Geld eine wichtige Rolle spielten. Sie mussten auf ihre Mitarbeiter Rücksicht nehmen, Absprachen treffen (Löhne, Arbeitszeiten, Gewinnbeteiligung...) und sozial handeln.

Nicht so umfassend waren natürlich die Lernmöglichkeiten für die Masse der Arbeitnehmer, wenngleich auch diese sich ihrer Verantwortung im Betrieb nicht entziehen konnten und zur Zusammenarbeit bereit sein mussten.

→ Die Lehrerschaft

Gefordert war vor allem die Bereitschaft, sich im Vorlauf auf ein nicht genau kalkulierbares Projekt einzulassen und die Vorbereitung mitzutragen. In der heißen Phase schließlich waren sie nicht mehr Lehrer, sie waren gleichberechtigte BürgerInnen und Mitarbeitende. Der weitaus größte Teil des Kollegiums musste/wollte sich als Arbeitskräfte unter den Führungsanspruch von SchülerInnen stellen, die ihnen als Unternehmer oder Politiker vorgesetzt waren. Gefordert war hier insgesamt, sich vom sicheren Boden der eigenen Fächer zu verabschieden und sich auf Unbekanntes, Neues einzulassen und dabei auch noch das übliche Rollenmuster zu tauschen.

Bis heute wirkt im Übrigen die Fähigkeit nach, das im Projekt Erlebte umzusetzen in Unterricht. Überlegungen zu offenen Unterrichtsformen, Projektarbeit oder handlungsorientiertem Unterricht spielten bei der Vorbereitung von "Schule als Staat" keine Rolle. Dem Projekt fehlte sozusagen das theoretische Fundament der pädagogischen Wissenschaft. Was sich jedoch im Nachhinein herauskristallisiert ist, dass gerade didaktische Ansätze dieser aktuellen Entwicklungen mit großem Interesse diskutiert und realisiert werden. So wurde z.B. mit einer 10. Klasse im Rahmen eines Vormittags von drei KollegInnen aus den Bereichen Naturwissenschaft, Sprachen und Gesellschaftswissenschaften ein "Seminar" zu Kommunikationstraining entwickelt und durchgeführt. Insgesamt kann man feststellen, dass "Schule als Staat" sicher zu einem stärkeren Interesse an neuen Unterrichtsformen, an den Themen Kommunikation, Kooperation und Konfliktfähigkeit im Schulalltag beigetragen hat.

→ Die Rolle der Schulleitung

Wir haben das Glück an einer Schule zu arbeiten, an der alternative, kreative oder quergedachte Überlegungen zunächst grundsätzlich offenes Gehör bei der Schulleitung finden. Ideen, welche die innere Schulentwicklung konstruktiv vorantreiben, finden auf allen Ebenen unserer Schulleitung eine positive Resonanz. Es liegt dann allerdings bei den Ideenträgern, ob das SchülerInnen, Eltern oder KollegInnen sind, ihre Gedanken überzeugend zu präsentieren. Gelingt dies, erhält man von der Schulleitung weitgehenden Umsetzungsspielraum und Rückendeckung. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, ein solch umfangreiches Projekt überhaupt anschieben zu können. Natürlich muss hier eine Schulleitung auch ein gutes Stück Mut zum Risiko eingehen können - mit dem Umfang eines Projektes und vor allem mit den anfangs nicht kalkulierbaren Problemen steigt natürlich auch die Qualität eines möglichen Flops, den dann auch die oberste Etage einer Schule mitzutragen hat. Wir hatten das Glück, von eben dieser immer wieder Ermunterung und vor allem breites Entgegenkommen bei der Lösung technisch-organisatorischer Probleme zu bekommen.

→ Die Eltern

Sie waren von Beginn an insofern in das Projekt eingebunden, als sie ja Eltern von Politikern, ArbeiterInnen und Betriebsleiter'n waren. Ohne ihr vielschichtiges Engagement wäre dieses Projekt nicht möglich gewesen. Dieses Engagement fand im Wesentlichen auf drei Stufen statt:

- In der Beratung ihrer Kinder, was betriebliche Fragen betrifft. Häufig konnten wir von Eltern erfahren, dass sich ihre Kinder erstmals für berufliche Zusammenhänge des Vaters oder der Mutter interessierten. Gespräche über die Steuererklärung des Vaters oder der Mutter waren keine Ausnahmen. In diesem Rahmen konnten Eltern vor allem den jüngeren Betriebsleitern mit guten Tips eine Hilfe sein.

- In der Phase des Aufbaus, der Durchführung und des Abbauens wäre ohne die Bereitschaft der Eltern zur Mithilfe (Bereitstellung von Geräten wie Kühlschränke, Waffeleisen, Fernseher...) und zum Transport nichts gegangen.

Ohne die Elternschaft als "Besucher" des Staates Auwiesia, als Konsumenten in den Kulturbetrieben oder als Abnehmer von Zeitungen und anderen Produkten wäre die Wirtschaftlichkeit kaum zu erreichen gewesen. Viele Mütter vor allem, die ansonsten für das Mittagessen der Kinder zu sorgen hatten, ließen sich während der vier Tage nun in der freien Schulrepublik versorgen und nutzten den Besuch für Gespräche mit anderen Eltern.

→ Die Schulgemeinde

Immer wieder war zu hören und zu spüren, dass dieses Projekt zu einer so noch nicht erfahrenen Identifikation der Schüler, Eltern und Lehrer mit dem Projekt und darüber hinaus mit "unserer" Schule führte. Ein breites Gefühl der Gemeinschaft, ein "Wir-Gefühl", wie es im deutschsprachigen Schulraum wohl eher selten entwickelt ist, war konkret vorhanden. Auch Stolz darauf, dieses schwierige Projekt so erfolgreich umgesetzt zu haben. Immer wieder kam von Seiten der Schüler die Frage, ob wir unserer Schule nicht den Namen "Auwiesia-Gymnasium" geben könnten.

Soziales und verantwortungsvolles Handeln, wie es bei diesem Projekt von vielen auf vielen Stufen abverlangt und eingebracht wurde, setzte sich auch nach Ende von "Schule als Staat" fort. So hat z.B. die SMV, die über die Verteilung des Reingewinnes des Projektes verfügte, beschlossen, u.a. DM 5 000.- unserer Partnerschule in Eritrea zukommen zu lassen. Weitere 5 000 DM wurde einem Projekt zur schulischen Förderung von Kindern in Indonesien zur Verfügung gestellt

Zum Schluss bleibt uns noch, einen ganz besonderen Dank auszusprechen an die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe, die mit ihrer unermüdlichen Begeisterung dieses Projekt überhaupt erst möglich gemacht haben:

Kerstin Abele, Johanna Diehl, Katharina Diehl, Katrin Geiger, Susanne Knötig, Judith Kühnle, Sarah Leu, Nicole Lorch, Peter Matz, Sabine Metzger, Melanie Uhrig sowie unser damaliger Referendar Thomas Wagner

6. Zeit- und Organisationsschiene

<u>Zeit</u>	<u>Vorbereitungsgruppe</u>	<u>Andere Beteiligte</u>
September - Dezember	<ul style="list-style-type: none"> • erste Treffen • Erarbeitung der Verfassung • erste Informationen an GLK, Elternbeirat, Schulkonferenz, Schülervollversammlung • Wettbewerb für Staatsnamen 	
Januar	<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntgabe des Staatsnamens • Bekanntgabe der Verfassung (Aushang in den Klassenzimmern, Erklärung durch Klassenlehrer notwendig) • Werbung für Parteigründung (Infozettel an Klassen, Infostand in den großen Pausen) 	
bis Ende Februar	<ul style="list-style-type: none"> • (Stellwände bereit stellen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Parteigründungen
Mitte März	<ul style="list-style-type: none"> • ausführliches Elterninfo • Geld einsammeln • Konto anlegen (genaue Buchführung über Ausgaben) 	
bis Ende April	<ul style="list-style-type: none"> • Parteien beraten (Treffen aller Parteivorsitzenden organisieren) 	<ul style="list-style-type: none"> • Parteien erarbeiten Parteiprogramme, stellen KandidatInnen für Parlament und Präsidentschaft
bis Mitte Mai	<ul style="list-style-type: none"> • Beratungen über die Wirtschaft des Staates • Vorbereitung der Wahlen (zeitliche Einteilung, Entwurf der Wahlzettel, Info an LehrerInnen und Klassen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbereitung der Wahlen
Woche vor der ahl	<ul style="list-style-type: none"> • Aufforderung zum Wahlkampf/Öffentlichkeitsarbeit • Einteilung der Wahllokale und WahlhelferInnen • genauere Informationen an LehrerInnen und Bitte um Mithilfe 	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlkampf
12. Mai	<ul style="list-style-type: none"> • Parlaments und Präsidentschaftswahlen • Auszählung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses 	
18. Mai	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung bei der ersten Sitzung 	<ul style="list-style-type: none"> • 1. Parlamentssitzung (nachmittags, Unterrichtsbefreiung für Abgeordnete)

Ende Mai	<ul style="list-style-type: none"> • Hinweise zu Betriebsgründungen 	
Juni	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung von Parlament und Parteien bei Schwierigkeiten • Aufforderung zur Betriebsgründung (offizieller Aushang und Umlauf) • Gestaltung des Geldes in Auftrag geben 	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentssitzungen • Koalitionsverhandlungen • Regierungsbildung • Richterwahl • Unternehmer gründen Betriebe (Zettel an Vorbereitungsgruppe: Betriebsname, Art, Betriebsleiter, Anzahl benötigter Mitarbeiter, besondere Standortwünsche: Strom, Wasser usw.)
Mitte Juni	<ul style="list-style-type: none"> • Aushang aller zugelassenen Betriebe mit Anzahl der Arbeitsplätze • Aufforderung zur Arbeitssuche • Hymne in Auftrag geben 	<ul style="list-style-type: none"> • Suche nach Arbeitsplätzen • Außenminister/Staatspräsident: Öffentlichkeitsarbeit
Ende Juni	<ul style="list-style-type: none"> • Organisation der Wirtschaft: endgültige Einteilung der Arbeitskräfte und der Betriebsstandorte (Plan zeichnen), Nummerierung der Betriebe, • Druck des Geldes 	
Anfang Juli	<ul style="list-style-type: none"> • Beratungsstunden für Betriebsgründer • Überlegungen für den Staatsakt am ersten Tag • Treffen und Einweisung aller Beamten (Bank, Zoll, Wechselstube, Wirtschaftskontrolldienst, Müllabfuhr, Infostand für Besucher) • alle notwendigen Formulare fertigmachen, Kassen besorgen, Wechselgeld in DM (Bank, Zoll Wechselstuben), • Kontakt zu Getränkelieferanten (Getränke + Bierbänke!) • Orchester für Hymne, Goldener Schlüssel 	
Mitte Juli	<ul style="list-style-type: none"> • Kreditsumme für Betriebe ausrechnen, hinrichten 	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsleiter: Bestellungen für den ersten Tag an das Warenlager
2 Tage vor Beginn		<ul style="list-style-type: none"> • Zentralbank: Kreditauszahlung an Betriebsleiter
1 Tag vor Beginn	<ul style="list-style-type: none"> • unterrichtsfrei: alle Beteiligten bereiten sich auf das Projekt vor: Einrichtung der Betriebe, (Eltern bringen Herde und Kühlschränke usw.) des Warenlagers, des Sitzungssaales für das Parlament, Anbringen von Werbung für die Betriebe 	

Verfassung

1. Die unveränderlichen Rechte

- Jeder Mensch hat in unserem Staat das Recht, in Würde, Frieden und größtmöglicher Freiheit zu leben.
- Alle Personen aus Schülerschaft und Lehrerschaft sind gleichberechtigt.
Insbesondere soll darauf geachtet werden, dass Jüngere nicht benachteiligt werden.
- Der Staat garantiert für jede und jeden:
 - a) das Recht auf körperliche Unversehrtheit
 - b) freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit
 - c) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit
 - d) die Freiheit von Parteigründungen
 - e) Religionsfreiheit
 - f) freie Berufswahl und freie Wahl des Arbeitsplatzes im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Näheres regeln die Gesetze.

2. Die Pflichten.

- Während der Öffnungszeit des Staates (8.30 bis 15.30 Uhr, Samstag 10 - 16 Uhr) besteht für jede Bürgerin und jeden Bürger eine Anwesenheitspflicht von 5, eine Arbeitspflicht von 3 Stunden täglich.
- Staatsangehörige sind verpflichtet, ihren Ausweis bei Betreten des Staates vorzuweisen. Für ausländische Besuchende besteht die Pflicht, ein Visum zu beantragen.
- Den Beschlüssen des Parlamentes ist Folge zu leisten.
- Ziel jedes Unternehmens ist es, wirtschaftlich zu arbeiten und den Betriebsangehörigen einen möglichst hohen Lohn

zu ermöglichen.

- Lebensmittel und andere Rohstoffe dürfen nur vom zentralen Warenlager bezogen werden.

3. Die Parteien

- Ihre innere Ordnung und ihre politische Zielsetzung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.
- Eine Partei muss aus mindestens 5 Mitgliedern bestehen, wobei 1/5 aller Mitglieder aus der Unterstufe sein muss.
- Jede Partei muss mindestens 5 ihrer Mitglieder zur Parliamentswahl stellen, davon auch hier mindestens 1/5 aus der Unterstufe. Die Spitzenkandidatin oder der Spitzenkandidat hat gleichzeitig den Parteivorsitz inne.
- Aus jeder gewählten Partei sollte sich eine Person zur Präsidentschaftswahl stellen.
- Jede Partei muss ein öffentlich zugängliches Parteiprogramm vorweisen.

4. Das Wahlsystem

- Jeder Bürger, jede Bürgerin hat eine Stimme für eine Partei zu vergeben.
- Bei der Vergabe der Parlamentssitze gilt das Verhältniswahlrecht, d.h. die Parlamentssitze werden nach dem proportionalen Anteil der Parteien bei der Wahl verteilt.
- Erhält eine Partei weniger als 5% der abgegebenen Stimmen, darf sie nicht ins Parlament einziehen (5%-Klausel).

- Gewinnt eine Partei bei der Wahl mehr Sitze, als sie Listenplätze hat, muss sie zusätzliche Kandidaten oder Kandidatinnen werben, die für diese Partei ins Parlament einziehen. Diese müssen vom Parlament anerkannt werden. Sie können mit einer 2/3-Mehrheit abgelehnt werden.
 - Die stärkste Partei wird mit der Regierungsbildung beauftragt. Ihr Spitzenkandidat bzw. ihre Spitzenkandidatin leitet die Koalitionsverhandlungen. Scheitern diese Verhandlungen, erhalten die anderen im Parlament vertretenen Parteien den Auftrag, eine Mehrheit für eine Regierungsbildung zu suchen. Erhält eine Partei mehr als 50% der Sitze, kann sie alleine die Regierung bilden.
 - Mit der Wahl des Parlaments findet gleichzeitig auch die Präsidentschaftswahl statt.
 - Staatsangehörige von Auwiesia haben je eine Stimme für eine Präsidentin oder einen Präsidenten. Dieses Staatsoberhaupt wird mit relativer Mehrheit (=die meisten Stimmen) gewählt.
Den stellvertretenden Präsidentschaftssitz erhält die Person, die die zweitmeisten Stimmen auf sich vereint.
- ### 5. Das Parlament
- Das Parlament ist die Vertretung des Volkes. Es hat die Aufgabe, Gesetze zu beschließen und die Regierung zu kontrollieren. Diese Kontrolle übt es vor allem durch die Bewilligung des Haushaltsplanes aus. Der Haushaltsplan enthält, wieviel Geld die Regierung durch Steuern und Abgaben einnimmt und wieviel Geld sie ausgeben darf.
 - Die Abgeordneten des Parlamentes werden von den Bürgern und Bürgerinnen gewählt und von den Parteien zur Wahl aufgestellt.
 - Eine Parlamentspräsidentin oder ein Parlamentspräsident wird vom Parlament vorgeschlagen und mit relativer Mehrheit (=den meisten Stimmen) gewählt, leitet die Sitzungen und verhält sich gegenüber den Parteien neutral. Stellvertretend amtiert, wer die zweitmeisten Stimmen auf sich vereint.
 - Auch das Schritfführeramt wird vom Parlament durch Wahl vergeben und kann auch von Parteilos bekleidet werden.
 - Das Parlament muss so schnell wie möglich nach der Wahl zusammentreten. Den ersten Sitzungstermin legt die Vorbereitungsguppe fest.
 - Das Parlament selbst bestimmt Schluss und Wiederbeginn der Sitzungen. Der Parlamentspräsident bzw. die Parlamentspräsidentin kann das Parlament früher einberufen und ist hierzu verpflichtet, wenn ein Drittel der Mitglieder des Parlamentes dies verlangt. Während der Projekttag tagt es täglich zu bestimmten Uhrzeiten.
 - Jedes Parlamentsmitglied ist bei Wahlen (Regierungsvorsitz, Parlamentspräsidentschaft usw.) zur Anwesenheit verpflichtet, ansonsten droht eine Geldbuße, die vom Parlament mit einfacher Mehrheit festgelegt werden kann.
 - Das Parlament kann die Anwesenheit jedes Mitgliedes der Regierung verlangen.
 - Alle Parlamentssitzungen sind öffentlich.
- ### 6. Das Staatsoberhaupt (Präsident/Präsidentin)
- Der Präsident bzw. die Präsidentin hat repräsentative Funktion: empfängt Staatsbesuch, gibt Interviews und hält Re-

den über den Zustand des Staates.

- Das Staatsoberhaupt darf weder der Regierung noch dem Parlament angehören und darf kein anderes besoldetes Amt übernehmen.
- Das Staatsoberhaupt wird mit relativer Mehrheit (=die meisten Stimmen) direkt vom Volk gewählt. Stellvertretend amtiert, wer die zweitmeisten Stimmen auf sich vereint.

7. Die Regierung

- Die Regierung ist die Leitung des Staates. Sie besteht aus Regierungschef oder Regierungschefin und Ministerinnen bzw. Ministern. Diese dürfen kein weiteres bezahltes Amt ausüben.

- Erhält eine Partei bei den Parlamentswahlen mehr als 50% der Mandate, kann sie allein die Regierung bilden, andernfalls müssen sich mehrere Parteien zu einer Koalition (=Bündnis) zusammenschließen.

- Eine Regierungschefin (ein Regierungschef) wird spätestens 2 Wochen nach den Parlamentswahlen vom Parlament mit relativer Mehrheit (= den meisten Stimmen) gewählt und vom Präsidenten (der Präsidentin) ernannt.

- Jede Person aus der Bürgerschaft kann sich um ein Ministeramt bewerben. Sie werden dann vom Regierungschef oder der Regierungschefin dem Parlament vorgeschlagen und von diesem gewählt. Steht nur eine Person zur Wahl zur Verfügung, muss sie mindestens 50% der Stimmen erreichen (absolute Mehrheit), bei mehreren gilt die relative Mehrheit.

- Falls jemand sein Ministeramt nicht zufriedenstellend ausübt, kann das Parlament mit einer 2/3-Mehrheit das Miss-

trauen aussprechen und die Person aus dem Amt entlassen. Gleichzeitig muss jemand anderes nachfolgend gewählt werden.

- Die Regierung hat folgende Aufgaben: Die Regierungschefin bzw. der Regierungschef gibt am Anfang der Regierungszeit vor dem Parlament das Regierungsprogramm bekannt, trägt die Gesamtverantwortung für die innen- und außenpolitische Entwicklung des Staates und hat gleichzeitig das Innenministerium inne. Zur Unterstützung werden folgende Ministerien eingerichtet:

Außenministerium, Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium, Finanzministerium, Umweltministerium, Kultusministerium, Sportministerium.

8. Gesetzgebung

- Ein Gesetzentwurf kann von der Regierung oder von den Mitgliedern des Parlamentes eingebracht werden.

9. Rechtsprechung

- Der Präsident bzw. die Präsidentin schlägt dem Parlament Frauen und Männer für das Richteramt vor.
- Drei davon müssen mit 2/3-Mehrheit angenommen werden.
- Das Richteramt ist ehrenamtlich, der Verdienstausfall wird jedoch erstattet.
- Jeder Mensch im Staat Auwiesia hat das Recht, andere Personen, auch Parlaments- und Regierungsmitglieder wegen einer Straftat anzuzeigen.
- Es gibt kein Strafgesetzbuch. Die Richter entscheiden nach eigenem Ermessen im Einklang mit der Verfassung.

10. Notgesetz

- Die Vorbereitungsgruppe verliert mit dem Zusammentritt des Parlamentes ihre Kompetenzen, jedoch behält sie sich in Notfällen das Recht vor, Parlament und Regierung bei der Organisation des Staates zu unterstützen.

Ergänzungen:

zu 5. (Das Parlament):
Einem vom Volk gewählten Abgeordneten darf sein Mandat nur aberkannt werden, wenn er vom Gericht wegen einer strafbaren Handlung rechtskräftig verurteilt wurde.

Nationalhymne von Auwiesia

Wir singen dir mit allergrößter Freud
Ob kleine oder große Leut
Denn die Republik liegt uns am Herz
Wie einst den Menschen im Vormärz

Freiheit ist unser großes Ziel
Brüderlichkeit bedeutet uns viel
Nach Einigkeit wollen wir streben
Und frei und selig leben

Wir singen dir mit Glanz und Gloria
Auwiesia, Auwiesia
Ob in guten oder schlechten Zeiten
Wir wollen dir immer eine Freud bereiten

Hey, hey, hey Auwiesia
Freiheit ist das Einzige, was zählt
Hey, hey, hey Auwiesia
Unser Staat ist einfach wunderbar

Wir schaffen für dich mit Herz und Hand
Gemeinsam kämpfen wir für unser Land
Ohne Angst und ohne Scheu
Auwiesia wir bleiben dir treu

Die Fahnen hoch für unsere Demokratie
Für Politik und Parlamentarie
Unsere Minister und unseren Präsident
Ein jeder wirklich anerkennt

Wir singen dir mit Glanz und Gloria
Auwiesia, Auwiesia
Ob in guten oder schlechten Zeiten
Wir wollen dir immer eine Freud bereiten

America

Text: Johnny Kramer

Musik: Tote Hosen (Hör kommt & Aber)

Refrain: d B

Hey, hey, hey, Au-wie-si-a, Frei-heit un-ser
ist stark das ein-zig-e was zählt. ist ein-fach wun-der-bar.

1. Str. (nach Intro u. Instrumentalschöpfung)

d B

wir sin-gen dir mit al-ler-grö-ßter Freud, ob klein-e o-der gro-ße Laut, denn die Re-pu-blik liegt uns am Herz; wie einst den Men-schen im Vor-märz.

2. Str.

d B

Frei-heit ist un-ser gro-ßes Ziel; Brü-der-lie-blich-keit be-deut-et uns viel. Nach Ei-nig-keit woh-len wir stre-ben und frei und se-lig le-ben!

3. Str.

d B

Wir sin-gen dir mit Glanz und Glo-ri-a. Au-wie-si-a, Au-wie-si-a! Ob in gu-ten o-der schlech-ten zei-ten wir woh-len dir im-mer Freud be-rel-ben!

Instrumentalschöpfung

Wie gründe ich eine Partei ?

1. Um eine Partei zu gründen, benötigt man mindestens 5 Gleichgesinnte, wobei 1/5 aller Parteimitglieder aus der Unterstufe sein müssen.

2. Jede gegründete Partei muß sich bis zum 27.2.98 mit Parteiname, Mitgliederliste und Ansprechpartner am Infostand (Übergang Alt-Neubau) anmelden.

3. Jede Partei muß bis zum 27.2.98 ein Parteiprogramm verfassen, dessen Inhalt nicht gegen die Verfassung verstoßen darf.

(Ab Anfang März müssen die Parteiprogramme öffentlich zugänglich sein, z.B. durch Plakate, öffentliche Parteisitzungen in der großen Pause oder Flugblätter).

4. Jede Partei muß mindestens 5 ihrer Mitglieder zur Parlamentswahl stellen, wobei auch hier mindestens 1 Kandidat aus der Unterstufe sein sollte.

Außerdem sollte sie 1 Kandidaten zur Präsidentschaftswahl stellen.

Diese Parlaments- und Präsidentschaftskandidaten müssen bis zum 27.4.98 angegeben werden (liste mit Kandidaten in die Tonne vor dem Lehrerzimmer)

Wenn eine Partei gegründet wurde, soll der Parteiname, evt das Parteiprogramm und ein Ansprechpartner ausgehängt werden, (Schule als Staat -Brett bei Lehrerzimmer) damit sich andere informieren , bzw. eventuell Parteimitglied werden können.

Falls Eure/Deine Partei trotzdem nicht genügend Mitglieder haben sollte, bitten wir Euch/ Dich ,einfach selbst Leute anzusprechen.

Editorial

Hallo Ihr!

Wie Ihr vielleicht schon wißt, kommen wir jetzt zum nächsten Teil unseres „Schule als Staat-Projektes“:

Wahlen in Auwiesia!

Diese werden am 12.5.98 stattfinden.

Es gibt drei Wahllokale, in denen klassenweise gewählt wird. Es besteht zwar Anwesenheitspflicht bei der Wahl, aber keine Wahlpflicht.

In der Sonderausgabe des Schlickwurms wollten sich unsere Parteien mit ihrem Wahlprogramm vorstellen, damit Ihr Bescheid wißt und Euch entscheiden könnt, wen Ihr in Auwiesia regieren lassen wollt.

Also informiert Euch, und kommt alle zur Wahl, es geht um Euren Staat!

Melanie und Johanna
von der Schule-als-Staat-Gruppe

IMPRESSUM

Verantwortlich: Projektgruppe "Schule als Staat", Patrick Bauer

Layout: Patrick Bauer

Finanzierung: wissen wir noch nicht.

Kosten: 15 europäische Cent, entsprechen 0,15 Euro

Druck: Wird auf die Leser nicht ausgeübt.

Keine

Politikverdrossenheit

in Auwiesia !

Ihr seid am

Zug!!

Geht zur Wahl !!

Es ist Euer

Staat -

deshalb

geht zur Wahl!

Endlich

habt Ihr

hier was

zu bestimmen !!

LehrerInnen -
SchülerInnen -
jede Stimme
zählt gleich !

Was geht, was geht?
Ich sag`s Euch ganz
konkret:

Am 12.Mai ist Wahl!

Ohne Eure
Stimme
läuft hier nichts.!

Wählt,
wen Ihr wollt,
aber wählt !!

Schülerinnen und Schüler; Lehrerinnen und Lehrer!

Die NGAF steht für:
starken Einsatz zum Wohle des Volkes und des Staates.

Wir machen keine leeren Versprechungen, wie es die CDU ihrerseits getan hat, Halbierung der Arbeitslosigkeit, und die nicht eingehalten werden.

Schenkt uns Eure Stimme, und wir werden Euch nicht enttäuschen.

Wenn Ihr Fragen habt, wendet Euch an

Matthias Gabriel (9a),
Stefan Grosch (10a),
Alexander Korzendorfer (9a),
Daniel Aichinger (10a) oder
David Mack (10a);

Ihr könnt auch bei der nächsten Parteisitzung vorbeischauen.

NGAF

GREEN-PEACE / FSP

Die Vereinigung von Greenpeace und FSP ist die beste Lösung für Auwiesia. Wir haben erkannt, daß der Zusammenschluß der beiden Parteien allen nützt und einer vernünftigen und ideenreichen Politik dient. Unser Ziel ist, daß Ihr vier schöne Tage habt, an denen Ihr Eure Ideen verwirklichen könnt. Wir helfen jedem und unterstützen alle, die in Auwiesia was auf die Beine stellen und dabei frei von unnötigen Vorschriften sein möchten. Laßt Euch nicht bevormunden, sondern wählt die, die Euch vertrauen! Das Wahlbündnis Greenpeace / FSP steht für die richtige Politik.

Unsere Spitzenkandidaten sind so ziemlich jedem bekannt:

Roman Müller ist der Präsidentschaftskandidat des Bündnisses - immer gut drauf, immer hilfsbereit und allseits beliebt. Wenn es einen idealen Präsidenten für Euer und unser Auwiesia gibt, der sich für jeden einsetzt, dann ist es Roman.

Vorsitzende und Spitzenkandidatin fürs Parlament ist Judith Kühnle. Judith wird niemanden enttäuschen: sie ist kompetent, nett und engagiert - eine richtige Power-Frau. Was sie vertritt, ist absolut vertrauenswürdig.

Wir sind uns sicher, daß das Projekt „Schule als Staat“ vier schöne Tage bringen wird; aber es steht auch viel auf dem Spiel. Wir sollten's uns nicht selbst vermiesen! Das Bündnis aus Greenpeace und Freien Schülern ist die Garantie für ein bestmögliches Auwiesia.

Das Wahlkampfkomitee



Wahlbündnis
GREEN-PEACE / FSP

Schule als Staat - Wahlkampf

IRA

Initiative Rotes Auwiesia

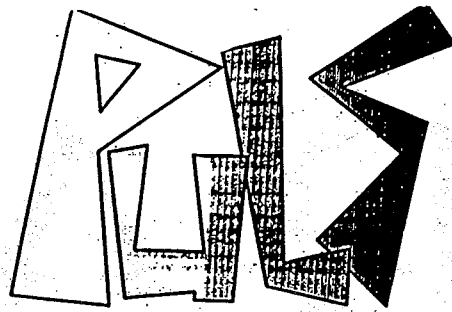
Die IRA wurde gegründet als Reaktion auf die sich abzeichnende kapitalistisch-konservative Parteienvereinheitlichung auch in unserem neu entstehenden Staat. Wir verstehen uns als Kämpfer für die Idee, einen besseren Staat zu schaffen. Wir sind die einzig wahre Alternative zu Spießbürgertum und Ausbeutung. Deshalb fordern wir die

Einführung der Planwirtschaft,

um folgende Ziele durchzusetzen:

- 1.) selbstbeeinflussbare Arbeitszeiten,
d. h. die Regierung stellt, natürlich nach Rücksprache mit den Unternehmen, feste Arbeitspensums auf. Diese können in beliebiger Zeit erfüllt werden.
=> Dadurch ist eine starke Reduzierung der Arbeitszeiten möglich.
- 2.) Arbeit für alle,
d.h. die Regierung hat Einfluß auf den Arbeitsmarkt und kann somit sicherstellen, daß jeder Arbeiter auch einen Arbeitsplatz findet.
- 3.) Schutz der Arbeiter,
d.h. Schutz vor Ausbeutung durch staatlich gesichertes und regelmäßiges Einkommen, das der Arbeit angemessen ist.

Wehr Dich gegen das System!
Wähle Freiheit!



Partei unabhängiger liberaler Schüler

Wir von der Puls-Partei möchten Euch hiermit einen kleinen Überblick über unsere Parteistruktur und unsere Ziele geben.

Parteistruktur:

Wir sind bisher ca. 40 Parteimitglieder. Unser Vorstand besteht aus drei Personen: Cathérine Hetzer, Julia Kranz und Karin Steinkamp. Voraussichtlich werden folgende Kandidaten fürs Parlament gestellt:

Birgit Hägele, Fabian Karg, Julia Kranz, Juliane Peltzer, Karin Steinkamp, Thomas Scherer.

Innerhalb der Partei haben wir verschiedene Gremien gebildet, wie z.B. eine Sport-, Auslands- oder Umweltgruppe, die sich aktiv um die Verwirklichung unserer Ziele bemühen.

Ziele:

PulS setzt sich für eine soziale Marktwirtschaft ein,
d.h., Unterstützung für die Unternehmer sowie gerechte Löhne und Rücksichtnahme auf sozial Schwächere.

PulS will das Umweltbewußtsein fördern,
durch Unterstützung umweltbewußter Betriebe.

PulS will intensive Auslandskontakte schaffen,
denn Besucher bringen Geld in unseren Staat.

PulS macht sich für vielfältige kulturelle und sportliche Angebote stark,
wie z.B. Musikkonzerte, Podiumsdiskussionen, Staatstheater, Länderspiele und Öffnung der Rundsporthalle für Freizeitaktivitäten.

PulS will in Auwiesia keine Lärmbelästigung durch die Altbauklingel

PulS setzt sich für die Einrichtung eines Arbeitsamtes ein,
so daß es in unserem Staat keine Arbeitslosen geben muß.

Deshalb: Wählt die Partei unabhängiger liberaler Schüler,
den Puls der Zeit!

PFM - eine Partei, die nicht nur für Mädchen ist

PFM ist eine Partei, die sich für Frauen / Mädchen einsetzt und deren Rechte verteidigt. Leider haben wir, die Mitglieder von PFM, damit zu kämpfen, daß wir nicht ernst genommen werden. Zum Beispiel werden unsere Plakate immer wieder abgehängt. Unsere Ziele sind durchaus auch von Jungen / Mädchen vertretbar, denn ich denke auch Angehörige des männlichen Geschlechts würden sich für ein soziales Gesundheitsweseneinsetzen. Wir würden uns sehr über weitere Mitglieder freuen (auch von Seite der Lehrer / innen), weil unsere Partei noch nicht den Umfang erreicht hat, den wir uns wünschen. Interessenten können sich bei unserer Präsidentin Janina Maroh aus der Klasse 7c melden, oder bei unserer Svenja Hinderer (7c). Wer sich erst einmal über uns und unsere Ziele erkundigen will, kann sich an der Stellwand informieren und / oder zu einer unserer öffentlichen Parteisitzungen kommen. Damit Du Dir, lieber Scklickwurmleser ein Bild von unserer Partei machen kannst, vorab ein Paar PFM Forderungen:

- Jede Gewerbsarbeit muß sozialversichert sein
- Gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt und gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Einführung von Frauenförderplänen in den Betrieben
- Mehr Einsatz von den Frauen in der Politik
- Senkung der Arbeitslosigkeit in Auwiesia
- Einstellung von Polizeikräften gegen Gewaltausschreitungen
- Anschaffung einer Krankenstation
- gegen die Diskriminierung einzelner Gruppen

PFM denkt, daß die Unterwerfung der Frau ein vernichtender Fehler in der Geschichte ist, da die Menschheit schon viel fortschrittlicher wäre, wenn die Meinung der Frau schon früher anerkannt worden wäre.

Hätte die Frau den Mann unterworfen, wäre der Mann jetzt an der Stelle der Frau.

Linda Ferdi (Mitglied von PFM)





**Cathérine
for
president!**



Liberté

Égalité

Fraternité

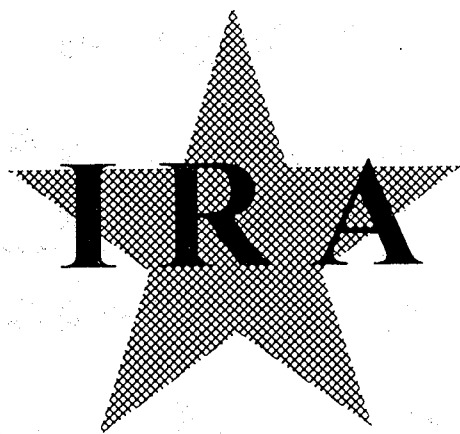
3 Wörter

NGAF

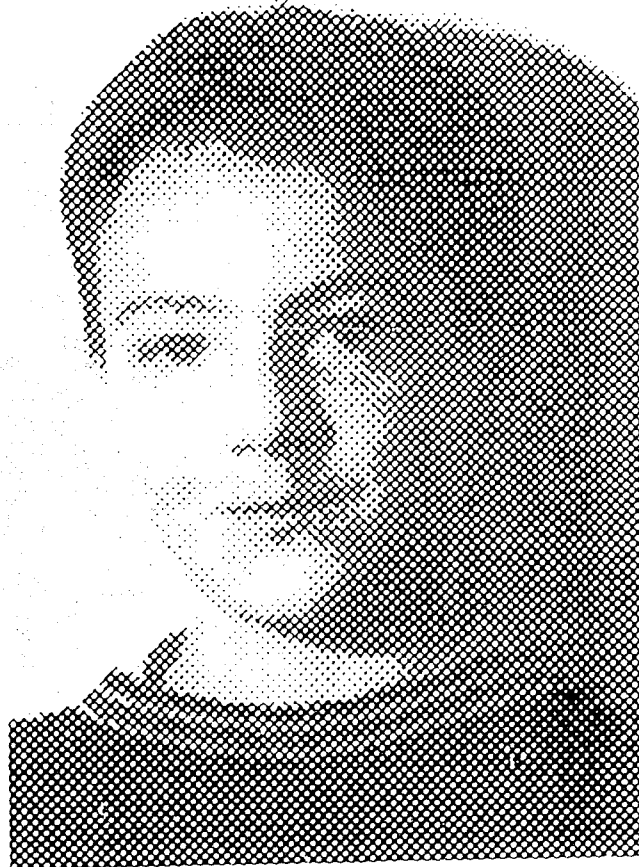
4 Buchstaben

1 Gedanke

Rote Haare
für ein
rotes Auwiesia :
Benjamin Christ



Ein junger Kopf für einen jungen Staat !



**Wählt Roman Müller zum Präsidenten!
Für Auwiesia.**

Wahlbündnis

GREEN-PEACE/FSP

Wir für Euch !



**Mit der Parteivorsitzenden Judith Kühnle
auf dem richtigen Weg.**

Wahlbündnis

GREEN-PEACE/FSP****

Dienstag, 12.5 1998:

Parlamentswahlen
in der Freien Schuirepublik
Auwiesia

Zeit	Wahllokale		
	Bücherei/1	Bücherei/2	Mensa
7.50 - 8.20	5d Ha 101	7b Wb 306	10b Hi 122
8.20 - 8.50	5b Bg 206 (Ro 206)	8c Ma 130 (Lw Mu)	10c Ht 124 (Af 124)
8.50 - 9.20	5c Ma 207	9a Sz 125	11a Lö 12
9.20 - 9.50	6a Lw 216	9b Ro 126	11d HB 306
9.50 - 10.20	Jahrgangsstufe 12		7c Flo 307
10.30 - 11.00	5a Rt 205	7a Wb 305	
11.00 - 11.30	6c Bol 123	10a Lö 127	
11.30 - 12.00	6b Gr 134	11b Wb 13	
12.00 - 12.30	8a Sta 131 (We 131)	11c Fr C2 (Fr Bio3)	
12.30 - 13.00	8b Ra IF2	9d Rn 129	
	10b Hi 122		
13.40 - 14.20	9c Ro 124	6d Bol 123	

WahlhelferInnen:

Zeit	Wahllokale		
	Bücherei/1	Bücherei/2	Mensa
7.50 - 8.20	Nicole Katrin Susanne	Peter Sabine Sarah	Kerstin Johanna Melanie
8.20 - 8.50			
8.50 - 9.20			
9.20 - 9.50			
9.50 - 10.20			
10.30 - 11.00	Kerstin Peter Marcel	Johanna Melanie Yvonne	
11.00 - 11.30			
11.30 - 12.00			
12.00 - 12.30			
12.30 - 13.00			
13.40 - 14.20	Sabine Susi	Kerstin Sarah	

S T I M M Z E T T E L

Parlamentswahl	Präsidentschaftswahl
NGAF- Neue Grüne Arbeiter Fraktion 1. David Mack 2. Daniel Aichinger 3. Stefan Grosch 4. Matthias Gabriel 5. Mirko Bohn <input type="radio"/>	Stefan Grosch Klasse 10 NGAF <input type="radio"/>
PFM- Partei Femininer Macht 1. Janina Maroh 2. Svenja Hinderer 3. Jörn Geißel 4. Bianca Vöhringer 5. Caroline Reusch <input type="radio"/>	Janina Maroh Klasse 7 PFM <input type="radio"/>
GREEN-PEACE/ FSP- Freie Schüler Partei 1. Judith Kühnle 2. Marcel Frölich 3. Tobias Bauer 4. Inga Zimmerer 5. Sebastian Rausenberger <input type="radio"/>	Roman Müller Klasse 7 Green- Peacc/ FSP <input type="radio"/>
IRA- Initiative Rotes Auwiesia 1. Benjamin Christ 2. Thorsten Seidel 3. Dörte Giesecke 4. Tobias Strecker 5. Constanze Seidel <input type="radio"/>	Benjamin Christ Klasse 11 IRA <input type="radio"/>
Puls- Partei Unabhängiger Liberaler Schüler 1. Cathérine Hetzer 2. Julia Kranz 3. Dorothee Stahl 4. Juliane Peltzer 5. Christoph Bauer <input type="radio"/>	Cathérine Hetzer Klasse 10 PULS <input type="radio"/>

WAHLINFO:

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat zwei Stimmen: Eine für die Partei, die er/sie ins Parlament wählen will (linke Spalte) und eine zweite für den jeweiligen Präsidentschaftskandidaten seiner Wahl (rechte Spalte). Man darf also in der linken Spalte EIN Kreuz und in der rechten Spalte EIN Kreuz machen

Alle Simmzettel, die nicht eindeutig ausgefüllt werden, also drei Kreuze haben oder zwei in einer Spalte, sind ungültig.

Die Ergebnisse werden am Donnerstag, 14. Mai 1998 vom „Schule als Staat- Team“ bekannt gegeben

Hochrechnung nach Altersstufen

	1	2	3	4	5	Gesamt
	PULS	NGAF	IRA	GP/FSP	PFM	
Kl. 5,6	7 18,42%	4 10,53%	1 2,63%	25 65,79%	1 2,63%	38 100%
Kl. 7,8	11 37,93%	1 3,45%	6 20,69%	6 20,69%	5 17,24%	29 100%
Kl. 9,10	15 44,12%	6 17,65%	10 29,41%	2 5,88%	1 2,94%	34 100%
Kl. 11,12	7 24,14%	1 3,45%	3 10,34%	14 48,28%	4 13,79%	29 100%
Lehrer	5 26,32%	2 10,53%	5 26,32%	6 31,58%	1 5,26%	19 100%
Gesamt	39 31,20%	12 9,60%	16 12,80%	47 37,60%	11 8,80%	125 100,00%

Tabelle 1

Das auwiesische Volk hat gewählt:

Es wurden insgesamt 767 stimmen abgegeben, davon 10 ungültige.
Die Wahlbeteiligung betrug 93,3%.

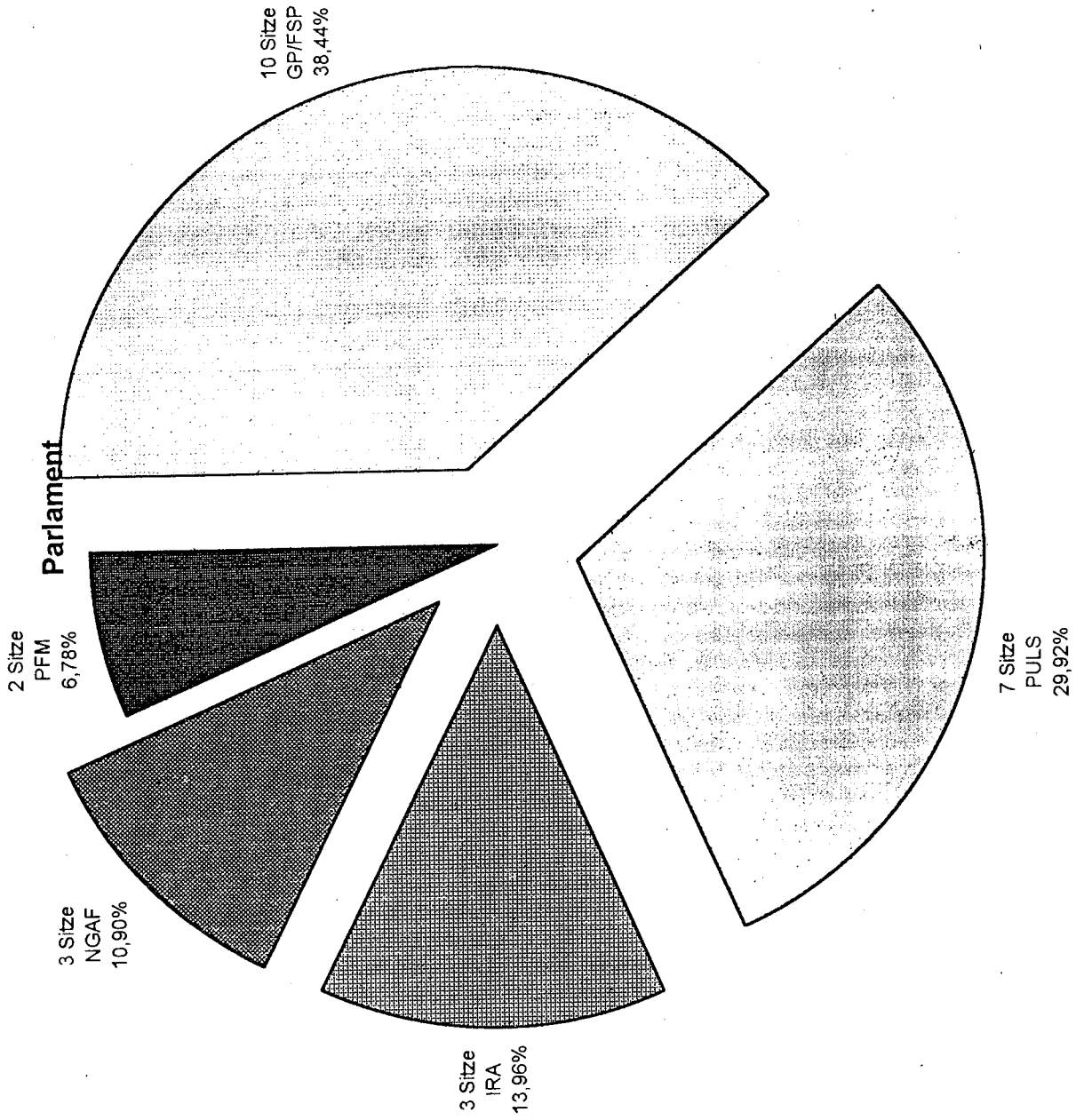
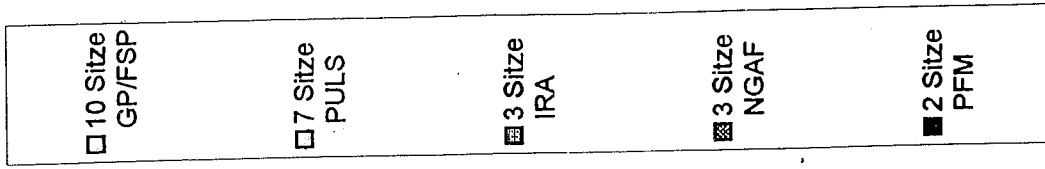
Präsidentschaft:

Roman Müller (GP/FSP)	352 Stimmen
Cathérine Hetzer (PuIS)	172 Stimmen
Stefan Grosch (NGAF)	107 Stimmen
Benjamin Christ (IRA)	91 Stimmen
Janina Maroh (PFM)	27 stimmen

Parlamentswahl:

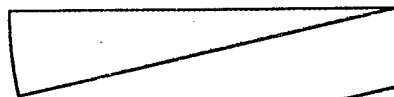
Sitzverteilung (25 Sitze; Mehrheit 13 Sitze):

Green-Peace/FSP	38,44%	10 Sitze
PuIS	29,92%	7 Sitze
IRA	13,96%	3 Sitze
NGAF	10,90%	3 Sitze
PFM	6,78%	2 Sitze

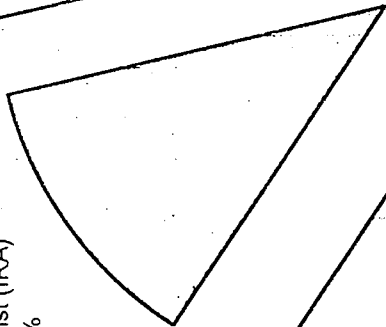


Präsidentschaft

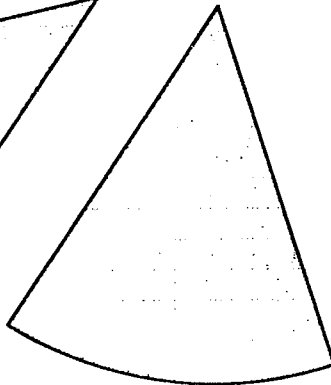
Janina Maroh (PFM)
3,60%



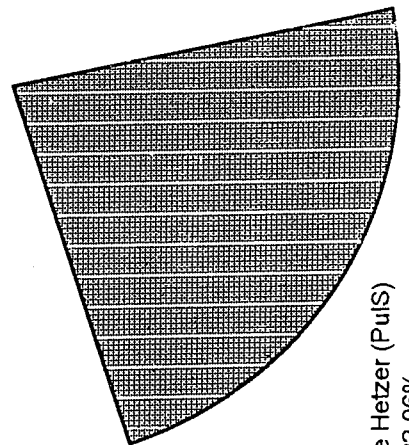
Benjamin Christ (IRA)
12,15%



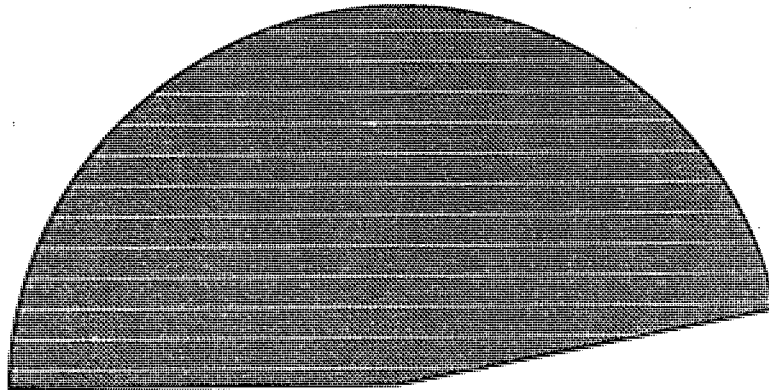
Stefan Grosch (NGAF)
14,29%



Cathérine Hetzer (PuIS)
22,96%

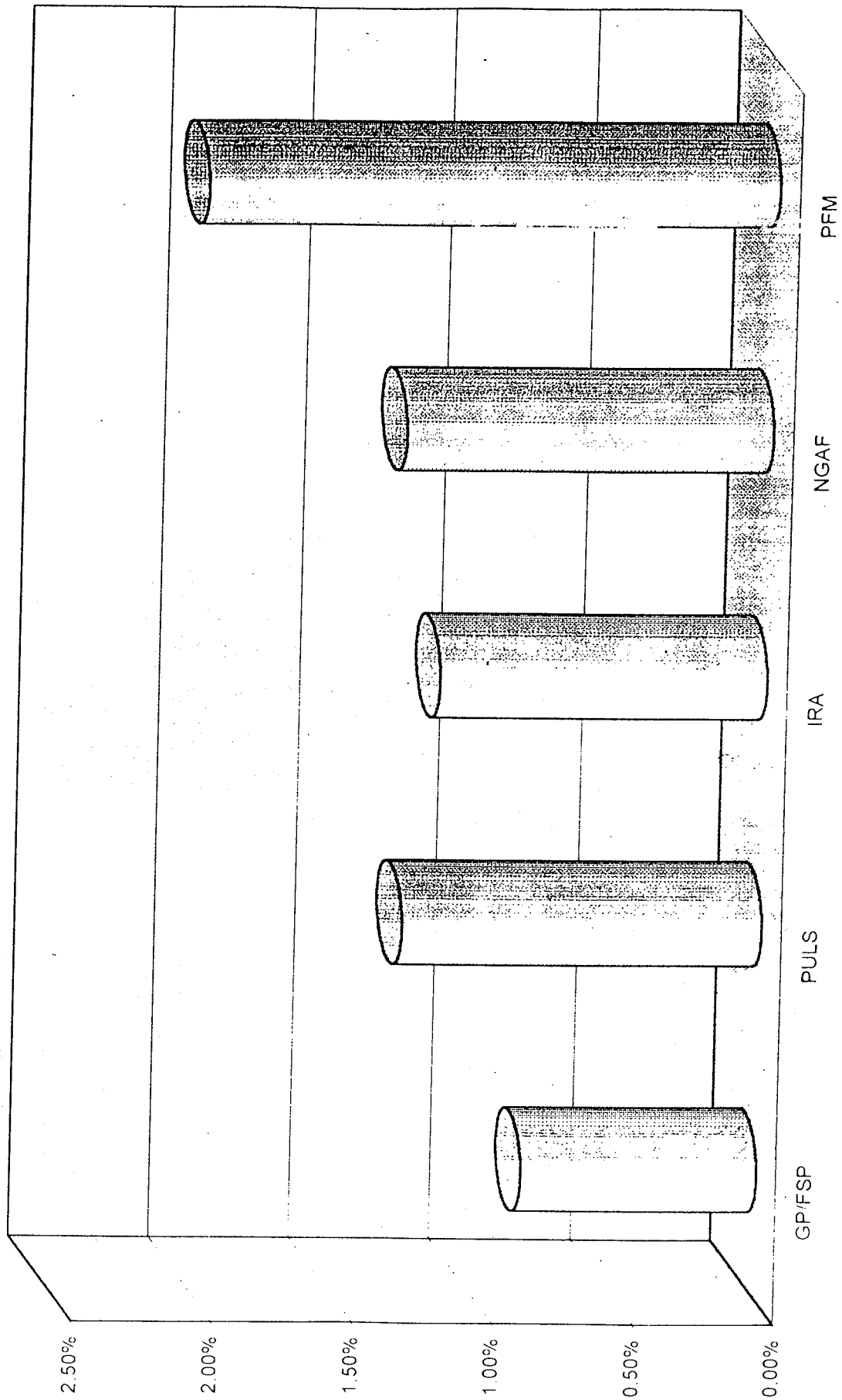


Roman Müller (GP/FSP)
47,00%



<input checked="" type="checkbox"/> Roman Müller (GP/FSP)
<input checked="" type="checkbox"/> Cathérine Hetzer (PuIS)
<input type="checkbox"/> Stefan Grosch (NGAF)
<input type="checkbox"/> Benjamin Christ (IRA)
<input type="checkbox"/> Janina Maroh (PFM)

Abweichung zur Hochrechnung



Geschäftsordnung des Parlaments von Auwiesia

§ 1 Rechte und Pflichten der Parlamentsmitglieder

Jedes Mitglied des Parlaments folgt bei Reden, Handlungen, Abstimmungen und Wahlen seiner Überzeugung und seinem Gewissen. Die Mitglieder des Parlaments sind verpflichtet, an den Arbeiten des Parlaments teilzunehmen. An jedem Sitzungstag wird die Anwesenheit kontrolliert.

§ 2 Sitzungen

Die Sitzungen des Parlaments sind öffentlich.

§ 3 Leitung der Sitzung

Der Präsident eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen. Vor Schluß einer Sitzung gibt der Präsident den Termin der nächsten Sitzung bekannt.

§ 4 Vertagung

Das Parlament kann auf Antrag einer Fraktion die Beratung vertagen.

§ 5 Worterteilung

Ein Mitglied des Parlaments darf nur sprechen, wenn ihm der Präsident das Wort erteilt hat. Will der Präsident sich selbst als Redner an der Aussprache beteiligen, so hat er während dieser Zeit den Vorsitz abzugeben.

Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen, die kurz und präzise sein müssen, dürfen erst gestellt werden, wenn der Redner sie auf eine entsprechende Frage des Präsidenten zuläßt. Im Anschluß an einen Debattenbeitrag kann der Präsident das Wort zu einer Zwischenbemerkung von höchstens drei Minuten erteilen; der Redner darf hierauf noch einmal antworten.

§ 6 Reihenfolge der Redner

Der Präsident bestimmt in Abstimmung mit den Schriftführern die Reihenfolge der Redner. Dabei soll ihn die Sorge für sachgemäße Erledigung und zweckmäßige Gestaltung der Beratung, die Rücksicht auf verschiedene Parteirichtungen, auf Rede und Gegenrede und auf die Stärke der Fraktionen leiten. Der erste Redner in der Aussprache zu Vorlagen soll nicht der Fraktion des Antragstellers angehören.

§ 7 Rede

Die Redner sprechen grundsätzlich in freiem Vortrag. Sie können hierbei Aufzeichnungen benutzen. Sie sprechen von dem dafür bestimmten Rednerpult aus.

§ 8 Redezeit

Gestaltung und Dauer der Aussprache über einen Verhandlungsgegenstand werden von der Präsidentin und den Schriftführern festgelegt. Kommt keine Festlegung zustande, darf der einzelne Redner nicht länger als fünf Minuten ununterbrochen sprechen. Spricht ein Mitglied der Regierung länger als fünf Minuten, kann die Fraktion, die eine abweichende Meinung vortragen lassen will, für einen ihrer Redner eine entsprechende Redezeit verlangen.

Überschreitet ein Mitglied des Parlaments seine Redezeit, so soll ihm die Präsidentin nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen.

§ 9 Ordnungsmaßnahmen

Sitzungsteilnehmer, die nicht Mitglied des Parlaments sind, und Zuhörer unterstehen der Ordnungsgewalt des Präsidenten.

Der Präsident kann den Redner, der vom Verhandlungsgegenstand abweist, zur Sache verweisen.. Er kann Mitglieder des Parlaments, wenn sie die Ordnung verletzen, mit Nennung des Namens zur Ordnung rufen. Wegen gröblicher Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied des Parlaments für die Dauer der Sitzung aus dem Saal verweisen.

§ 10 Vorlagen

Vorlagen werden gedruckt und in der Regel einen Tag vor einer Parlamentssitzung der Präsidentin sowie allen im Parlament vertretenen Fraktionen zugestellt. Werden während des eigentlichen Projektzeitraumes Vorlagen im Verlauf einer Sitzung eingebracht, unterbricht die Präsidentin vor der Verabschiedung der Vorlage kurz die Parlamentssitzung, um den Fraktionen eine Beratung zu ermöglichen.

Catherine Hetzer PulS	Juliane Peltzer <i>Schrift- führer</i>	Dorothee Stahl PulS	Birgit Hägele PulS	Julia Kranz PulS	Oliver Kroll PulS	
Fabian Karg PulS						
Thorsten Seidel IRA						
Benjamin Christ IRA						
Tobias Strecker IRA						
Stefan Grosch NGAF						
Daniel Aichinger NGAF						
Alexander Trenn GP/FSP						
Riffat Gharaibeh GP/FSP						
Sebastian Rausenberg GP/FSP	Vera Link GP/FSP	Dennis Porsche GP/FSP	Bea Schöll- hammer GP/FSP	Svenja Hinderer PFM	Janina Maroh PFM	Thomas Wagner <i>Schrift- führer</i>

Judith
Kühnle
GP/FSP
*Regierungschef/
Innenminister*

*Redner
Pult*

Inga
Zimmerer
GP/FSP
*Parla-
mentsprä-
sidentin*

Roman
Müller
GP/FSP
*PRÄSI-
DENT*

Tobias
Bauer
GP/FSP
Umwelt-
minister
und
Sport-
mini-
sterin

Linda
Ferdin
PFM
Kultur-
minister

Peter
Matz
GP/FSP
Außen-
minister

David
Mack
NGAF
Wirt-
schafts-
mini-
ster

Marhias
Gabriel
NGAF
Arbeits-
minister

Marcel
Fröhlich
GP/FSP
Finanzmi-
nister

Aufgaben des Parlamentes

- Beschluß von Gesetzen, die von Parteien oder Regierung eingebracht werden können
- Kontrolle der Regierung, v.a. durch Bewilligung des Haushaltsplans (Kontrolle erfolgt über Gesetze)
- Wahl eines Schriftführers, dieser kann auch parteilos sein
- Wahl eines / einer Parlamentspräsidenten /präsidentin (Vorschlag und Wahl durch Parlament)
Wahl erfolgt mit einfacher Mehrheit (die meisten Stimmen), Stellvertreter ist, wer die zweitmeisten Stimmen auf sich vereint. Er leitet die Sitzungen *parteilos*
- Parlamentspräsident kann bei Bedarf Sitzungen früher einberufen, und ist dazu verpflichtet, wenn 1/3 des Parlamentes dies verlangt
- Wahl des Regierungschefs / der Regierungschefin mit relativer Mehrheit
- Wahl der Minister, die von Regierungschef /in vorgeschlagen werden durch einfache Mehrheit. Wenn jedoch nur eine Person für ein Amt zur Verfügung steht, muß diese mit 50 % der Stimmen gewählt werden. Falls jemand sein Ministeramt nicht zufriedenstellend ausübt, kann er vom Parlament mit 2/3 - Mehrheit entlassen werden, sein Nachfolger muß jedoch gleich gewählt werden.
- Parlament bestimmt Schluß und Beginn der Sitzungen selbst, während der Projekttag muß jedoch täglich getagt werden.
- bei Parlamentssitzungen besteht Anwesenheitspflicht für alle gewählten Abgeordneten. Vor Projektbeginn sind die Sitzungen ehrenamtlich, während " Schule als Staat " wird der Lohnausfall erstattet .
- das Parlament kann die Anwesenheit eines jeden Regierungsmitgliedes verlangen
- alle Parlamentssitzungen sind öffentlich
- Parlament sollte eine festgelegte Sitzordnung haben
- Wahl der Richter durch 2/3-Mehrheit (Vorschläge durch Präsident)

Aufgaben der Regierung

- Leitung des Staates, sie besteht aus Regierungschef / chefin und MinisterInnen, diese dürfen kein weiters bezahltes Amt ausüben (Regierungschef wird vom Parlament gewählt, und vom Präsidenten ernannt)
- Entwurf des Haushaltsplanes
- Spitzenkandidat leitet Koalitionsverhandlungen, falls diese scheitern, erhalten die anderen Parteien im Parlament den Auftrag, nach einer Mehrheit zu suchen .
- die Regierungschefin bzw. der Regierungschef muß am Anfang der Regierungszeit vor dem Parlament das Regierungsprogramm bekanntgeben. Er oder Sie trägt außerdem die Gesamtverantwortung für die innen - und außenpolitische Entwicklung des Staates. Außerdem ist Er oder Sie gleichzeitig InnenministerIn.
- Ministerämter: jede Person aus der Bürgerschaft kann sich um ein Ministeramt bewerben. Vorschlag durch Regierungschef /in an Parlament.
- Außenministerium : zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, z.B. vor Projektbeginn Einladungen an Gemeinden , Politiker, Presse etc. verschicken.
- Wirtschaftsministerium : kontrolliert Betriebe (WKD),entscheidet über Subventionen
- Finanzministerium : Bank, Steuern, etc.
- Umweltministerium : z.B. Müllentsorgung
- Arbeitsministerium :z.B. Arbeitsplatzvermittlung
- Kultus- und Sportministerium :Organisation von kulturellen und sportlichen Veranstaltungen

Aufgaben des Präsidenten

- empfängt Staatsbesuch, gibt Interviews und hält Reden über den Zustand des Staates
- darf weder Regierung noch Parlament angehören
- darf kein weiteres bezahltes Amt ausüben
- Ernennung des Regierungschefs /der Regierungschefin
- Vorschlag von Personen für Richteramt

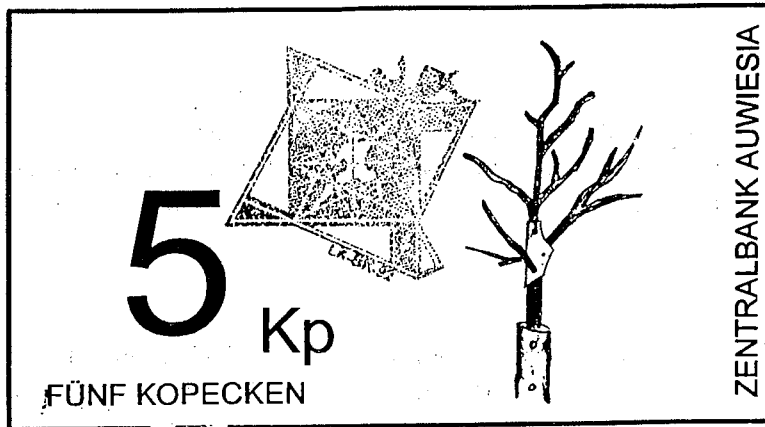
Rechtssprechung

- Vorschlag mehrerer Personen für die Richterämter durch Präsidenten
- 3 davon müssen mit 2/3 Mehrheit vom Parlament gewählt werden

- Richteramt ist ehrenamtlich, Verdienstaufschlag wird jedoch erstattet
- jeder hat das Recht andere Personen, auch Regierungs- und Parlamentsmitglieder anzuzeigen
- es gibt kein Strafgesetzbuch, die Richter entscheiden nach eigenem Ermessen und in Einklang mit der Verfassung

Notgesetz

- die Vorbereitungsgruppe verliert mit dem Zusammentritt des Parlamentes ihre Kompetenzen, jedoch behält sie sich in Notfällen das Recht vor, Regierung und Parlament bei der Organisation des Staates zu unterstützen.



Bescheinigung für Geldauszahlung

- Startkapital
 Lohn für Mitarbeiter
 Sozialhilfe
 Subventionen Betrag: _____ Kp
 Lohn für Beamte : _____
Abteilung

Wurde ausgezahlt an:

_____ Name _____ Betrieb _____ Anzahl der Mitarbeiter

_____ Datum _____ Unterschrift Ausgabestelle

erhalten: _____
Unterschrift Empfänger

Bescheinigung für Geldauszahlung

- Startkapital
 Lohn für Mitarbeiter
 Sozialhilfe
 Subventionen Betrag: _____ Kp
 Lohn für Beamte : _____
Abteilung

Wurde ausgezahlt an:

_____ Name _____ Betrieb _____ Anzahl der Mitarbeiter

_____ Datum _____ Unterschrift Ausgabestelle

erhalten: _____
Unterschrift Empfänger

Bestell-Listen für _____

Betrieb Nr.	
Betrieb Name:	
<p><u>Benötigte Waren, Menge/Anzahl :</u></p> <div style="text-align: center; font-size: 2em; transform: rotate(-45deg); opacity: 0.5;"> war unübersichtlich! + Zeilen einfügen! 1 Spalte für den Preis </div>	
Preis-DM	
Preis-KP	
Waren erhalten / Unterschrift	

Import - Genehmigung		Datum _____
Betrieb Bezeichnung _____	Nr. _____	
Betriebsleiter _____	Klasse _____	
<u>Gründe für den Import:</u>		
Importartikel	Preis in DM	Kopeken
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
Genehmigt durch Dienststelle _____ Unterschrift _____		
=====		
Rückzahlung Warenlager	DM _____	Kopeken _____
Datum _____	Mitarbeiter Warenlager _____	
Betrag erhalten (Betriebsmitglied) Name _____ Kl. _____		

Betriebsgründung	
Betriebsname:	
BetriebsleiterInnen: (Name und Klasse)	
Angebot:	
Anzahl der Arbeitsplätze:	
wieviele davon schon vergeben:	
Name/Klasse der Arbeitnehmer:	
Standortwünsche: (Wasser, Strom, usw.)	
Bemerkungen der zulassenden Behörde:	

Steuererklärung

Betriebs-Nr: _____

Betriebsname: _____

Bitte den folgenden Text aufmerksam durchlesen und befolgen!

Was Ihr in der folgenden Reihenfolge tun müßt:

1.) Das gesamte Geld, das Ihr heute, am Donnerstag, eingenommen habt, ist Euer Umsatz für diesen Tag. Tragt die Summe also in die erste Zeile ein.

2.) Am Freitag morgen zahlt Ihr jedem Eurer Mitarbeiter seinen Mindestlohn aus, d.h. 80 Kp pro Person, die in dem Betrieb arbeitet (vergeßt den Betriebsleiter selbst nicht). Sollten noch nicht alle Mitarbeiter anwesend sein, legt Ihr den Lohn für die Fehlenden beiseite. Die Summe der gesamten Lohnkosten für Freitag schreibt Ihr dann in die zweite Zeile, d.h. 80 Kp x Anzahl der Mitarbeiter.

3.) Anschließend geht Ihr im Warenzentrallager das einkaufen, was Ihr für den Freitag bestellt habt. Die Summe, die Ihr dabei bezahlen müßt, tragt Ihr in die dritte Zeile ein.

4.) Mit diesem Zettel und dem Geld, das Ihr übrig habt, kommt Ihr dann **am Freitag morgen nach dem evtl. Einkauf** ins Finanzministerium in die Bibliothek (am Platz der Republik), wo Eure Steuer berechnet wird. **Alle weiteren Eintragungen auf dem Zettel erfolgen im Finanzministerium.**

Wer in den ersten drei Zeilen bei den jeweiligen Summen absichtlich falsche Angaben macht, muß mit harten Strafen rechnen (hohe Geldstrafen oder sogar bis zur Enteignung). Außerdem solltet Ihr ehrlich sein, sonst funktioniert das gesamte Projekt nicht.

Umsatz: _____ Kp

Lohnkosten: _____ Kp

Einkauf: _____ Kp

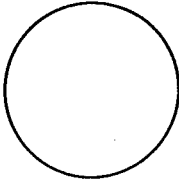
Rate: _____ Kp

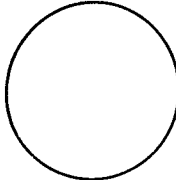
← ab hier trägt das Finanzministerium ein

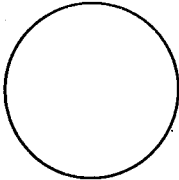
Gewinn: _____ Kp

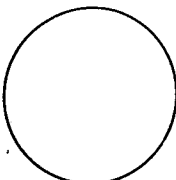
Steuerbetrag: _____ Kp

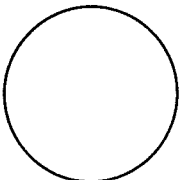
Restgewinn: _____ Kp

W K D	Wirtschaftskontrolldienst Auwiesia
	Name:
	
	Sonderbeauftragte(r) der Freien Schulrepublik Auwiesia Wirtschaftskontrolldienst
	Signatur/Stempel

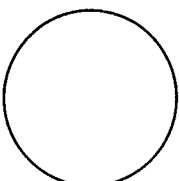
W K D	Wirtschaftskontrolldienst Auwiesia
	Name:
	
	Sonderbeauftragte(r) der Freien Schulrepublik Auwiesia Wirtschaftskontrolldienst
	Signatur/Stempel

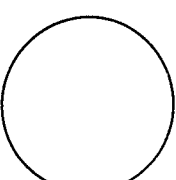
W K D	Wirtschaftskontrolldienst Auwiesia
	Name:
	
	Sonderbeauftragte(r) der Freien Schulrepublik Auwiesia Wirtschaftskontrolldienst
	Signatur/Stempel

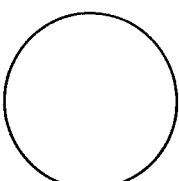
W K D	Wirtschaftskontrolldienst Auwiesia
	Name:
	
	Sonderbeauftragte(r) der Freien Schulrepublik Auwiesia Wirtschaftskontrolldienst
	Signatur/Stempel

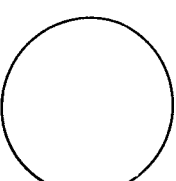
W K D	Wirtschaftskontrolldienst Auwiesia
	Name:
	
	Sonderbeauftragte(r) der Freien Schulrepublik Auwiesia Wirtschaftskontrolldienst
	Signatur/Stempel

W K D	Wirtschaftskontrolldienst Auwiesia
	Name:
	
	Sonderbeauftragte(r) der Freien Schulrepublik Auwiesia Wirtschaftskontrolldienst
	Signatur/Stempel

W K D	Wirtschaftskontrolldienst Auwiesia
	Name:
	
	Sonderbeauftragte(r) der Freien Schulrepublik Auwiesia Wirtschaftskontrolldienst
	Signatur/Stempel

W K D	Wirtschaftskontrolldienst Auwiesia
	Name:
	
	Sonderbeauftragte(r) der Freien Schulrepublik Auwiesia Wirtschaftskontrolldienst
	Signatur/Stempel

W K D	Wirtschaftskontrolldienst Auwiesia
	Name:
	
	Sonderbeauftragte(r) der Freien Schulrepublik Auwiesia Wirtschaftskontrolldienst
	Signatur/Stempel

W K D	Wirtschaftskontrolldienst Auwiesia
	Name:
	
	Sonderbeauftragte(r) der Freien Schulrepublik Auwiesia Wirtschaftskontrolldienst
	Signatur/Stempel

Visum
Für Ehrengäste

Name:
Datum:
Schüler/ Student

FSA:
Besucher:

Visum

Name:
Datum:
Schüler/ Student

FSA:
Besucher:

Liebe Gäste von Auwiesia!

Sie befinden sich in dem unabhängigen Staat "**Freie Schulrepublik Auwiesia**", der vom 22. Juli 1998 bis zum 25. Juli 1998 seine Tore für ausländische Gäste geöffnet hat.

Unser Staat ist in drei Bereiche unterteilt:

- Der erste Bereich ist die Wirtschaft, die aus Betrieben besteht, die jeder Staatsbürger gründen kann.
- Den zweiten Bereich stellt die Politik dar. Hierunter fallen Parteien, die jeder Bürger gründen kann, ein Parlament, das öffentlich tagt, eine Regierung und ein Präsident. Hierfür wurden Wahlkämpfe mit abschließender Wahl durchgeführt. Wahlberechtigt waren alle Bürgerinnen und Bürger von Auwiesia.
- Die Kultur umfaßt den dritten und letzten Bereich von Auwiesia. Hier werden Kunstausstellungen, Fußballländerspiele oder auch Theatervorstellungen organisiert.

Schüler und Lehrer sind in Auwiesia gleichgestellt.

Unser Staat hat eine eigene Währung. Sie können Ihre DM in dafür vorgesehenen Wechselstuben zum einzigartig günstigen Kurs von 1 : 10 umtauschen, d.h. für 1 DM erhalten Sie 10 Kopeken. Ein Rückumtausch von Kopeken in DM ist nicht möglich.

Visa, die Sie zum Eintritt in den Staat berechtigen, erhalten Sie an den Grenzstationen.

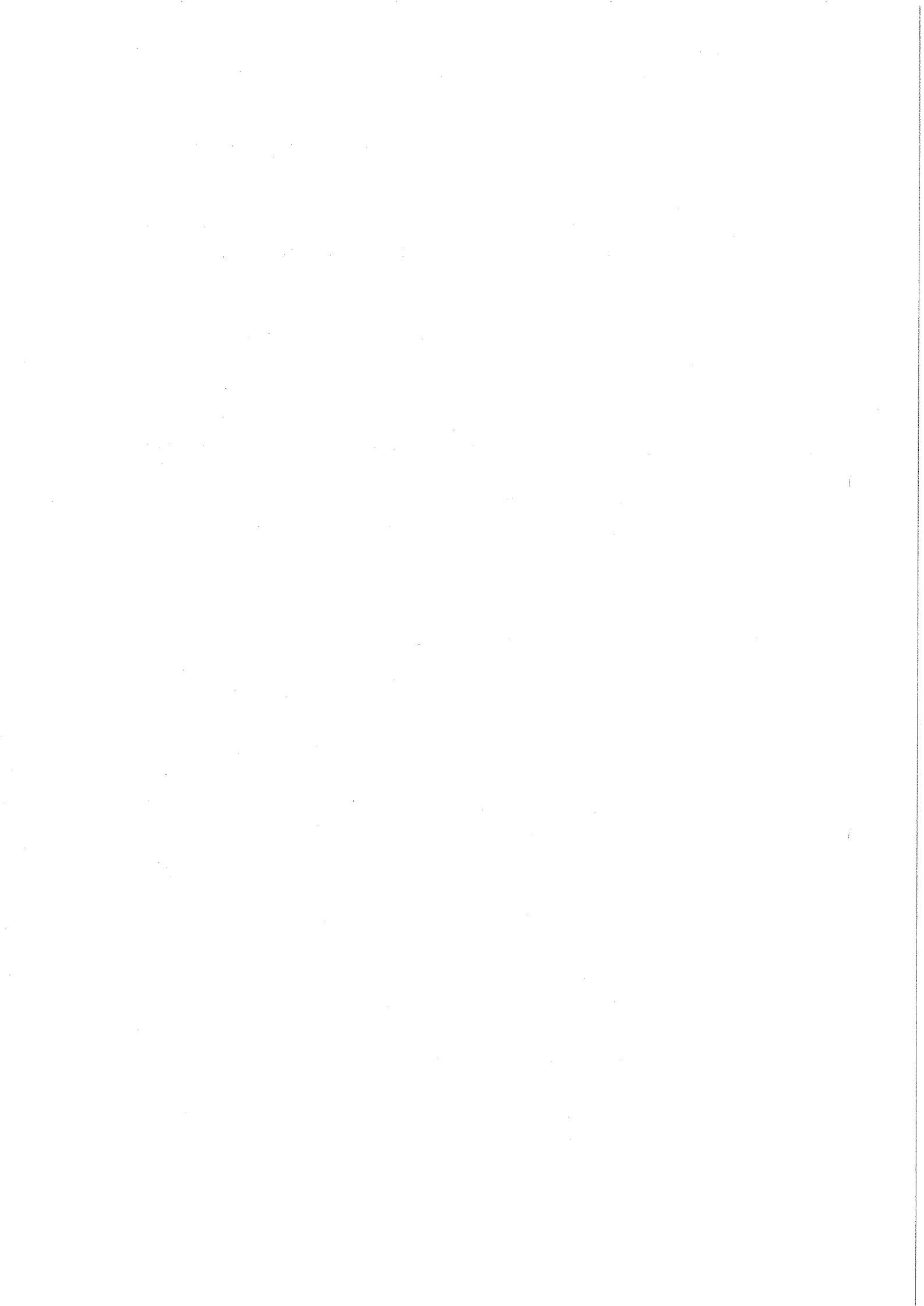
Für jeden Staatsbürger von Auwiesia gelten folgende **unveränderlichen Rechte**:

- das Recht, in unserem Staat in Würde, Frieden und größtmöglicher Freiheit zu leben
- das Recht auf Gleichberechtigung
- das Recht auf körperliche Unversehrtheit
- freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit
- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit
- die Freiheit von Parteigründungen
- freie Berufswahl und freie Wahl des Arbeitsplatzes im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten

Wir wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserem Staat Auwiesia und hoffen, Sie bald wieder als unsere Gäste begrüßen zu können.

Judith Kühnle (Regierungschefin)

Roman Müller (Staatspräsident)



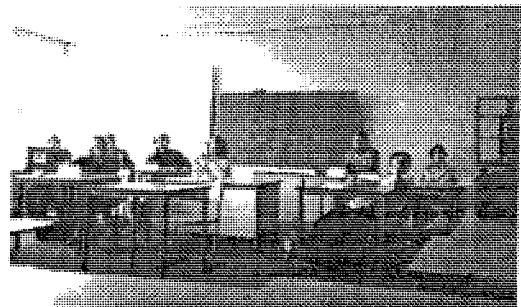
-7-

EXTRABLATT

des
AUWIESIANISCHEN
ANZEIGERS

Ausgabe 1 Montag, 6.7.1998 0.10 DM

UNSERE intern Regierung



In der jetzigen Phase des Großprojekts „Schule als Staat“ ist nun alles den Schülern überlassen. Nach den Wahlen wurde ein Zusammenschluß aller Parteien gebildet, das Parlament, das nun die weitere Planung übernimmt. Auf der 1. Parlamentssitzung ging es relativ ungeordnet zu, da die 25 Abgeordneten mit ihren Aufgaben noch nicht richtig vertraut waren. Viel ruhiger und mit mehr Interesse startete die 2. Parlamentssitzung, in der unter anderem der Regierungschef und die einzelnen Minister gewählt wurden. Als Protokollführer wurden Juliane Peltzer und Thomas Wagner, der einzige Lehrer im Parlament, gewählt. Inga Zimmerer nahm mit eindeutiger Mehrheit von 15 Stimmen das Amt der Parlamentspräsidentin an. Als Regierungschef wurden Judith Kühnle (PFM, NGAF, Greenpeace/FSP) und Benjamin Christ (IRA) vorgeschlagen. Judith Kühnle machte mit 16 Stimmen das Rennen und nahm das Amt an. Marcel Fröhlich (Greenpeace/FSP) wurde als Finanzminister gewählt. Eine der späteren Sitzungen begann, wie immer, mit der Anwesenheitskontrolle. Dann gab Herr Wagner einige Entwürfe zum Besten. Danach wurde ein Gesetzesentwurf von PULS, der auf der

letzten Sitzung vertagt wurde, erneut vorgestellt. Dabei handelt es sich um ein Gesetz, um alle Wahlen geheim ablaufen zu lassen. Außerdem wurde auf der letzten Sitzung ein Gesetz zur Subvention umweltbewußter Betriebe abgelehnt. Die Abstimmung über das Wahlgesetz ergab eine klare Ablehnung. Außerdem gab es Kritik am 2. Wahlgang des Umweltministers, da er in der Verfassung nicht vorgesehen ist. Man stimmte über die Gültigkeit ab, und der 2. Wahlgang wurde als gültig erklärt. Danach gab es noch eine Vorstellung der Regierungserklärung und eine Stellungnahme zur Oppositionsarbeit, auf die die Wahl der Richter folgte. Die Richter wurden von unserem Präsidenten Roman Müller vorgeschlagen und mußten mit 2/3 Mehrheit gewählt werden. Das schaffte aber nur Sabine Metzger. Nun werden die anderen 2 Richter in einer regulären Schulpause gewählt, in der wir natürlich vor Ort sein werden.

Interview mit Roman Müller

Wir: Wie fühlst Du Dich als Präsident?
Roman: Na ja, Ein bisschen komisch, aber sonst geht's eigentlich.

Wir: Bist Du aufgeregt?

Roman: Es kommt ja drauf an wo. Wenn man sich vorstellen muss oder vor der ganzen Schule reden muss, dann ist da schon ein bisschen Aufregung, aber sonst eigentlich nicht.

Wir: Was denkst Du über die Arbeitslosigkeit, die wahrscheinlich auftreten wird?

Roman: Das wird's wahrscheinlich nicht soviel geben, denn wir haben ein gutes Arbeitsministerium, welches wahrscheinlich jeden Job vermitteln wird, hoffe ich.

Wir: Und wie verstehst Du Dich mit den Abgeordneten?

Roman: Bis jetzt ganz gut.

Wir: Gefällt Dir Dein Amt?

Roman: Ja, eigentlich schon.

Wir: Vielen Dank für das Interview!

-2-

EXTRABLATT

Unsere Minister

Peter Metz (Greenpeace/FSP)	Außenminister
David Mack (NGAF)	Wirtschaftsminister
Florian Bauer (Greenpeace/FSP)	Umweltminister
Matthias Gabriel (NGAF)	Arbeitsminister
Laura Feidl (PBM)	Kultur- und Sportminister
Marcel Frühlich (Greenpeace/FSP)	Finanzminister

FOTOS, FOTOS, FOTOS



Schriftführer Herr Wagner



Unser Präsident voll in Action

Sitzplan des Parlaments

Thorsten Seidel IRA	Juliane Peltzer Schriftführer IRA	Dorothea Stahl PulS	Birgit Hägele PulS	Julia Kranz PulS	Oliver Kröll PulS
Catherine Jletzner PulS	Benjamin Christ IRA	Tobias Sirocke IRA	Stefan Girsch NGAF	Daniel Achingner NGAF	
Vera Link GP/FSP	Dennis Porsche GP/FSP	Ben Schöhlhammer GP/FSP	Svenja Hinderer PFM	Janina Maroh PFM	Thomas Wagner Schriftführer

David Mack NGAF
 Wirtschaftsminister
 Matthias Gabriel NGAF
 Arbeitsminister
 Marcel Frühlich NGAF
 Finanzminister

Judith Köhler GP/FSP
 Regierungschef/
 Innenminister

Inga Zimmerer GP/FSP
 Parlamentspräsidentin

Roman Müller GP/FSP
 PRÄSIDENT

Tobias Blauer GP/FSP
 Umweltminister
 Linde Ife GP/FSP
 Kultur- und Sportminister
 Peter Metz GP/FSP
 Außenminister

ACHTUNG

wir suchen noch qualifizierte Mitarbeiter.
 Wir benötigen Reporter und Verkäufer.
 Interessiert?
 Dann trag Dich bei uns ein !

Gehälter:

Reporter: 170 Kopeken
 Verkäufer: 150 Kopeken.

Auwiesianischer Anzeiger

Nr:3

24. Juli 1998

Preis: 10 Kopecken

Streik im Warenlager

Die Warenlieferer streiken aufgrund zu niedriger Löhne. Dieser Streik kann die Wirtschaft von Auwiesia zerstören. Darum müssen die Lieferer schnell beschäftigt werden, um Auwiesia am Leben zu halten.

Das Warenlager kauft und verkauft seit gestern keine Waren mehr !

WL: Wir arbeiten 14 Stunden am Tag und bekommen nur 120 KP!

Alle Betriebe meckern , dass sie ihre Waren zu langsam bekommen !

Wir haben nicht mal eine Stunde Pause !

Wir kennen uns das Essen nur bringen lassen und kennen den Staat überhaupt nicht anschauen !

Der Präsident bekommt für eine halbe, oder eine ganze Stunde mehr Lohn als wir!

Wir fordern mehr Freizeit und mehr Lohn!

Denn wir knnen das Geld ja nicht mal ausgeben!

Wir waren sogar schon beim Parlament!

2 Arbeiter des WL: Wir bekommen seit 2 Tagen überhaupt keinen Lohn mehr!

Herr Gaisser: Soll ich euch unterstützen? Vielleicht mit einer Unterschriftenaktion?

Wisst ihr eigentlich , dass ihr ca 1000 Leute zu versorgen habt ? Das ist ja fast ein ganzes Dorf !

Ihr kennt damit das ganze Projekt zum Kippen bringen !Und das nützt ihr wohl schamlos aus, wie ich sehe! Ich bin ganz eurer Meinung.

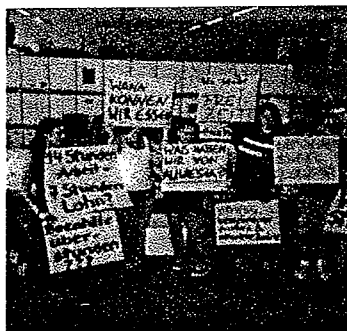
Und wenn man eine Petition(Forderung) stellt?

Frau Walz: ICH UNTERSTÜTZE DEN STREIK VOLL UND GANZ !!!

Der Saftladen legte starken Protest ein, weil er seine bestellten Waren nicht bekam.

Der Saftladen ist z.Zt. einer der bestwirtschaftendenden Betriebe.

Inzwischen hat das Parlament den Antrag des Wirtschaftsministers angenommen; die Arbeiter im Warenlager bekommen ab jetzt einen Lohn von 190 KP für 14 Stunden Arbeit und haben die Arbeit wieder aufgenommen.



Uhrzeit BeJeGe Kino Film

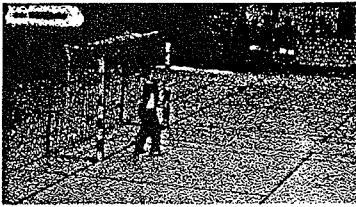
- 9:00 Uhr Men in Black
- 11:00 Uhr Charlie Chaplin
- 13:00 Uhr Fünf Freunde auf Schmugglerjagd
- 14:30 Uhr Fünf Freunde auf der Felseninsel

Datum CineDrom Film

- 9:00 Uhr Mission: Impossible
- 11:15 Uhr Independence Day
- 14:00 Uhr Braveheart

Auwiesia Intern**Präsident brutal?**

Unser Präsident soll angeblich einen Pizzabäcker verprügelt haben, es will zwar keiner wahrhaben, doch es soll Zeugen der grausigen Tat geben, unsere Zeitung findet dieses Gerücht eher unglaublich.

**Happy Birthday, Mister Minister!**

Unser Finanzminister Marcel Frölich hatte gestern Geburtstag. Der Auwiesianische Anzeiger gratuliert ihm hiermit herzlich zum 18. Geburtstag.

**Sonderprämie für die "Prellböcke der Nation"?**

Bei der gestrigen Parlamentssitzung wurden erneut einige Entscheidungen getroffen, die einmal mehr die Tragfähigkeit der demokratischen Staatsstruktur unter Beweis stellten.

ACHTUNG !!!

Alle, die bei Auwie-Tex ein T-Shirt vorbestellt haben, holen es bitte baldmöglichst ab !!!

Die Protestantinnen machten ihrem Ärger in deutlicher Sprache Luft: zu wenig Lohn für die bis zu 14-stündige Knochenarbeit im Lagerbereich, zahlreiche unbezahlte Überstunden, zu wenig gesellschaftliche Anerkennung, kein entsprechender Freizeitausgleich. Die Forderung der Aufbegehrenden: eine angemessene Erhöhung ihrer Bezüge. Der durchaus konstruktive Vorschlag, das Problem durch die Einstellung weiterer ArbeiterInnen im Lagerbereich zu lösen, wurde von den Protestantinnen - unterstützt von der Regierungschefin und Innenministerin Judith Kühnle (GP/FSP) - abgelehnt. Begründet wurde dies mit der Feststellung, dass verlässliche Arbeitskräfte in diesem sensiblen Bereich - man denke allein an die ungeheuren Waren- und Geldmengen, die dort abgewickelt werden - "Mangelware" seien.

Die zynische Anfrage eines Parlamentsmitglieds, warum mehr Lohn

gefordert werde, wenn wegen der fehlenden Freizeit ohnehin die Möglichkeiten zum Ausgeben fehlten, fand im Parlament nur wenig Beifall. Der Antrag von Wirtschaftsminister David Mack (NGAF), der eine Entlohnung von 190 Kp für einen 14-stündigen Arbeitstag vorsieht, wurde schließlich in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Weitere Beschlüsse der Parlamentssitzung vom 23.07.1998 (12.00-13.30):

- Die Müllabfuhr wird verstaatlicht und muss von jedem Betrieb in Anspruch genommen werden. Es werden einige weitere Arbeiter eingestellt, was die Arbeitslosenzahl von mittlerweile 20 entsprechend senken sollte.

- Dem Antrag des Arbeitsministers Matthias Gabriel, schwer vermittelbaren

Arbeitslosen, die generell arbeitswillig seien, einen Sozialhilfebeitrag von 45 Kopecke auszuzahlen, wurde zugestimmt.

- Computerspiele mit "Gewalt und Blutszenen" dürfen nicht angeboten werden.

- Die Altersfreigabe bei Kinofilmen

muß von den Kinobetreibern unbedingt eingehalten werden.

- Der Gaststättenbetrieb von Herrn Maisenbacher muß als Inhaber des Alkoholausschankmonopols eine Mehrwertsteuerabgabe entrichten.

Die nächste Sitzung findet am 24. um

12:00 Uhr statt. Alle Besucher von Auwiesia sind herzlich eingeladen.



Aus aller Welt

Computer-Mafia schädigt Rentenanstalt

Ein millionenschwerer Korruptionsfall beschäftigt bald das Stuttgarter Landgericht: Die Staatsanwaltschaft hat jetzt sieben Beschuldigte angeklagt. Sie sollen die Landesversicherungsanstalt (LVA) durch manipulierte Leasingverträge für Computer um mindestens 5,6 Millionen Mark. Hauptangeklagter ist ein inzwischen 51 Jahre alter Lva-Angestellter. Er und seine Frau sollen mehr als 1,3 Millionen Mark Bestechungsgelder von einer Mannheimer Computerfirma erhalten haben. Zwei Geschäftsführer dieses Unternehmens und zwei weitere Mitarbeiter müssen sich vor Gericht wegen Untreue und Bestechung in vielen Fällen verantworten. Die Ehefrau des LVA-Angestellten und sein Vorgesetzter, ein 56 Jahre alter Oberregierungsrat, sind wegen Beihilfe zur Untreue und Be-

stechlichkeit angeklagt. Der Korruptionsskandal in der Rentenversicherungsanstalt war im November 1997 öffentlich geworden. Damals hatte die Kriminalpolizei nach längeren Ermittlungen den 51jährigen Verwaltungsangestellten und die beiden 44 und 51 Jahre alten Geschäftsführer der Mannheimer Computerfirma festgenommen. Eine LVA-Sprecherin befürchtete einen „erheblichen Vertrauensverlust“ in der Öffentlichkeit. Der LVA sei daran gelegen, daß der Fall lückenlos aufgeklärt werde. Der Verdacht gegen den Mitarbeiter und die beiden Computerhändler war im vergangenen Jahr nach einer internen LVA-Prüfung aufgekommen. Danach hatte die Rentenanstalt Anzeige erstattet. Bereits einen Monat nach der Festnahme der drei mutmaßlichen Drahtzieher des illegalen Computergeschäfts war die 47jährige Ehefrau des LVA-Angestellten ebenfalls festgenom-

men worden. Nach der Überprüfung von Konten des Ehepaars hatte die Ermittler festgestellt, dass vom Mai 1993 bis Mitte September 1997 mehr als 1,3 Millionen Mark überwiesen worden waren. Die stets erheblichen Summen waren immer als

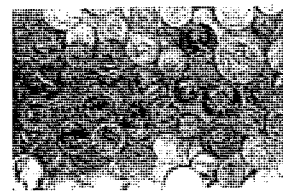
„Beratungsvorschuß für Hard- und Software“ auf das Privatkonto der Ehefrau geflossen, die offiziell eine Leasingvermittlungsgesellschaft betrieb. Sie soll allerdings von Computern, so einer der Ermittler, „auch nicht den kleinsten Schimmer einer Ahnung gehabt haben. Nach den Ermitt-

lungen der Staatsanwaltschaft haben der Hauptangeklagte und die Geschäftsführer der Mannheimer Computerfirma die LVA seit 1992 um mindestens 5,6 Millionen Mark geschädigt. Dabei ging die Computer-Mafia stets nach der gleichen Masche vor: Für veraltete Großcomputer wurden überbewertete Leasingverträge aufgesetzt, die der 51jährige, der diese zu prüfen

**51 Jahre alter
Angestellter kassierte
1,3 Millionen Mark
Bestechungsgelder von
einer Mannheimer
Computerfirma**

hatte, als „günstig“ einstuft. Dabei sollen auch noch laufende Verträge aufgelöst und zu neuen, „viel besseren“ Bedingungen neu abgeschlossen worden sein. Der Trick der Täter: Die Verträge wiesen nur scheinbar niedrig Monatsraten für die geleasteten Großrechner aus. Die weit überzogenen tatsächlichen Beträge wurden durch zusätzliche Paragraphen und komplizierte Berechnungsverfahren enorm in die Höhe getrieben. Ein 56jähriger LVA-Oberregierungsrat, Vorgesetzter des „Computerprüfers“, war laut Anklage über

die gewinnbringenden Verträge mit der Mannheimer Firma informiert. Er habe von Oktober 1995 bis September 1997 Bestechungsgelder in Höhe von insgesamt 55.000 DM erhalten. Die Täter konnten offenbar über Jahre hinweg ungestört ihre gewinnträchtigen Geschäfte betreiben, ohne dass dies den LVA-Verantwortlichen auffiel. So wurde sogar ein gebrauchter Großrechner abgeholt, die dafür fälligen 300.000 Mark wurden aber niemals verrechnet.



Zoll hat reagiert und Kontrolle verbessert

Die Zollbeamten haben auf unseren Aufruf zur Intensivierung der Kontrollen an den auswiesianischen Grenzen reagiert und verlangen das Vorzeigen des Schülersausweises, den Kauf oder das Vorzeigen eines Visums. Durch diese Verstärkung der Zollkontrollen werden Fälle wie das Einschleichen in unseren Staat ausgeschlossen. Diese Veränderung wird die Finanzen womögl. verbessern, da nun kein Besucher mehr um den Kauf eines Visums herumkommt.



Auwiesianischer Anzeiger kurz & knapp

Herztod bei Wiederbelebung

Als auf einer Baustelle in Burnley (Nordengland) ein 51 Jahre alter Arbeiter nach einem Herzschlag zusammenbrach, versuchte sein 45 Jahre alter Kollege, ihn durch Mund-zu-Mund-Beatmung wiederzubeleben. Der Schreck war aber so groß, daß auch der Retter mit einem Herzinfarkt zusammenbrach. Beide starben.



IMPRESSUM

Herausgeber: Auwiesianischer Anzeiger
 Druck: Wird auf die Leser nicht ausgeübt
 Preis: 10 Kopecken
 Auflage: ca. 150 Stück
 Datum: 22.7.1998



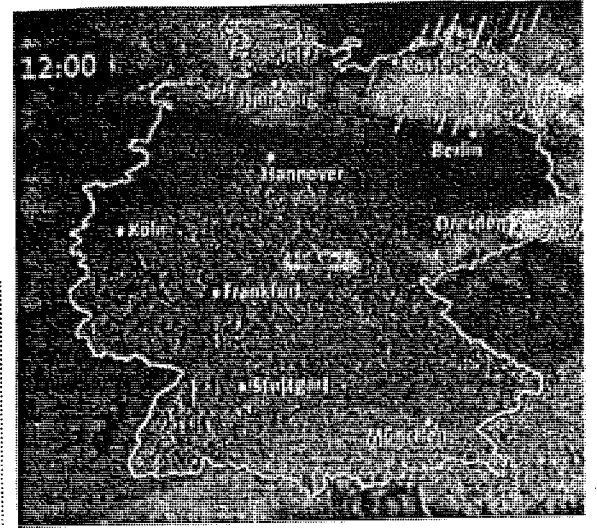
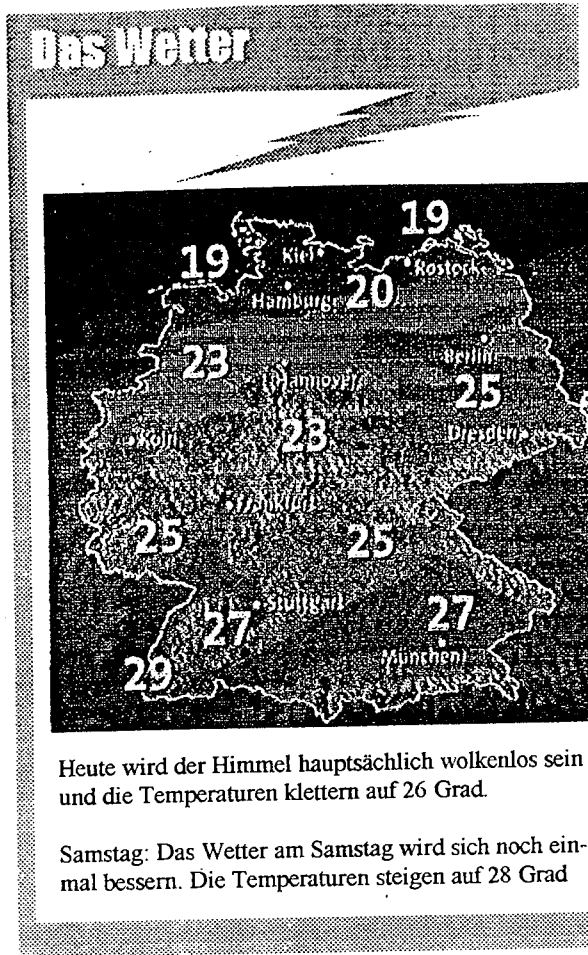
! frisch und fruchtig !

Erleben sie Erfrischung mit köstlichen Getränken wie Milchmischgetränken !
 kommen sie einfach nach 307 zum

SAFTLADEN

Kreuzworträtsel

Gotteshaus	bestiafisch	Stumpfvogel	Nordafrikaner	In- und Braus	Vorname des Autors Cardenel	längstes Gebirge der Erde	römischer Imperator	Hartrockner	nautisches Maß	Mißbilligung	Halbton in der Musik	röm. Zahlzeichen (5000)	altes Gewicht
mit dem Zähnen abtrennen	A	B	R	E	I	S	S	E	N				
Instinkt	R			deutsche TV-Anstalt			Trojanerheld					Bewohner eines Erdteils	
	U		engl. Königsname	nicht glatt				Drüsenläufigkeit				Kiz-Z. Alzey	
Sumachbaum	T	Stadt an der Schw. Elster					Laibfrucht	Hautrügler					
Hauptstadt von Senegal	A			schweizerische Stadt	Geschoß	Kleiderbesatz					querköpfig		deutscher Astronaut
	L	Möbelstücke	veraltet Beruf					Fluß zur Loire		englischer Männername			
Festspielort in Südtirol		Musik: ausgefallen				Faustkämpfer	französische Dichterin						
Vorname von Trenker			Berg in Graubünden		Bodenraum					hebräischer Buchstabe		Gestade	
	M	röm. Sonnengott	einflügelig				Abk.: Compa-gräte		Bodensatz beim Wein				
Abk.: unseres Erachters	Handwerkzeug				Kiz-Z. Goldschmelze	dünner Pfannkuchen					Kiz-Zeichen Forchheim		
umgeköcht			Abk.: letzten Endes		einer der Wölfe Odins			Kleines Zahnrad					
König von Makedonien							unbestimmter Artikel			Haushaltungsgerät			

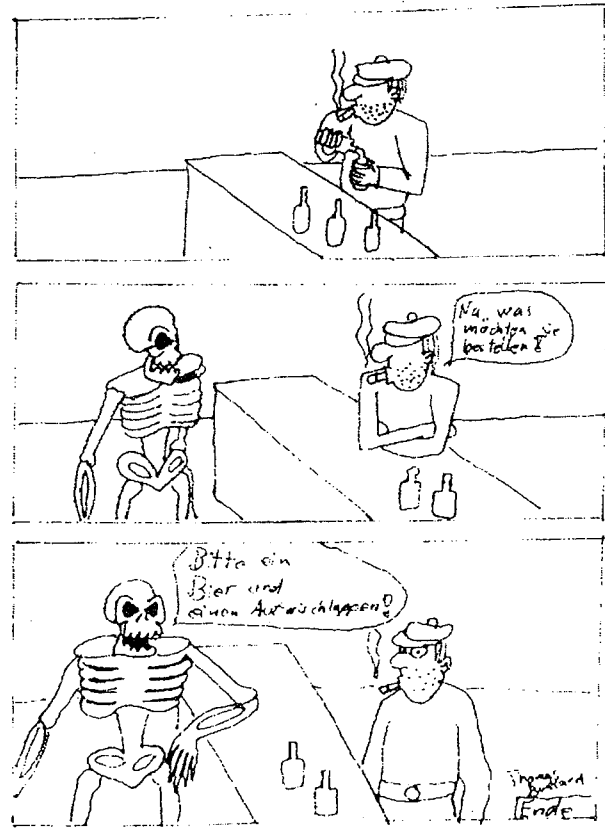


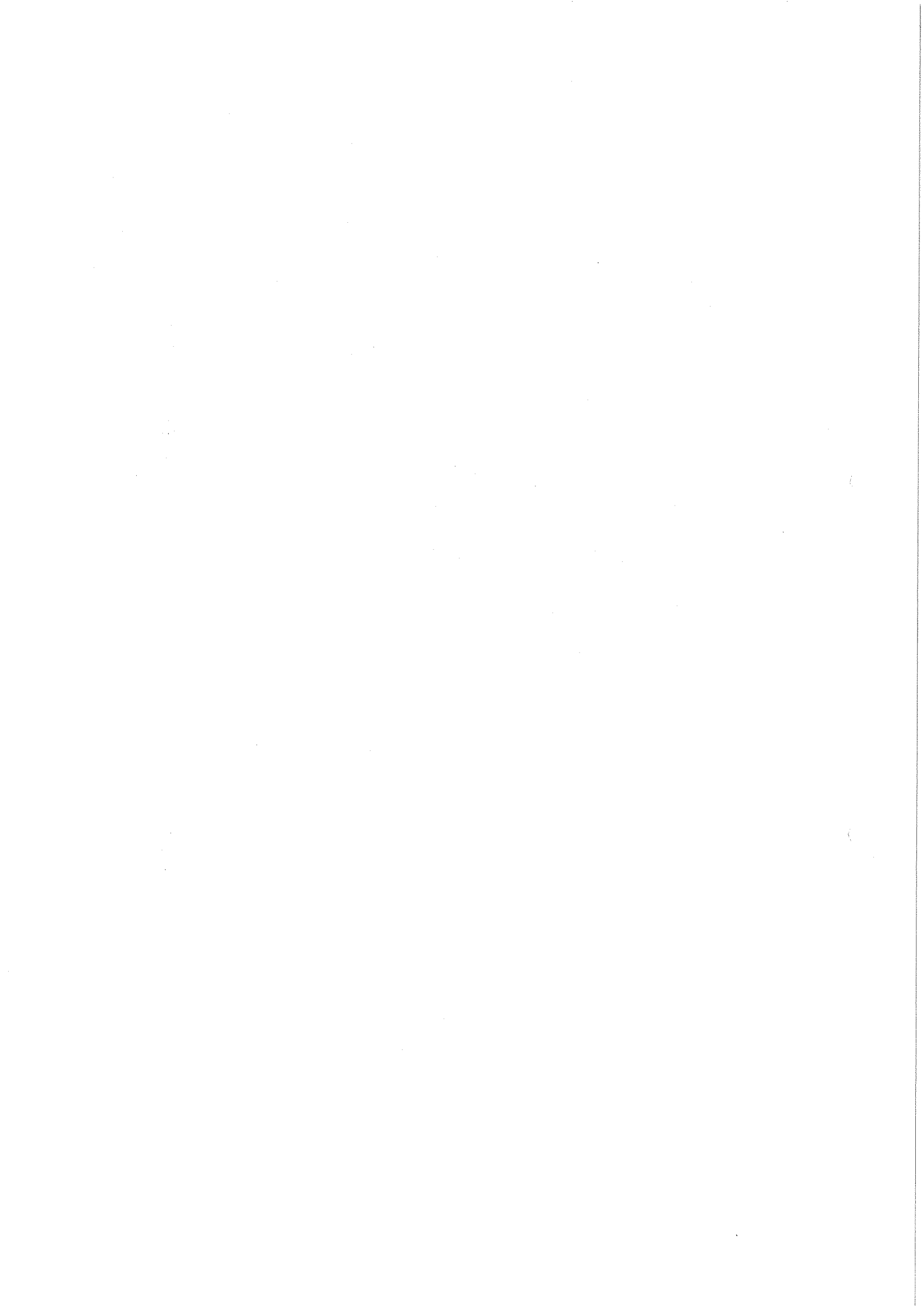
Der Himmel wird komplett wolkenlos.

Sonntag: Am Sonntag steigen die Temperaturen auf volle 30 Grad, Einige kleine Wölkchen verdunkeln nur für kurze Zeit die Sonne.

Biowetter: Die sommerliche Witterung sorgt meist für gute Stimmung und läßt Körper und Geist neue Energien tanken.

Wochenbeginn: Zu Beginn der Woche muß vertärkt mit Gewittern gerechnet werden. Temperaturen: 23 Grad.





Auwiesia-Bote



Erster und letzter Jahrgang

Freitag, 24. Juli, 1998

Preis: 10 Kp

Wer hat Uli und Lisa gesehen?

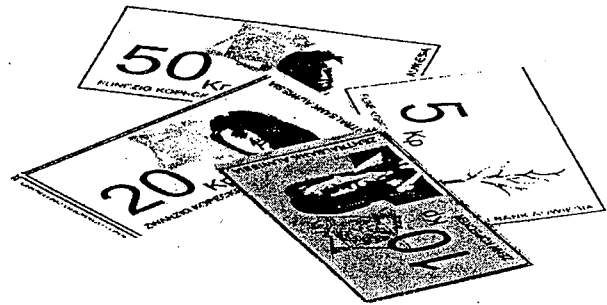
Die beiden haben doch keine Kopecken mehr - brauchen sie aber eigentlich auch nicht, sie haben ja sich selber. Schnell sind sie sich gestern einig geworden und haben ein lauschiges Plätzchen gesucht. Wo haben sie's gefunden? Gleich neben dem Süßigkeitenstand im ersten Stock, aber kaum geschlossen sie die Tür hinter sich zu, kommt so ein durchgeknallter Auwesianer daher und brüllt, es gäb hier keine Ausnahmen und so. Mist ...!
(Pontifex)

Streikende Arbeiterinnen stürmen Parlament

Auwiesia (ab) - Gestern mit tag stürmten streikende Arbeiter des auwesianischen Warenlagers das Parlament während einer Debatte.

Der Parlamentsbestürmung ging ein Streik der Arbeiter voraus, der nahezu die gesamte Infrastruktur des Landes lahmlegte.

Sie forderten eine Erhöhung ihres Lohnes von 120 auf 190 Kp, mit der Begründung, daß sie bei einer Arbeitszeit von ca. 12-14 Stunden pro Tag kaum Freizeit für sich beanspruchen können und sogar keine Zeit haben, sich in unserem Staat



umsehen zu können. Der Streß bei der Arbeit im Warenlager sei immens, so eine der Streikenden.

Das Parlament stimmte nach

einer recht kurzen Debatte der Lohnerhöhung auf 190Kp zu. Somit sind die Arbeiter besser bezahlt als der Präsident Roman Müller selbst.

Großer Skandal in unserem Staat

In unserem Staat ist Falschgeld im Umlauf. Es ist schon schlimm, wenn in solch einem Projekt derartige Dinge auftreten. Die Personen, die dies Falschgeld in unseren Staat einführen, sollten kein Einlaß in unseren Staat mehr bekommen. Wenn man schon in der Schule nicht mehr vor solchen furchtbaren Dingen sicher ist, wie soll es dann erst im richtigen Leben sein. Ich persönlich hoffe, daß die Täter möglichst

bald gefasst werden und ihre Stellungnahme dazu abgeben. Am besten wäre es, wenn der oder die Täter auf frischer Tat gefasst werden würden. Zur Zeit ist bekannt, daß auch gelbe Scheine im Umlauf sind. 20 ger und 5 er wurden durch etwas dunklere Scheine ersetzt. In diesem Fall gilt es, daß jeder, der Geld von jemand anderes bekommt, sich dieses sehr genau anschaut.

Aber die Täter wurden noch am

selben Tag von dem WKD aufgegriffen und vor Gericht geführt. Die Täter stammen aus dem nahe gelegenen Ausland. Sie sollen, laut Außenminister Peter Matz hart bestraft werden. Wahrscheinlich dürfen sie soziale Dienste verrichten oder eine hohe Geldstrafe bezahlen.

Allerdings ist immer noch unklar, ob und wieviel Falschgeld noch im Umlauf ist.

Heute im Boten

Kommentar	2
Hintergrund: Interview mit MdB Elmar Müller (CDU)	3
Politik	4 / 5
Nachrichten aus aller Welt	6
Sport	7
Panorama	8

Der Reiz des Geldes

Zwei Tage "Schule als Staat" sind vorbei, und wir haben erkannt, daß alles so läuft wie im richtigen Leben. Alles dreht sich um das liebe Geld. Die einen haben zuwenig, die anderen gerade genug, aber alle können nie genug davon bekommen.

Sicher mögen die "Geldaffären" gestern auch dazu beigetragen haben, aber Geld ist im Moment Gesprächsthema Nummer 1. Die Geldbeschaffungsmaßnahmen sind grundverschieden und somit auch die Verfassung aus- beziehungsweise überreizt.

Zum einen wird das Parlament bestürmt, um einen höheren Lohn einzufordern, was durchaus zu vertreten ist.

Zum anderen versuchen Leute mit der nicht gerade feinen Geldwäscherei zu Geld zu kommen. Da die legalen Mitteln nicht mehr ausreichen oder besser gesagt - man glaubt, daß die legalen Mitteln ausgereizt sind - greifen manche eben zu solchen illegalen Mitteln. Dies ist nicht nur unfair gegenüber anderen, nein, es ist strafbar und deshalb kein Kavaliersdelikt. Zum Glück hat der WKD rechtzeitig reagiert und die Täter, die erstaunlicherweise allesamt aus dem Ausland kommen, dingfest gemacht.

Zum Glück - denn wer möchte in einem Staat leben, in dem Korruption vorherrscht und nicht das Prinzip von Gleichheit und Freiheit?

Betriebsbesichtigung

Interview mit Jörg Vetter:

AB: Wie heißt Dein Betrieb, Jörg?

JV: Soul Sign.

AB: Und was macht ihr ?

JV: Wenig.

AB: Und verlangt dafür ?

JV: Viel.

AB: Und euer Umsatz ist ?

JV: Hoch...äh...nix.

AB: Also, was genau macht ihr jetzt ?

JV: Ich sitze hier und zeichne schöne Dinge und ich hör' fette Musik.

AB: Und aus welchem Grunde, zu welchem Zweck ?

JV: Damit irgend jemand mich dumm anlabet und sagt, he ich will was kaufen und dann mir fett Kohle dafür gibt.

AB: Und was verlangt ihr so für so ein fettes Bild ?

JV: Unheimlich viel, das kannst Du Dir nicht leisten.

AB: Ah ha, und glaubt du, ihr überlebt die nächsten Tage ?

JV: Äh nee, ich komm morgen nicht mehr

AB: Und was machst du dann die nächsten Tage ?

JV: Ausschlafen.

AB: OK, vielen Dank, Jörg Vetter.

*Roman Müller - Schlägertyp
oder
Opfer einer Haßkampagne?*

Auwiesia (ab) - Am gestrigen Tag soll der Präsident Roman Müller einen Pizzabäcker geohrfeigt haben.

Dieser Ohrfeige soll ein heftiges Streitgespräch vorangegangen sein, bei dem der Pizzabäcker den Präsidenten als faul bezeichnet habe. Dieses Gerücht wurde von mehreren Quellen bestätigt.

Nun stellt sich natürlich die Frage, ob diese Keilerei tatsächlich stattgefunden hat oder ob es sich dabei hier lediglich um eine Medieninszenierung der FSP-Gegner handelt.

Sollten sich die Gerüchte jedoch bewahrheiten, würde das Parlament vor ein großes Problem gestellt werden - mit einem Schläger als Präsidenten hat man nicht gerade ein gutes Aushängeschild. Da spielt die Kompetenz Roman Müllers keine Rolle, denn so ein Verhalten ist schlichtweg unverschämt. Damit bliebe dem Präsidenten lediglich eine Möglichkeit sich in der Öffentlichkeit zu rehabilitieren: der Rücktritt.

Auwiesia-Lotto, Gewinnzahlen:
1 2 13 14

Es gab 5 Nebengewinner à 60 Kopecken und Hauptgewinnerin Tamara Veit (430 Kp).

Herr Röscheisen gewann einen Pizza-Gutschein bei "Romazotti".

Alle Angaben sind ohne Gewähr.

Andi's Eisstände

Stand Nr. 27 beim Partyraum



Besuchen Sie auch die Snack - Bar Bayer & Co

Die neue Ausgabe des Schlickwurms erscheint morgen früh!

Interview mit MdB Elmar Müller (CDU)

Am gestrigen Montag war der Bundestagsabgeordnete Elmar Müller von der CDU zu Besuch in Auwiesia. Als er bei seiner Visite bei unserer Zeitung hereinschaute, ließ er sich von uns exklusiv interviewen.

AB: Was halten Sie von dem Projekt Schule als Staat?

EM: Ich habe bislang den Eindruck, daß dieses Projekt wohlorganisiert ist und sich somit die Arbeit, die die Projektgruppe "Schule als Staat" investierte, gelohnt hat. Auch mit den Ministern bin ich sehr zufrieden, vor allem aber der Finanzminister Marcel Frölich und der Arbeitsminister Matthias Gabriel haben einen kompetenten Eindruck auf mich gemacht. Ich bin mir ziemlich sicher, daß dieses Projekt ein Erfolg wird.

AB: Könnte dieses Projekt ein Vorbild für andere Schulen sein, oder glauben Sie, daß dieses Projekt nicht sehr realistisch inszeniert wird?

EM: Das Projekt hat sich bislang sicherlich gelohnt. Um jedoch wirklich realistisch sein zu können, müßte man auch Waren von Auwiesia in andere Länder exportieren. Aber der Binnenmarkt ist sicherlich sehr realitätsnah aufgebaut worden. Ich glaube auch nicht, daß die Betriebe planlos arbeiten, das heißt, daß sie ihre Arbeit verrichten, ohne daß sie ihre Kosten usw. berechnen. Deshalb hat der Staat meiner Meinung nach eine gute Chance zu überleben.

AB: Wie groß sehen Sie die Chancen Ihrer Partei, der CDU, bei der Bundestagswahl am 27. September? Die Chancen stehen für die Union ja nicht sonderlich gut.

EM: Die Chancen sind im Moment wirklich nicht die besten. Aber dennoch sehe ich positiv in die Zukunft, da die Union noch realistische Chancen hat, den Sieg am 27. September zu erringen. Aber ich befürworte es überhaupt nicht, eine große Koalition mit der SPD einzugehen.

AB: In der Union wird derzeit darüber

heftig diskutiert, ob es bald eine Autobahngebühr geben soll oder nicht? Was meinen Sie dazu?

EM: Ich bin grundsätzlich für die Einführung einer Vignette, wenn auch nur für Autobahnen. Ich halte auch das Abkassierungssystem wie es beispielsweise in Frankreich praktiziert wird, für reinen Schwachsinn. Durch die vielen Mautstellen wird der Verkehrsfluß stark gehemmt, da man ständig anhalten muß, um sein Geld los zu werden. Deshalb haben wir uns überlegt, Satelliten anzuschaffen. Das Geld wird dann elektronisch abgebucht, somit kann der Verkehr ungestört weiterfließen.

AB: Kommt durch eine derartige Gebühr nicht auch die Wirtschaft zu Schaden? Viele Waren werden über die Straße ausgeliefert.

EM: Ich denke nicht, daß es der einheimischen Industrie schaden könnte. Wir haben deshalb auch vereinbart, im Falle einer Einführung einer solchen Gebühr gleichzeitig die Kfz-Steuer zu senken, damit für die Bürger keine Mehrkosten entstehen. Allerdings verfolge ich auch das Ziel, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Bahn zu erhöhen. Allerdings möchten wir damit auch erreichen, daß weniger ausländische Fahrzeuge auf bundesdeutschen Autobahnen fahren werden. Somit wird auch der Verkehr auf den Autobahnen weniger werden.

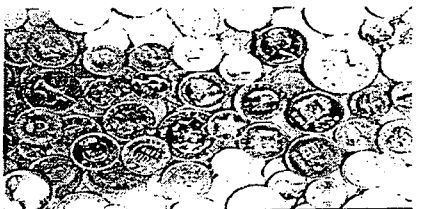
Neues aus der Wirtschaft

Die Auwiesische-Wurst

Die Auwiesischen Herrgottsbscheißerla (Maultaschen) werden als eine Delikatesse angesehen. Die Preise sind auch angemessen, meinte ein Kunde, der gleichzeitig einschränkte, daß er nie wieder kommen würde. Die Mitarbeiter schauen zuversichtlich in die Zukunft.

Der Auwiesia-Burger

Die Hamburger kosten zwar sage und schreibe 30Kp, diese sind aber angemessen. Denn man kann sich sehr viel auf seinen Burger drauflegen. Tomaten, Zwiebel, Fleischküchle, Käse, Salat, Gurken und und und. Dieser Betrieb wurde von vielen Menschen heimgesucht.



Kommt ins
Bingo-Café

**Beatle-
juice**

**-Denn dort
ist immer was
los**

im Realschulkeller

Arbeitet der Präsident eigentlich?

Diese Frage muß sich der Präsident gefallen lassen. Man muß hier im Interesse aller auwiesianischen Bürger, die arbeiten, diese Frage stellen, denn nach neuesten Informationen bezieht der sehr geehrte Präsident Roman Müller saftige Bezüge in Höhe von ca. 150 Kp und wird fast nie beim Arbeiten gesehen. Die meiste Zeit wird er in irgendeinem der Network Player Center gesehen. Dort wird er sich wahrscheinlich prächtig amüsieren, aber

wir Bürger von Auwiesia haben davon überhört. Viele der Arbeiter und Betriebsleiter nagen sozusagen am Hungertot, denn gestern um 10 Uhr konnte fast niemand diese Zeitung erstehen, weil noch nirgends Lohn gezahlt werden konnte. Wir von der Zeitung gehörten auch zu diesen Leidenden. Wir konnten uns nicht einmal etwas zum Essen leisten.



Musikalischer Zauber im Music-Café

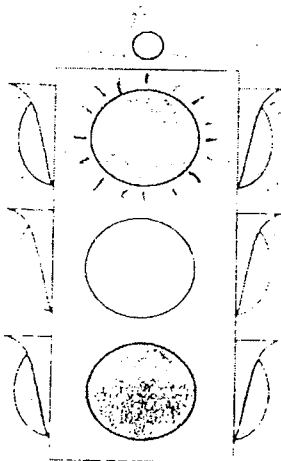
Gestern fand im Music Café (Zi 124) ein Konzert der Gruppe "M&M" statt. Die Bandmitglieder Dörte Giesecke (Gesang), Michael Koch (Keyboard), Mirko Gluth (Gitarre & Gesang) und Thomas Kutzer (Gitarre) wußten durch live vorgetragene Hand-made-music zu überzeugen.

Deshalb war die Resonanz bei den Besuchern, unter ihnen auch einige Abgeordnete des Parlaments und Ex-

Staatschef Helmut Kopecki, auch sehr groß. Beim Programm wechselten sich Instrumentals mit Gesangsstücken ab, und die begabten jungen Musiker trugen ihre gelungenen Interpretationen solcher Stücke wie "What's Up" von den 4 Non Blondes, Bob Dylans "Knockin' on Heaven's Door", "Mercedes-Benz" von Janis Joplin, "Hold the Line" und selbstverständlich "Always look on the bright Side of

Life" vor, während sich das Publikum an delikaten Obstspießchen und den vorzüglichen Cocktailkreationen des Music Cafés erfrischen konnten. Auch am heutigen Tage werden M&M wieder auftreten; im Balu, im Crazy und auch wieder im Music Café. All jenen unter unseren Lesern die guten Classic Rock zu schätzen wissen sei ein Besuch in jedem Fall angeraten.

Achtung



Am Samstag ist die einzigartige Auwiesia-Wurfwand von 10-16 Uhr vor der Tennishalle aufgestellt.

Finale: 15 Uhr

PRENSIE
8 Würfe - 5 Kp

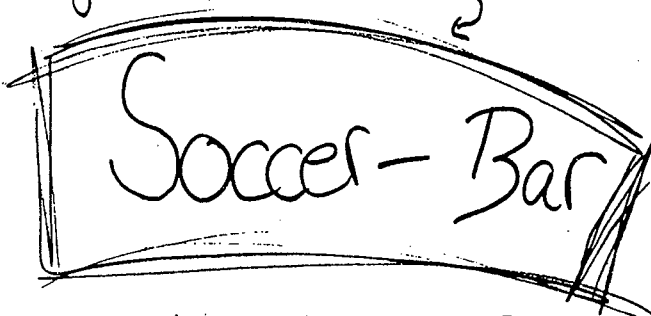
Parlamentssitzung Nr. 9

1. Antrag: Der Wirtschaftsminister forderte, daß es eine Alkoholsteuer von 10% geben soll. Als konkreten Fall nannte er den Betrieb um den Lehrer Herr Maisenbacher, der als einziger Alkohol verkauft. nach einer heftigen Diskussion stimmten sie für eine Mehrwertsteuer auf Alkohol im Warenlager.
2. Außenminister Peter Matz hat sich heftig über die Gewaltspiele in den Network-Center aufgeregt. Außerdem hält er es für unverantwortlich, daß Siebtklässler in unseren Kinos Filme sehen können, die erst ab 16 sind. David Mack fügte hinzu, daß diese Betriebe zudem ihre Aufforderung, solche Spiele nicht mehr anzubieten, nicht beachtet. Das Parlament beschloß, daß die Schüler unter 16 für solche Dinge die Unterschrift ihrer Eltern benötigen. Die können sie zwar fälschen, aber die Eltern können sich nachher nicht beschweren.
3. Da am Samstag eine Fußballmannschaft aus Bernhausen kommt, wurde überlegt, ob man ihnen, da sie eingeladen wurden, nicht die Visagebühren erlassen soll. Das Parlament hat sich dann einstimmig dafür entschieden.
4. Die Haushaltsbilanz von Marcel Frölich (Finanzminister)
 - Die Gehälter der Staatsbediensteten betragen 9410Kp.
 - Die Subventionen betragen 4955Kp.
 - Es wurden Kredite von insgesamt 1145Kp ausgegeben.
5. Während der Sitzung platzten plötzlich die Arbeiter des Warenlagers herein und verlangten mehr Lohn und Anerkennung für ihre harte und sehr langwierige Arbeit. Nach ihrem Protest sollen sie nun für einen Arbeitstag (der 12 bis 14 Stunden beträgt) 190Kp bekommen.
- Bei diesem Beschluß ergriff jedoch Herr Kluffinger das Wort und wiederholte mehrmals, daß Manche 8 Stunden arbeiten und nur 60Kp erhalten würden. Er wurde dann von zwei Parlamentsmitgliedern nach draußen befördert, während die restlichen Anwesenden zustimmend klatschten.
6. Als nächstes wurde über die Pro-

bleme der Müllabfuhr diskutiert. Die Müllgebühren seien zu teuer und einige Betriebe fänden es "schwachsinnig", daß halbvolle Mülleimer zum gleichen Preis geleert werden wie randvolle Eimer. Außerdem beklagten sich die Müllmänner über ihre schlechte Behandlung, daß sie überall wie der letzte "Dreck" behandelt werden und auch den ungetrennten Müll wieder mühsam trennen müssen. Über ihr Gehalt haben sie sich auch nebenher beklagt. Als Fazit kam heraus, daß die Müllabfuhr ein staatliches Unternehmen werden soll und sie ab sofort für den ganzen Müll verantwortlich sind. Es sind auch einige Arbeitslose als Helfer vorgesehen.

7. Zum Schluß hat Cathérine Hetzer den Antrag gestellt, das Arbeitslose, die schwer vermittelbar sind (meist Sechst- und Siebtklässler) Sozialhilfe bekommen sollten. Gegen diesen Antrag hatte keiner der Parlamentsmitglieder etwas einzuwenden und sie soll vorraussichtlich 45Kp betragen.

Wagt ihr Fußball? Kommt zur



Soccer-Bar

im Treppenhaus Neben Raum 307

- Fußball-Quiz mit Gewinn
- 1. Preis: 50 Kp
- Startgeld: 5 Kp
- Getränke + Clips + Schablonen ...

Der Pleitegeier bedroht den Staat

Auwiesia (ab) - Nach unbestätigten Berichten zufolge, muß der Staat anscheinend bald Konkurs anmelden, obwohl er sich durch den Geldumtausch und die Visa ein goldenes Näschen verdient. Werden diese Gelder einfach hinausgeworfen? Für was werden diese Gelder ausgegeben? Wem nützen die Einnahmen des Staates etwas? Bis jetzt wurden unseren Informationen zufolge noch keine Betriebe subventioniert oder gut arbeitende Arbeiter besser bezahlt als 80Kp pro Tag. Aber dafür verdienen die Beamte und allen voran der Präsident im Gegensatz zu den Arbeitern sehr gut. Der Staat sollte vielleicht hier ein bißchen weniger ausgeben und dafür sorgen, daß hinter den Arbeitnehmern mehr Kaufkraft steckt. Aber zum guten Ende noch ein kleines Lob für die Parlamentarier, nämlich für ihr Engament schon im Vorfeld dieses Projektes. Wenn man jetzt noch einen kleinen Seitenblick auf Bonn wirft, muß man sagen, daß die Parlamentarier sich nicht anders verhalten als die Bundestagsabgeordneten in unserem Nachbarland Deutschland, diese senken ihre Diäten auch ne.

Nachrichten aus aller Welt

Teheran:

Der Bürgermeister von Teheran wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Er darf 20 Jahre lang kein öffentliches Amt ausüben, da er beim Mißbrauch von öffentlichen Mitteln und Ämtern ertappt wurde. Er war ein enger Vertrauter des gemäßigten Präsidenten.

New York:

Im Weltsicherheitsrat zeigt sich keine gemeinsame Strategie im Kosowokonflikt. Dies ist wohl auf die Weigerung Rußlands zurückzuführen.

Washington:

Die USA wollen im Nah-Ostfriedens-Prozess nicht mehr vermitteln. Sie sind der Meinung, daß die Israelis und Pale-

stinenser ihre Probleme selbst lösen müssen. Die USA können nur helfen Brücken zu bauen und zu vermitteln.

Freiburg:

Die Post-AG will teilweise die Briefverteilung an private Firmen abgeben. Sie wollen 10% der 64000 Bezirke an andere Unternehmen vergeben. Dabei soll es sich um Kosteneinsparungen handeln.

Der BMW-Konzern macht trotz der Währungsprobleme großen Gewinn. Dieser stieg um 1,8 Milliarden auf 31 Milliarden. Es wird mit einem weiteren Anstieg gerechnet.

Der Tochterkonzern Rover will etwa 1500 Mitarbeiter entlassen.

Kommt

zu

Bayer

& Co.

vor dem Raum 208

Hier gibt es tolle Drinks

und Snacks

zu ebenso tollen Preisen!!!

Klatsch und Tratsch

Dieter Thomas Kuhn - das heimliche Double von Steffi Graf

Wir alle kennen Dieter Thomas Kuhn, den unverkennbaren Schlagersänger, den man noch unter Tausenden anhand seiner Schlaghosen und seiner honigblonden Fönfrisur ausmachen könnte.

Doch diese unverwechselbare, absolut perfekte Kopfbedeckung und bis vor kurzem Dieters ganzer Stolz, wurde kürzlich von einem Fan ernsthaft in Frage gestellt, als er ihm während eines Konzertes unterstellte: "Dieter weißt du eigentlich, dass du aussiehst wie Steffi Graf?"

Das Ende der Fönwelle ???

Auch Kuhn konnte beim betrachten von Fotos, die die besagte Tennisspielerin darstellen, große Ähnlichkeiten feststellen, entschloss sich aber, zur Freude der ganzen Nation seinem "Milchbubi-Schnitt" treu zu bleiben. (Gott sei Dank ????)

Das Rätsel, das die Nation bewegt - wer ist der Vater von Jodie Fosters Sohn???

Gestern kam es im Radio, heute steht es

im AUWIESIA BOTE:

Jodie Foster ist Mutter eines gesunden Sohnes namens "Charles" geworden, der mit 52 Zentimetern Größe und 3,4 Kilogramm Lebendgewicht der ganzen Medienwelt eine neue Attraktion beschert.

Wer ist der Vater des Jungen, oder wurde er sogar künstlich gezeugt? Wenn ja, warum? Oder ist der Vater doch der Möbeldesigner Marco Pansanella? Fragen über Fragen und bisher ist nur eins sicher: Foster hat angekündigt, ihren Sohn alleine großzuziehen und vorerst, um sich voll ihrem Nachwuchs widmen zu können, aus dem Filmgeschäft auszusteigen. Ansonsten hüllen sie und der vermeintliche Vater in absolutes Schweigen und lassen die Medienwelt weiter über der bewegenden Frage brüten:

War Charles eine künstliche Befruchtung, oder wer ist der Vater des Kindes?? (Wer etwas näheres weiß und zur Lösung dieses weltbewegenden Rätsels beitragen kann, soll sich bitte umgehend mit der Redaktion des AUWIESIA BOTE in Verbindung setzen).

Erdnüsse bringen Mercedes zur Strecke

Fast zur Verzweiflung getrieben wurde eine Britin durch ihren 135 000 Mark teuren Luxusschlitten, der an einer Steigung in der Grafschaft Hampshire einfach den Geist aufgab.

Doch selbst der Abschleppdienst konnte keine Mängel an dem neuerworbenen "Wägelchen" feststellen und erst nach ausführlicher Inspektion in der Werkstatt konnte der "Auslöser" gefunden werden: Im Ansaugstutzen zum Luftfilter steckten fast zwei Kilo Erdnüsse - der Wintervorrat eines Eichhörnchens.

Angenehme Last

Ein Paket mit Gewicht von 30 kg kann nächstes Wochenende der glückliche Gewinner des 21 Mio schweren Lottojacks mit nach Hause tragen - soviel wiegt nämlich der Stapel der Tausendmarkscheine, in denen der Lottogewinn ausgezahlt wird.

VfB sucht nach besserem Image

Der Trainer:

Winfried Schäfer ist nach einigen Aussagen die Fortsetzung von Joachim Löw nur vielleicht etwas verbindlicher. Er hat eigentlich alles, was ein guter Trainer braucht, nur eines fehlt ihm: er ist kein Vordenker, keiner, der mit Visionen vom filigranen Spiel neues Feuer entfacht. Laut Schäfer ist es aber wichtiger, eine Mannschaft mit Spielfreude aufzubauen.

Die Mannschaft:

Man trifft alte und neue Gesichter. Der Präsident fordert, daß die Mannschaft aufhört, Grüppchen zu bilden, was sich zuletzt gegen Murat Yakin gerichtet hat. Aber der wird wohl mit hoher Wahrscheinlichkeit nach Istanbul wechseln und dem VfB 8 Millionen Mark in die Kasse bringen. Über weitere Verstärkungen wird man sich nur Gedanken machen, wenn irgendwo noch eine notwendig ist.

Das Ziel:

Der Verein will unbedingt einen Uefa-Cup-Platz, wenn nicht sogar mehr. Im Stillen wünscht man sich natürlich die Meisterschaft.

Die Neuzugänge:

Es gab ein paar Neuzugänge, von denen der Sasa Markovic von Roter Stern Belgrad am meisten Geld kostete. Doch der ist bisher noch nicht die gewünschte



Verstärkung. Bei den anderen muß man erst noch einmal abwarten, wie sie sich im VfB-Dress schlagen werden. Für diese Leute kehrten auch ein paar dem VfB den Rücken. Beispielsweise Matthias Hagner, der zu Borussia Mönchengladbach gewechselt ist.

Die Nachwuchsarbeit:

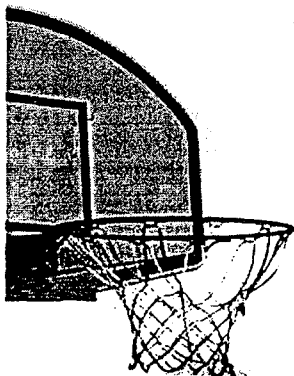
Sie wird vom neuen Trainer ganz groß geschrieben. Schäfer forderte z.B., daß die Jugendabteilung weg vom Prinzip Zufall loskommen muß. Außerdem forderte er die Jugendtrainer dazu auf,

gezielt Positionen nach Bedarf einzusetzen.

Das Image:

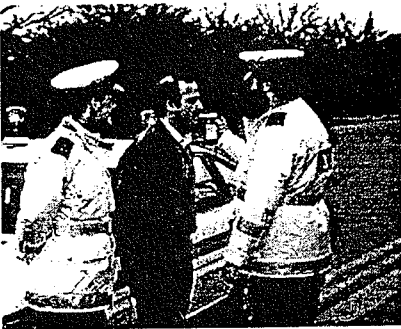
Um Erfolg zu haben, braucht der Verein, laut der Meinung des Trainers, die Unterstützung der Öffentlichkeit. Sogar er selbst wird sich ändern, er wird statt seiner Lederjacke und seiner wehenden Mähne zukünftig Sakko und Schlips tragen. Vielleicht der Beginn einer neuen VfB-Ära?

Sport-Events in Auwiesia



Die SEO-Crew hat auch für die kommenden Tage viele sportliche Aktivitäten geplant. Am Donnerstag fand ein Tennisturnier für die 5.-7. Klasse statt. Das Finale wird aber erst am Samstag ab 10 Uhr ausgetragen. Es gibt natürlich auch tolle Preise für die ersten drei Plätze: Die Erstplatzierten der jüngeren und älteren Spieler bekommen einen Pokal. Für die Zweit- und Drittplatzierten gibt es Mützen bzw. einen Basketball. Die jüngeren Zweit- und Drittplatzierten können auch eine Mütze bzw. einen Rucksack gewinnen. Parallel zum Finale am Samstag des Tennisturniers findet ein Basketballturnier und um 14 Uhr dann ein Fußballländerspiel statt. Interessenten, die in der Schulmannschaft mitspielen wollen, können sich am Samstag in der Tennis-halle noch anmelden. Am heutigen Freitag wird ein Tennisturnier für die Mittel- und Oberstufe veranstaltet.

Deutsche Polizei nahm Vater fest



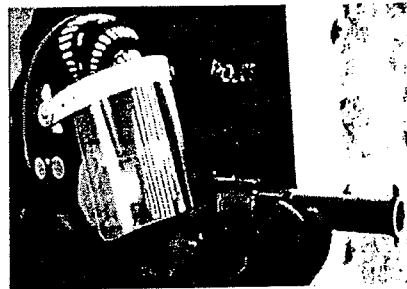
Koblenz (ab) - Im Zuge der Ermittlungen zum Kinderschänderskandal in den Niederlanden hat die deutsche Polizei bei Koblenz einen Mann festgenommen, dessen Sohn in einem Foto der Kinderschänder zu sehen ist. Ein Zeuge habe das Bild des Jungen in einem Bericht des Fernsehsenders RTL gesehen und das Opfer erkannt, bestätigte die Polizei.

Die niederländische Polizei hat in Italien die Auslieferung eines mutmaßlichen Kinderschänders beantragt. Nach Presseberichten könnte er aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Dies will die niederländische Polizei verhindern.

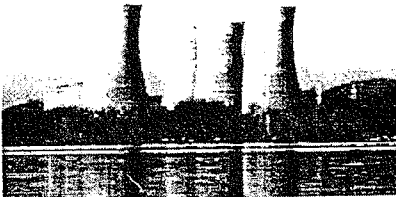
Polizei stört Liebespaar

Münster (ab) - Ein Großaufgebot an Polizisten und Soldaten hat im Raum Münster das Rendez-vous eines 15jährigen Mädchens und ihres 21jährigen Freunds abrupt beendet. Ein Augenzeuge hatte beobachtet, wie der junge Mann das Mädchen und ein Kind ansprach. Als das Mädchen in ein Auto stieg und das Kind davonlief,

glaubte er an eine Entführung und verständigte die Polizei. Die Beamten riefen Großalarm aus, setzten sogar einen Hubschrauber ein und riefen Soldaten zu Hilfe. Schließlich überraschte man das Pärchen im Auto auf einem Panzerübungsge-
lände.



Transportstopp bleibt



Bonn (ab) - Der Transportstopp für abgebrannte Brennelemente aus Atomkraftwerken bleibt bestehen. Umweltministerin Angela Merkel sagte, man sei bei der Forschung nach Ursachen der Verseuchung von Atommüllbehältern ein gutes Stück vorangekommen. Diese seien aber noch nicht vollständig geklärt und

auch noch nicht bestätigt. Die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit hatte vorgeschlagen, die Behälter künftig komplett abzudecken sowie sorgfältig zu reinigen und zu beladen. Die SPD warf Merkel vor, keine neuen Erkenntnisse oder Initiativen vorgelegt zu haben.



Saftladen

- Beste, verschiedene Säfte zu günstigen Preisen
- Herzhaft erfrischende und tropische Säfte
- Hervorragende Milchmixgetränke aus eigener Herstellung
- Alles im Raum 307





Im Friseursalon stylen 14jährige Auwiesianerinnen ihre Kunden

Die „Freie Schulrepublik Auwiesia“, die von Mittwoch an vier Tage lang anstelle des Neckartenzlinger Gymnasiums existierte, entfachte bei den Schülern begeistertes Engagement. Sie arbeiten in ihren selbst gegründeten Betrieben von 8.30 bis 15.30 Uhr und am Samstag von 10 bis 16 Uhr. Über auswärtige Gäste, die Devisen einbringen, freuen sie sich ganz besonders. Ob sie mit der professionellen Konkurrenz außerhalb der Schulrepublik mithalten können, muß der Besucher selber ausprobieren. son

Kleinstaat mitten in Deutschland

Das Neckartenzlinger Gymnasium rief die Vier-Tage-Republik aus

NECKARTENZLINGEN (son). Die Gymnasiasten aus Neckartenzlingen leben seit Mittwoch in ihrem eigenen Staat, mit eigener Verfassung, mit Grundrechten, Währung, Justiz, Parlament und Staatsoberhaupt. Um ihre Schulrepublik mit dem Namen Auwiesia vor dem sofortigen Bankrott zu bewahren, gründeten die rund 800 Schüler viele Betriebe und arbeiten dort nun eifrig für ihr eigenes und das allgemeine Wohl der Schüler. Der Erhalt des Schulstaates hängt von den Deviseneinnahmen durch ausländische beziehungsweise schulfremde Besucher ab. Etliche Gäste gaben der Schulrepublik „Auwiesia“ bereits die Ehre. Der Staat besteht offiziell noch bis heute nachmittag um 15.30 Uhr.

Gründen Schüler eine Republik, so muß dieses Vorhaben beinahe genauso exakt und verantwortungsbewußt durchdacht und vorbereitet werden wie in der Realität. Die Idee wurde aus einer Schülersprechertagung importiert, denn das Projekt „Schule als Staat“ läuft nicht zum ersten Mal. Erst letztes Jahr wurde es am Wendlinger Gymnasium ausprobiert. Die Vorbereitungen in Neckartenzlingen liefen seit September 1997. Ein kleines Vorbereitungsteam aus drei Lehrern und knapp 20 Schülern kümmerte sich um die Planung und die Staatsverfassung. Seit Januar wurden Parteien gegründet. Die Sympathien tendierten hier eher zur Umweltpolitik. Anfang Mai fanden schließlich die Wahlen statt.

Der Neckartenzlinger Kleinstaat funktioniert nach ähnlichen betriebs- und volkswirtschaftlichen Prinzipien wie die „echten“ Industriestaaten. Er hat sogar eine eigene Währung, die den Namen des Direktors Kopecki trägt. Der politische Aufbau des Staats stimmt stark mit dem der Bundesrepublik überein. Selbst die Verfassung wurde von einem nicht gewählten Parlament bereits vor einem halben Jahr erlassen. Anschließend Verbesserungsvorschläge wurden selbstverständlich aufgenommen. In „Auwiesia“ hat die Staatsoberhaupt auch nur repräsentative Aufgaben, während die eigentliche Macht bei dem Regierungschef liegt.

Die Schüler beweisen enormes Engagement. Nur wenige können sich für die Idee nicht begeistern und gelten praktisch als Aussteiger aus der Gesellschaft. Ein Staat ohne Probleme ist eben selbst mit 870 Bürgern nicht möglich. Die Bürger sind die 800 Schüler und 70 Lehrer, die aber während der vier Tage in der Schulrepublik gleichberechtigt sind. Nicht nur lustlose Aussteiger machten dem Staat zu schaffen, sondern es entwickelten sich sogar kriminelle Kreise. Da es keine Polizei gibt, machten sich Justiz und Grenzschutz gemeinsam auf die Jagd nach Geldfälschern, die per Scanner am Computer die Inflation hochtrieben. Strafen sind diverse Putzdienste, bei schweren Vergehen droht eine Verbannung.

Während dieser vier Tage erlebten die Schüler hautnah die Probleme eines realen Staates. Betriebe gingen pleite, Kredite wurden aufgenommen, Löhne wurden gekürzt, ein Existenzminimum wurde festgelegt, Arbeitslosigkeit mußte bekämpft werden, vor Gericht wurde geklagt, der Nationalstolz kam bei Spielen gegen „ausländische“ Schulmannschaften durch und prominente Gäste aus dem „Ausland“ wurden begrüßt. Unter anderem erschienen die Bundestagskandidaten Uschi Eid (Grüne), Elmar Müller (CDU), Rainer Arnold (SPD), Ulrich Noll (FDP) und einige Vertreter des Oberschulamtes.

Es gibt viel zu sehen in „Auwiesia“. Besonders viele Betriebe sind im gastronomischen Bereich tätig, es gibt Kinos und Zeitungen, Eiscafés und Bars, Musik und Theater, Friseursalons und Tanzunterricht, Secondhandshops und Designstudios, Handarbeitsbetriebe, Blumen- und Schmuckstände, Werbebüros, Massagiestudios, Fitnesscenter, Wahrsagestuben, Partnervermittlung, Sportveranstaltungen und vieles mehr. Das Schulhaus ist nicht wiederzuerkennen. Es ist bunt geschmückt und erinnert an die emsige Betriebsamkeit eines Bienenstockes. Die Idee „Schule als Staat“ wurde erfolgreich umgesetzt. Den Schülern konnten auf diese überaus praktische Art und Weise staatliche Funktionen erklärt werden, den Besuchern wurde es bestimmt nicht langweilig.

Nürtinger Zeitung, 25.7.98

SCHULSTAAT / Ohne Visum kein Zutritt

Freie Republik Auwiesia als Projekt

Vier Tage regiert das gewählte Schulparlament

Einhalb Jahre haben Schüler und Lehrer das Projekt Schule als Staat vorbereitet. Dieser Tage läuft die Endphase: Aus dem Schulzentrum wird die Republik Auwiesia.

PETER KIEDAISCH

NECKARTENZLINGEN ■ Die Grenzen sind dicht. In die Schule kommt nur, wer ein Visum gekauft hat. Das kostet vier Mark und bringt der Schule Devisen, oder besser: dem Staat Auwiesia. Für vier Tage – noch bis Samstag – heißt das Schulzentrum „Freie Republik Auwiesia“.

Begonnen hat alles vor einhalb Jahren mit der Idee, die Schule als Staat zu führen. Lehrer und Schüler erarbeiteten eine eigene Verfassung. Einige Schüler bildeten politische Parteien, andere schlossen sich denen an oder wurden zumindest Sympathisanten. Vor einem Vierteljahr waren Parlamentswahlen, seitdem hat Auwiesia eine eigene Regierung.

Im Parlament wird in regelmäßigen Sitzungen zum Beispiel darüber entschieden, wie hoch die tariflichen Löhne im Land sind, wer wieviel Arbeitslosengeld bekommt und was zu tun ist, wenn Teile der eigenen Bevölkerung die Warenausgabe blockieren und im Chor brüllen: „Wir sind Menschen, keine Maschinen“.

Genau das ist gestern geschehen. Mitarbeiter des Warenlagers hatten die Plackerei satt. Das Leben in Auwiesia ist nämlich geprägt von Arbeit. Jeder Schüler muß mit anpacken. Dafür gibt es eigens Betriebe, die marktwirtschaftlich geführt werden. Die Geschäftsführer können Mitarbeiter einstellen oder entlassen. Und sie können die staatliche Startvorgabe von 80 Kopeken pro Mitarbeiter verprassen, ohne Gewinn einzustreichen. Mißmanagement nennt man das, was auch in Auwiesia zum Bankrott führt. Die Strategie der Chefs gleicht in die-

sem Planspiel echter kapitalistischer Eiseskälte: viel Arbeit, wenig Lohn. So kommen die Chefs am ehesten über die Runden – und am Abend bleibt noch soviel übrig, um eigenen Eitelkeiten nachzugeben. Beim Frisör etwa, oder gediegener: bei der Massage, diskret in vorhang-verhangenen Kabinen.

Wessen Sinnesorgane vom prallen Leben in Auwiesia überreizt sind, der findet in einer psychiatrischen Beratungsstelle Zuspruch. Aber das kostet Geld. Und weil Geld die Welt selbst in Auwiesia regiert, spielt auch der schuleigene Koplexer seine Rolle in dem Stück – wohl eher unfreiwillig: Einige subversive Kräfte nutzen die moderne Technik, um Paplergeld zu vervielfältigen, vielleicht in der irrigen Annahme, „Kopeke“ leite sich von „kopieren“ ab. Was schlicht falsch ist. Die Kopeke trägt ihren Namen in Anlehnung an den Rektor des Gymnasiums: Kopecki, Helmut. Im Ex-

trablatt, eine der beiden Zeitungen, die in Auwiesia zweimal täglich erscheinen, hieß es zum Falschgeldskandal, die Täter seien bereits gefaßt. Es handele sich um zwei Ausländer – so werden in Auwiesia alle bezeichnet, die nicht auf eine der Neckartenzlinger Schulen gehen. Wie es weiter heißt, müssen die beiden Tatverdächtigen mit einer hohen Strafe rechnen.

Das Extrablatt vermutet hinter dem Falschgeld politische Motive, „um die Bevölkerung und das Parlament abzuschrecken“. Als Gründe führen sie die schlechte Qualität der Scheine an. Die Redakteure des Extrablatts scheinen mehr zu wissen: Bereits eine halbe Stunde nach Bekanntwerden der Tat war die Ausgabe, die mit dem Falschgeldskandal aufmacht und zu diesem Thema eine Hintergrundgeschichte bietet, gedruckt und auf dem Markt. So schnell schießen auch Auwiesias Preußen nicht.



Auch in Auwiesia findet sich Zeit zur Lektüre.

FOTO: PETER KIEDAISCH

Metzinger Zeitung

Spielcasino floppt, Esoterik boomt

Projekttagge der anderen Art: Neckartenzlinger Gymnasiasten gründen eine Schulrepublik

NECKARTENZLINGEN. Als Schüler mal so richtig Staat machen? Das Neckartenzlinger Gymnasium in den Auwiesen hat bei den Projekttagen die Schule zur „Freien Schulrepublik Auwiesia“ umfunktionierte und dabei Demokratie und Marktwirtschaft eingeübt.

Von Astrid Schlupp-Melchinger

Anstatt der üblichen Projekttagge am Ende des Schuljahres hatten einige Schüler vorge-schlagen, einmal etwas völlig Neues zu wa-gen, erzählt Außenminister Peter Matz, vor-der Staatsgründung ein ganz normaler Elf-klässler. Eine eigens gegründete Arbeitsge-meinschaft aus 25 Schülern und drei Lehrern war eineinhalb Jahre lang mit der Vorberei-tung der Aktion „Schule als Staat“ beschäf-tigt. Schließlich ist ein Staat ein komplexes Gebilde, dessen politisches und wirtschaftli-ches System in Anlehnung an bundesrepubli-kanische Verhältnisse entwickelt wurde.

Monate vor der Staatsgründung hieß es daher, zuerst einmal Parteien zu gründen und Wahlkampf zu führen, den die NGAF

(Nationale Grüne Arbeiterfront) mit 40 Pro-zent der Stimmen gewann. Die Jungpolitiker haben ihre Schäfchen nach altbewährter Re-zeptur eingefangen: man nehme ansprechen-de Kandidaten aus unterschiedlichen Klas-senstufen, die breite Wählerschichten an-sprechen, rühre kräftig Marktgeschrei (Mega-phon und Plakate) darunter und halte sich an die „Mit Speck fängt man Mäuse“-Formel (Verteilen von Bonbons). Um geordnete Mehrheitsverhältnisse zu erlangen, koalier-ten die Gewinner mit der Partei Femininer Mächte (PFM).

Vorige Woche ging es dann richtig los. Wer keine politische Position mit entspre- chenden Versorgungsansprüchen ergattert hatte, mußte seine Brötchen auf andere Wei-se verdienen. Dementsprechend boomten privater Handel und Dienstleistungen: Bars, Restaurants, Kino, Dance-Hall, Kindergarten, Second-Hand-Laden, Geschenke-Shops und Haarstudios. Selbst Bettler und Straßensän-ger waren anzutreffen.

Besonders erfolgreich: der von düsteren Düften umwehte Esoterik-Shop, die Partner-vermittlung und das Flirt-Café. Bezahlt wur-de überall in Kopeken, eine namentliche

Reminiszenz an Schulleiter Helmut Kopecki. Größere Probleme sind jedoch ausgeblieben, berichtet Außenminister Matz, hie und da mal Falschgeld- oder Mißverständnisse zwi-schen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Patrick Fink, Redakteur des „Auwiesiani-schen Anzeigers“ erzählt, daß er und seine Kollegen nach Absprache mit dem Arbeitsmi-nister kurzerhand einigen Journalisten ge-kündigt habe, die nur am Computer gespielt hätten. Insgesamt zeigten sich die Schüler durchweg von dem Experiment begeistert. Wirtschaftsminister David Mack meinte, „man lernt viel“, habe aber „wenig Freizeit“. Die Bürgermeister der Umgebung sowie meh-rere Politiker, die der Schulrepublik während des Projektes ihren Besuch abgestattet ha-ben, werden es mit Genugtuung zur Kennt-nis genommen haben.

Den größten Erfolg sieht Wolfgang We-ber, einer der betreuenden Lehrer darin, daß die Schüler sich sehr selbstständig und umsich-tig gezeigt hätten, wenn es darum ging, Probleme zu lösen. Den größten Flop leistete sich das Spielcasino. Es wurde bereits nach einem Tag geschlossen, weil die Gewinne nicht mehr ausgezahlt werden konnten.

Stuttgarter Zeitung

SCHULPROJEKT / Ein Gymnasium wird zum Staat

Eine Woche Spaß in Auwiesia

Bis auf ein paar Skandale lief alles glatt

Die Neckartenzlinger Gymnasiasten strahlen, wenn von dem Projekt die Rede ist, das sie vor einem Jahr in Atem gehalten hat: Für kurze Zeit war die Freie Schulrepublik Auwiesia ausgerufen worden. Ein Siebtklässler war Präsident des Staates. Der Schulleiter fand keine Arbeit, bekam aber Sozialhilfe.

BETTINA SOMMER

„Der heikelste Moment war der, als der Staat Auwiesia zum Leben erwachte“, sagt die Gemeinschaftskunde-Lehrerin Margit Walz im Rückblick. Das war vor einem Jahr, als 750 Schüler und knapp 70 Lehrer des Gymnasiums in Neckartenzlingen ihre Projektwoche starteten und niemand abschätzen konnte, wie das Unternehmen laufen würde. Eine Schülerin hatte angeregt, die Schule in einen Staat zu verwandeln; sie hatte von Planungen für solch ein Projekt im Wendlinger Robert-Bosch-Gymnasium gehört. Den Tag X bereiteten Schüler und Lehrer mehr als ein Jahr lang vor: Sie gründeten Parteien, wählten ein Parlament, stellten Geldscheine her, komponierten eine Hymne und beschäftigten sich mit hundert anderen Dingen, die mit grauem Schulalltag nichts gemein hatten. Margit Walz, ihr Kollege Wolfgang Weber und ein Referendar berieten die Staatsgründer.

Der Finanzminister im Streß

Und dann war Auwiesia plötzlich Realität. Marcel Frölich war vom Elftklässler zum Finanzminister geworden und hatte alle Hände voll zu tun: Die Absprache mit der Bank fehlte. Es gab Probleme mit den Steuererklärungen der Betriebe. „Ich bin ständig zwischen dem Parlament, meinem Arbeitssitz und der Bank hin- und hergehetzt“, erinnert sich Marcel, der sich heute ein viel besseres Urteil über die Arbeit der Politiker zutraut. Als Finanzminister verwaltete er (echte) 16 000 Mark. Dieses Startkapital war zusammengewickelt, nachdem jeder Schüler das Projekt mit 20 Mark gesponsert hatte.

Während Marcel das Finanzsystem des Staates in Schwung brachte, empfing sein Mitschüler Peter Matz als Außenminister ho-

hen Besuch: Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Bürgermeister, den Präsidenten des Oberschulamtes. „Das war sehr anstrengend“, faßt Peter seine Erlebnisse zusammen. „Aber ich habe unseren Staat richtig lieb gewonnen und wollte mich für ihn einsetzen.“ Auch Inga Zimmerer ist in ihre Rolle als Parlamentspräsidentin hineingewachsen. Einmal mußte sie kraft ihres Amtes einen Zuhörer von einer Parlamentsitzung ausschließen. „Das war komisch, weil es einer meiner Lehrer war“, erzählt sie, „aber er hat mit Zwischenrufen die Sitzung gestört.“

Streik im Schulstaat

Das war, als Auwiesia in eine Krise stürzte. Das zentrale Warenlager hatte den Aufstand geprobt, eine Parlamentsitzung gestürmt und mehr Geld gefordert. Im Parlament entbrannten hitzige Debatten. Doch die Regierung sorgte wieder für geordnete Verhältnisse. Während der vier Tage wurde in Auwiesia außerdem ein Geldfälscher geschnappt und von der Richterin zur Mitarbeit im Warenlager verdonnert. Und es kam zu einer Schmuggelaffäre: Eine Mutter hatte einen Karton Eier in die Schule gebracht – ohne vom generellen Einfuhrstopp des Staates zu wissen.

Die Lehrer waren in der Schulrepublik den Schülern gleichgestellt. Wenn sie Glück hatten, fanden sie einen Job in einem der Unternehmen. Nicht so Schulleiter Helmut Kopecki, den der Staat aber mit Sozialhilfe unterstützte. Frischgebakene Abiturienten fügten sich als Tagelöhne in das Staatsgefüge ein.

Noch heute schwärmen die Neckartenzlinger von der Resonanz auf ihr Projekt. Im Schulhaus tummelten sich während der Woche täglich rund 5000 Menschen. Eltern fanden es toll, daß zu Hause beim Abendessen zum ersten Mal über Politik diskutiert wurde. Ein Schüler, der in Auwiesia ein Geschäft führte, gab seinem Vater die Rückmeldung: „Jetzt weiß ich, warum du abends immer so fertig vom Arbeiten heimkommst.“ Margit Walz über den Lerneffekt des Projektes: „Man liest nicht über das Parlament, man ist das Parlament – das ist viel anschaulicher als jeder Gemeinschaftskunde-Unterricht.“ Sie und Wolfgang Weber haben eine 50seitige Dokumentation des Projektes für das Oberschulamt erstellt. Viele Schulen interessieren sich schon dafür.

Nachlese zu 'Schule als Staat'

mit der ehemaligen Kl.8c während des Wandertages, an dem wir in der Schule geblieben sind.

Positiv:

Alle SchülerInnen würden sofort noch einmal dieses Projekt machen, allerdings mit einigen, z.T. wichtigen Veränderungen.

Veränderungen/ Vorwürfe/ Probleme: (ungeordnet, von mir gesammelt)

- betrifft Warenlager: z.T. viel zu lange Wartezeiten beim Warenlager
 - z.T. falsche Ware geliefert
 - z.T. zu späte Lieferung von Fleisch, war noch gefroren
- falsche Raumzuweisung, umziehen notwendig!
- Lageplan/ Wegweiser groß und deutlich notwendig, nicht nur für Besucher, sondern auch für Lehrer und Schüler, damit man weiß, wo man was finden kann
- non-food -Artikel sollten selbst besorgt und mit dem Warenlager abgerechnet werden
- beim Fußballclub waren die Mitarbeiter nicht anwesend, haben nur ihren Lohn abgeholt
- jemand hat im Casino Geld gewonnen, dieses aber nicht ausgezahlt bekommen
- Pflichtarbeitsstunden müssen unbedingt erhöht werden
- fast alle Geschäfte mußten am 2. Tag ihre Preise erhöhen, um wirtschaftlich arbeiten zu können
- bei den meisten war der 3. Tag vom Verkauf her am besten
- Samstag sollte nicht der letzte Tag sein, sondern in der Mitte liegen, z.B. Freitag, Samstag, Montag, Dienstag
- das Ende war viel zu abrupt, alle äußerten sich verärgert, in hohem Maße über das Chaos und die Geldschwemme, für die nichts mehr zu kaufen vorhanden war
- man sollte einen Umtausch 1 : ? in Erwägung ziehen, wenn nicht für Einzelpersonen, dann für Betriebe
- alle SchülerInnen hatten am ersten Tag zusätzlich Geld eingetauscht, weil sie bis Mittag kein/ zu wenig Geld als Lohn bekommen hatten, um dafür essen und trinken zu können

Gehalt vom ersten Tag sollte gleich morgens als Vorschuß ausgezahlt werden
meiner Meinung nach verfälscht das zusätzliche Eintauschen der ganz "normalen" Arbeiter die Situation
- Betriebsleiter haben sich z.T. keinen Lohn ausgezahlt, um hin zu kommen
verfälscht meiner Meinung nach die Situation
- der WKD trat z.T. zu autoritär auf, außerdem waren es viel zu viele (sehr viele Arbeitslose wurden zum WKD geschickt) und sie waren nicht einheitlich instruiert
- Computerspiele waren zunächst alle genehmigt (Herrn W.Weber vorgelegt), dann am 2. Tag durch das Parlament verboten; Firma ist fast pleite gegangen

- die Plakatierung war viel zu viel. Überlegungen, die Flächen für Plakatierung zu bezahlen
- Polizei zur Verfolgung von Straftaten, z.B. Plakat-Abreißen, fehlte
- im Vorfeld vermeiden, daß Betriebe mit gleichem Namen auftauchen
- die Räume sollten besser/ gerechter verteilt werden. Manche waren völlig vom Schuß und außerdem auch noch schwer zu finden
- Betriebe mit gleicher Dienstleistung (Friseure, Crêpes) sollten besser über das Gelände verteilt werden

